

C 3428



Zeitschrift der GEW Hamburg  
Januar-Februar 1-2/2017

# hlz



abgestempelt?

JEMAND HAT DIE SPIEGELSOCKEN  
VOM AUTO GEKLAUT!





„Eigentlich sehe ich schon nach einer Woche, wer später aufs Gymnasium kommt“, so mir gegenüber eine junge Frau auf einer Party, die als Grundschullehrerin tätig ist. „Kann ich mir vorstellen“, meine Reaktion, aber dann doch mit dem Versuch einer Erklärung, dass dies weniger etwas mit Intelligenz zu tun habe als vielmehr mit unseren Beurteilungskriterien, die allesamt das widerspiegeln, was man allgemein als Mittelschichtsstandards bezeichnet. Nebensächlich ist die Kleidung, entscheidender ist der Sprachduktus, die Gestik, die Mimik, erst danach kommt das eigentliche Sprechverhalten und der Inhalt dessen, was denn überhaupt gesagt wird.

Meine Gesprächspartnerin war da gar nicht so anderer Meinung, dass es diese unbewusst gesteuerten Impulse sind, die das Entscheidende für unsere Urteilsbildung ausmachen. Das Vertrackte ist bloß, dass man sich schwer dagegen wehren kann, selbst wenn man sich dessen bewusst ist. Da halfen selbst die vielen Diskussionen wenig, die wir darüber schon seit den 1960er Jahren führen. Und selbst die Neuauflage dieser Debatten in den 1980er Jahren, diesmal angeführt von einem der bedeutendsten Soziologen des 20. Jahrhunderts, änderte daran faktisch wenig. Denn auch die Impulse, die von Pierre Bourdieu's Hauptwerk ‚Die feinen Unterschiede‘ (frz. La distinction

1979; dt. Untertitel: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft) ausgingen, in dem er diesen Zusammenhang ins Zentrum seiner Gesellschaftsanalyse rückte, vermochten an der gängigen Praxis der Beurteilung von 10-jährigen Kindern, ob sie aufs Gymnasium gehören, nichts zu ändern. Einer Beurteilung, die nicht auszulöschende Spuren bei den Kindern hinterlässt, die nicht mit diesem Label ausgestattet werden und die nachhaltig die gesellschaftlichen Strukturen bestimmt.

Es ist diese Kränkung, die sie an sich selbst zweifeln lässt, die die Dauerschleife des inneren Monologs „ich bin nicht gut genug“ befeuert. Fast zwangsläufig wird daraus die sich selbsterfüllende Prophezeiung, aus deren Fängen nur glückliche Umstände herausführen. Und Glück wird bekanntlich nicht jedem zuteil.

Dieses Verfahren des Ausschlusses, der Exklusion, widerspricht unseren grundsätzlichen Ansprüchen zutiefst. Es verletzt

## Joachim Geffers

# Die feinen Unterschiede

die Würde des Menschen (Art. 1, GG), verletzt den Artikel 3, nach dem niemand wegen seiner Herkunft – darin ist die soziale eingeschlossen – benachteiligt werden darf und kulminiert in der Verletzung von Art. 20, in dem sich das Sozialstaatspostulat manifestiert.

„Empört euch!“ möchte man den Betroffenen zurufen, aber man weiß, dass es gerade die Gedeemütigten sind, die dazu nicht in der Lage sind. Die, die einmal mit dem Stempel ‚loser‘ gezeichnet sind, stehen nicht so schnell wieder auf, denn schließlich glauben sie an das Urteil derer, denen sie einmal vertraut haben. Und da das Ganze auch intergenera-

tionell miteinander verwoben ist, kann man auch von den Eltern nicht erwarten, dass sie an dieser Stelle selbstbewusst die Interessen ihrer Kinder vertreten.

Folglich wäre die Politik gefragt. Aber an keiner anderen Stelle als an der Weichenstellung für die Zukunft der eigenen Kinder vermischen sich private und öffentliche Interessen stärker. Dies alles kulminiert in der Schullaufbahnpflichtung.

Reinold Eichholz, renommierter internationaler Kinderrechtsexperte, bringt es auf den Punkt (s. S. 30): Es geht bei der Inklusion keineswegs nur um die Kinder, die bislang aus dem Regelschulsystem ausgeschlossen waren, es geht um das gegliederte Schulsystem an sich. Es ist Exklusion, wenn Kinder nach der vierten Klasse getrennt werden, also das Gegenteil dessen, was Inklusion meint: Kinder verschiedenster Herkunft, mit den unterschiedlichsten Begabungen gleichberechtigt zusammen auf-

wachsen und lernen zu lassen. So sei das gegliederte Schulsystem zwar nicht Ursache, aber der Brandbeschleuniger der sozialen Segregation.

Die Veranstaltung, die der Bildungsclub zum Thema Schullaufbahnpflichtung durchführen wird (s. S. 29), versucht den Finger in die Wunde zu legen.

„Auch der längste Marsch beginnt mit dem ersten Schritt.“ Dieses in Mode gekommene Motto Laotse's geben wir den Aktivist\_innen des Bildungsclubs mit auf den Weg. Sie können sich sicher sein, dass die GEW bei diesem Marsch weiterhin dabei ganz an ihrer Seite steht.



**aktiv** Seite 8  
 Es ist wieder soweit: Die Forderung nach 6 Prozent mehr in den Tarifverhandlungen der Länder (TVL) ist eher moderat. Unsere Kolleg\_innen gehen auch für die Vielen unter uns, die als Beamt\_innen vom Ergebnis profitieren, auf die Straße. Umso mehr ist unserer Solidarität gefordert.

**sortiert** Seite 10  
 Allmählich wird es unübersichtlich, auf welchen schulpolitischen Baustellen sich die GEW bewegt. Unsere Vorsitzenden berichten über den Stand der Dinge und die bevorstehenden Herausforderungen.

**überzeugend** Seite 18  
 Das Ergebnis der Studie ist klar: Die Lehrkräfte an niedersächsischen Schulen arbeiten über die tariflich festgelegte Stundenzahl hinaus. Nun muss der Arbeitgeber Entlastung schaffen - sie ist längst überfällig.

**unterwegs** Seite 20  
 Der Startschuss für die Volksinitiative GUTE Inklusion ist gefallen. Landauf-landab werden Unterschriften gesammelt. Die GEW fordert alle Kolleg\_innen auf, sich zu beteiligen.

**JETZT  
 UNTERSCHREIBEN!**  
 Eure Hamburger  
 Schülerinnen



## GEW

<b>Tarifverhandlungen (TVL)</b>	
Gute Chancen	8
<b>Vorsitzende</b>	
Ausblick 2017	10
<b>JA13</b>	
Equal Pay day 2017	16
<b>Debatte</b>	
Mehr als Zweifel	50
<b>Verbandsgeschichte 1</b>	
Die Vorsitzenden	54
<b>Verbandsgeschichte 2</b>	
Jörg Berlin	55
<b>Verbandsgeschichte 3</b>	
GEW-Studis	57

## Magazin

<b>Pflegeversicherung</b>	
Was ist neu?	40
<b>Rechtsradikalismus</b>	
Netzeinblicke	41
<b>Gedenken</b>	
Stolperstein	52
<b>Veranstaltungsreihe</b>	
Geschichtsdebatte	60

## Internationales

<b>Schweden</b>	
Hinter der Fassade	45
<b>Brasilien</b>	
Selfie mit Lula	46
<b>Polen</b>	
Masuren Akademie 2017	48
<b>Griechenland</b>	
Öl aus Kreta	49

# Titel

Grundschulempfehlung überflüssig — 20

## Bildungspolitik

**Dienstvereinbarungen**  
Ein ganz neuer Tag — 14

**Arbeitszeit**  
Untersuchung gibt uns Recht — 18

**Volksinitiative**  
GUTE Inklusion — 20

**Inklusion**  
Wohin geht die Reise? — 22

**Schulstruktur**  
Desaströse Entwicklung — 30

**Universität**  
Höhere Honorare überfällig — 38

## Rubriken

**hlz-Notiz** — 3

**Leser\_innenbriefe / Nachrichten** — 6

**Jahresinhaltsverzeichnis** — 33

**Seminare** — 37

**GEW-Termine** — 62

**Rätsel** — 63

**Impressum** — 64

**Aus dem Albtraum...** — 64



Grafik: hlz

**abgestempelt** Seite 24  
Was geschieht mit nahezu der Hälfte aller 10-Jährigen, wenn ihnen von amtlicher Seite gesagt wird, sie seien gegenüber der anderen Hälfte nur zweite Wahl? Und wie hängt das mit dem 2-Säulen-Modell und der sozialen Segregation zusammen?

**widerrechtlich** Seite 30  
Nach Auffassung des Juristen für internationale Kinderschutzrechte, Reinald Eichholz, verletzt die Trennung von Kindern im schulischen Kontext internationale Konventionen.

**sumpfig** Seite 41  
Abgründe tun sich auf, wenn man sich im Netz ansieht, was die neu-völkische Bewegung versucht unter die Leute zu bringen und das nicht selten als Wölfe im Schafspelz. Auch Thema für den Unterricht.

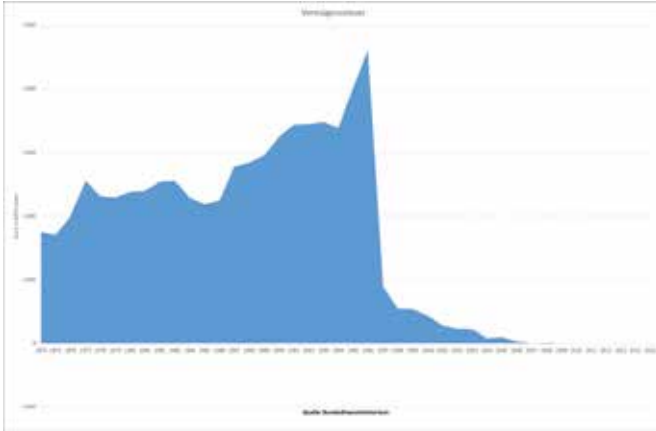
**trist** Seite 45  
Der übliche Lauf der Entwicklung? Vom Vorzeigevorstadtbezirk in den 1960-70er Jahren zum problematischen Viertel um die Jahrtausendwende und nun durch ein Wohnungsbeschaffungsprojekt zum schönen Viertel mutiert: Tensta bei Stockholm.



Quelle: Holger Ellgaard, Creative Commons



## Vermögenssteueraufkommen von 1974 bis 2015



Man kann – muss aber nicht – den Hype um die Elbphilharmonie mitmachen.

In diesem Sinne  
IRMELA HUBER

## Hellmuth Messerschmidt: „Das Urbild des 'reinen Toren'“

hlz 11/2016, S. 40-45

Sehr geehrte Damen und Herren,

Dr. Messerschmidt hat mich am Albert-Schweitzer-Gymnasium ab Klasse 7 in Französisch,

in den Jahrgängen 11-13 auch in Spanisch (und in der Funktion als Klassenlehrer) unterrichtet.

Er ist im Dezember 1968 verstorben, das ist richtig, da stand die Klasse acht Wochen vor den schriftlichen Abiturprüfungen.

Im Text steht auf S. 45: „Am 1.4.1959 wechselte er an das Albert-Schweitzer-Gymnasium.“ Dies überrascht ein wenig, wenn er auf dem Kollegiumsfoto der Charlotte-Paulsen-Schule von 1960 (S. 40) zu sehen sein soll.

Verf. wertet Material aus und gibt Bewertung ab („Aus meiner Sicht verharmloste...“ S. 43). Auch das überrascht mich:

War es doch dieser Verf., der Ende 1989 im Curion Haus verkündete, er habe gar nicht wissen können, dass die DDR ein totalitäres System gewesen sei, weil er immer nur mit Leuten zusammen war, die das auch nicht wussten. Da sprach ein Lehrer, der Schülerinnen und Schüler auf die Welt vorbereiten sollte, ohne Kenntnis der alten und neuen Transitstrecke, der „selbständigen politischen

Einheit West-Berlin“, Mauer, Todesstreifen usw.

Ich habe für Dr. Messerschmidt keine Lanze zu brechen, beide Referendare, die er bei uns im Unterricht betreute, haben wir Schüler lieber gemocht.

Aber: Wer selbst im Glashaus sitzt...

THOMAS WERNER

## talk about revolution: Nazibiografien

hlz 12/2016, S. 50-52

„In diesem großen Zeit nicht tatenlos zusehen“

Den Spruch des Nazis Wolfgang Meyer sollten wir uns zu Herzen nehmen, natürlich im Sinne des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter unserer Erde. Das letzte, was wir dabei brauchen, ist die Spaltung in Nationen.

Wir müssen den Faden der ersten Internationalen, angeführt von Marx und Bakunin, schwesterlich und brüderlich als die international workers of the world in unseren letzten heiligen Kampf für eine gerechte Welt aufnehmen. Unser Kampf wird wunderbar sein (im Sinne von Emma Goldman: Eine Revolution, bei der nicht getanzet werden darf, ist nicht meine).

Als erster Schritt ist jetzt unabdingbar der Generalstreik aller Arbeiterinnen und Arbeiter auf unserer gemeinsamen Erde.

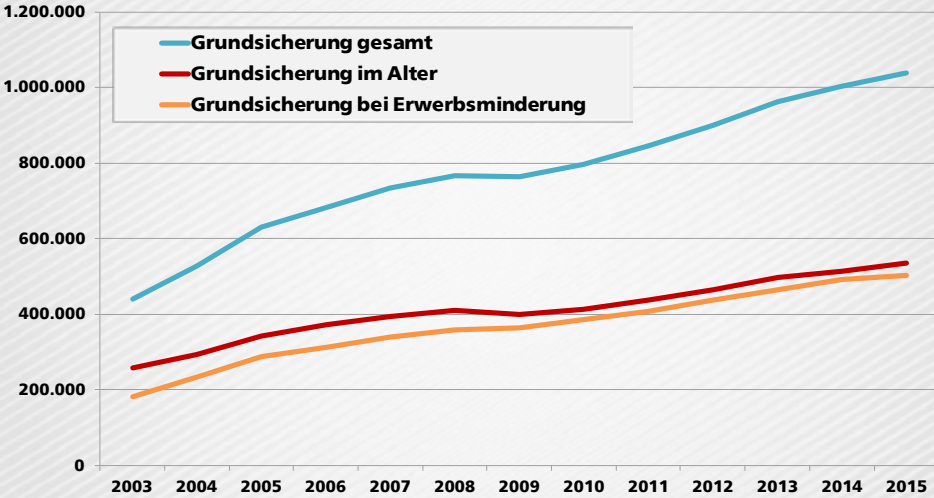
JOHANNES REESE

## alles neu

Seit 2011 hat Hamburg rund 1,3 Milliarden Euro für den Bau und die Sanierung von Schulen ausgegeben. Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD): „Etwa die gleich Summe kommt in den nächsten Jahren nochmal hinzu.“



## Wenn die Rente nicht reicht: Grundsicherung nimmt zu Anzahl der GrundsicherungsempfängerInnen, 2003-2015



ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Vi.S.d.P.: verdi Bundesvorstand – Ressort 1 – Frank Bsriese – Paula Thiede-Ufer 10 – 10779 Berlin

### Es gibt viel zu tun, Herr Martin Schulz!

Das Schulbauprogramm des Senats ist etwa zur Hälfte fertig. Wichtige Fakten: In den vergangenen sechs Jahren bekamen 207 Lehranstalten neue Kantinen, bis 2019 sollen 73 weitere folgen. In den nächsten zwei Jahren sollen zudem 48 Sporthallen neu entstehen. Alleine 2016 wurden 50.600 qm Unterrichtsräume neu gebaut. Weitere 100.200 qm wurden saniert. Letztes Jahr wurden insgesamt 448 Millionen Euro verbaut.

### alles abschaffen

Die Linke in der Bürgerschaft hat die Abschaffung der sogenannten Schullaufbahnempfehlung gefordert. Es sei empirisch belegt, dass bei der Empfehlung, auf die Stadtteilschule zu gehen, die soziale Herkunft des Kindes eine entscheidende Rolle spiele, erklärte Fraktionschefin Sabine Boeddinghaus am Sonntag. „Kinder, die zu Hause von ihren Eltern unterstützt werden, bekommen bei gleicher Leistung nachweislich eher die Empfeh-

lung für das Gymnasium.“ (HA 30.1.2017)

### alles leistungsorientiert

Das Forschungsinstitut fors hat in einer Studie im Dezember 2016 bundesweit rund 1000 Eltern im Alter von 25 bis 59 Jahren mit schulpflichtigen Kindern befragt, wie sich die Schulnoten ihrer Kinder auf die Stimmung in der Familie auswirkt. Von denjenigen, bei denen schlechtere Schulnoten zu Spannungen führen, gab fast jede\_r Dritte an, dass im letzten Zeugnis des Kindes überwiegend Einsen und Zweien standen.

### alles unsicher

Donald Trumps Dekret über das Einreiseverbot für sieben muslimische Staaten sorgt auch in einer Hamburger Schule für Verunsicherung. Eine Gruppe von Schüler\_innen des Gymnasiums Bondenwald will am 6. März nach New York fliegen, um

an dem internationalen Schülerprojekt Model United Nations teilzunehmen, das im Hilton Hotel stattfindet. Zu der Gruppe gehört auch ein Schüler, der sowohl die iranische als auch die deutsche Staatsbürgerschaft hat.

### alles offen

Im Streit um das Kopftuchverbot für Lehrerinnen an allgemeinbildenden Schulen in der Hauptstadt hat eine abgelehnte Bewerberin eine Entschädigung erstritten. Wegen Benachteiligung sprach ihr das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg am Donnerstag 8680 Euro zu.

Nach dem Urteil bahnt sich Streit bei Rot-Rot-Grün an: über das Berliner Neutralitätsgesetz. Während der Grüne Justizsenator Dirk Behrendt erklärte, seiner Ansicht nach sei das „Neutralitätsgesetz so nicht zu halten“, ließ Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) ausrichten, das Gesetz habe sich an Berlins Schulen seit Jahren „bewährt“.

Am 2. Februar haben mehr als 800 TV-L Beschäftigte aus den Hamburger Schulen im Rahmen eines ganztägigen Warnstreiks die Arbeit niedergelegt – deutlich mehr als die aufrufenden Gewerkschaften GEW und ver.di sich erhofft hatten.

Die Geduld der Beschäftigten ist offensichtlich zu Ende. Auch in der zweiten Verhandlungsrunde hatten die Länder-Arbeitgeber nicht einmal ein Angebot vorgelegt.

Die Streikenden versammelten sich morgens an der Hamburger Straße in der Nähe der Schulbehörde.

Unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze gab vor der Tür der Schulbehörde gegenüber den Streikenden ihrer Empörung Ausdruck: „Wir stehen heute hier in der Nähe der BSB – und das nicht ohne Grund: Die Arbeit in den Schulen hat sich massiv verdichtet, für die so wichtigen Gespräche der Berufsgruppen miteinander – auch im Sinne der Schülerinnen und Schüler – ist kaum Zeit. Dabei wird die Arbeit nicht einfacher und erfordert Freiräume für Vor- und Nachbereitung und natürlich auch für Muße und Erholung. Stattdessen wird immer mehr in die Arbeitszeit hineingepresst. Viele macht das krank – oder sie verzichten freiwillig – wenn sie es sich leisten können – auf Gehalt. Das können aber nicht alle. Nicht ohne Grund fordern die GEW

Fotos: hz



TARIFAUSEINANDERSETZUNG TVL

## Mitreißender Warnstreik

Die schulischen Beschäftigten fordern 6 Prozent mehr

und ver.di die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes. An Hamburger Schulen arbeiten aktuell etwa 2500 Kolleginnen und Kollegen unter dem Label „PTF“ – Tendenz steigend.

Das Personal an den Schulen arbeitet engagiert und gern. Doch dass zu den miesen Arbeitsbedingungen für eure Arbeit eine weiterhin miese Bezahlung kommt, das ist zu viel! Die Landesbeschäftigten an Hamburger

Schulen sind bei der Bezahlung Tabellenletzte! In anderen Bundesländern zahlen kommunale Arbeitgeber z.B. den Schulsozialarbeitern die S11b. Das sind fast 500,- € mehr beim Endgehalt. In Hamburg hat man ja Erfahrung mit dem Dasein als Tabellenletzter. Aber während in unsere beiden großen Fußballvereine Millionen investiert werden, die Spieler gehegt und gepöppelt werden, macht die







„Die Tabellenletzten wehren sich gegen schlechte Bezahlung und mangelnde Wertschätzung.“ (Anja Bensing-Stolze)

Schulbehörde mit ihren Beschäftigten das Gegenteil.

Wir appellieren dabei an den Senator: Herr Rabe, setzen Sie sich dafür ein, dass die Landesbeschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst endlich mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Kommunalbereich gleichziehen und das Geld bekommen, das sie verdienen!“

Im Anschluss an eine Demonstration zur Schulbehörde trafen sich die Streikenden im Curio Haus zur Streikversammlung.

Die nächsten Aktionen sind in Planung.

aus: GEW Presseerklärung



Regen und Kälte zum Trotz – Birgit Rettmer, unsere Tarifexpertin, heizt ein

# ... und alles wird besser?

In der ersten HlZ des Jahres 2017 möchten wir allen Mitgliedern der GEW ein frohes neues Jahr wünschen! Da das neue Jahr aber auch schon ein paar Tage alt ist, sehen wir uns einmal an einigen Beispielen den bildungspolitischen Start in Hamburg an

Hamburgs Schulbehörde verordnet dem Abiturjahrgang eine Mathematiklausur unter Zentralabiturbedingungen mit entsprechenden Aufgaben und reagiert nach dem Ergebnis wie gewohnt mit zentralen Anweisungen. Die BSB verordnet eine Reihe von Maßnahmen, die unweigerlich zu Mehrarbeit an den Schulen führt, ohne die

personalrätliche Mitbestimmung dabei zu beachten. Zum anderen sollen Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern beruhigt werden, indem nun auch die Noten zentral vergeben werden: der Notendurchschnitt für alle beteiligten Schülerinnen und Schüler soll um drei Punkte bzw. um eine Note verbessert werden.

Mit den verordneten Maßnahmen wird wieder kurzfristig reagiert. Solange aber in Deutschland und eben auch in Hamburg die schulischen Leistungen und das Erreichen von Abschlüssen immer noch von der sozialen Herkunft abhängen, laufen alle jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen langfristig ins Leere!

Außerdem berücksichtigt das Zentralabitur wie andere zentrale Prüfungen und Tests, die die Leistungen in einem Ranking abbilden, gerade nicht die unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler. Zentrale Prüfungen und stete Tests bringen mehr Prüfungsdruck, verbessern aber nicht die Chancen für Hamburger Schülerinnen und Schüler! Eine langfristige Schul- und Unterrichtsentwicklung, die zu besseren Lernbedingungen der Schülerinnen und Schülern führt, wird so nicht eingeleitet.

Senator Rabe selbst war es, der 2012 als KMK-Präsident die Einführung des Zentralabiturs mit betrieben hat und jetzt als Primus unter den Bundesländern – am besten noch vor Bayern – mit tollen Abiturergebnissen glänzen will. Die Schülerinnen und Schüler und die Kollegien,

die es jetzt kurzfristig wieder richten sollen, haben darunter zu leiden, dass in den letzten fünf Jahren keine differenzierten Analysen nach Schulen und ihrer Klientel für eine andere Unterrichtsentwicklung gesorgt haben. Außerdem wäre eine andere Stadtentwicklungs- und Sozialpolitik von Nöten, um den Grundwiderspruch – dass Leistungen so stark mit der sozialen Herkunft korrelieren – in einer reichen Stadt wie Hamburg anzugehen.

## DV Ganzttag – Fluch oder Segen?

Fast zehn Jahre wurde zwischen der Behörde und dem GPR über eine Dienstvereinbarung über den Einsatz von Lehrkräften in Ganztagschulen (GTS) verhandelt. Mehrfach gab es aus dem GPR Signale, dass es nun bald zu einer Unterzeichnung käme. Doch immer wieder wurde dies verschoben. Auch die GEW-Vorsitzenden wurden immer wieder nach dieser Dienstvereinbarung gefragt. Sowohl die Schulleitungen wollten eine Richtschnur haben, wie sie die Lehrkräfte unter den neuen Bedingungen einsetzen können als auch die Kolleginnen und Kollegen haben immer wieder angefragt, wann ihr Einsatz denn endlich geregelt wird. In der GEW-Rechtsberatung gab es immer wieder Nachfragen, ob dieser oder jener Einsatz denn rechtens sei. Der Einsatz einer Lehrkraft mit einer 100 Prozent-Stelle von 29 Unterrichtsstunden plus elf Springstunden und keinem Ar-



**Den Vorwurf, auch an den GPR, dass die DV nicht die aktuellen Bedingungen und Entwicklungen in der Pädagogik von Ganztagschulen berücksichtigt, möchten wir zurückweisen. Zudem möchten wir auf drei Sätze aus der Präambel hinweisen, die einzelnen Belangen entgegenkommt. (siehe Kasten S. 11) Anja Bensinger-Stolze**

beitsplatz in der Schule bildet ein besonders krasses Beispiel der Einsatzplanung.

Am 18.11.2016 wurde unterschrieben und auf einer Personalrätekonzferenz Ende November hat die GEW erste Informationen an die schulischen Personalräte weitergeben können. Der GPR hat mit einem Sonderinfo zur Dienstvereinbarung (DV) bis zur Veröffentlichung durch die Behörde im Intranet gewartet. Aber die Behörde hat weiterhin keine Anstalten gemacht, die Schulleitungen ihrerseits zu informieren. So ist es an vielen Schulen dazu gekommen, dass die Leitungen und die Kollegien durch das Info des GPR über die DV informiert wurden. Der Dienstherr, die BSB, ist hier seinen Aufgaben gegenüber den Schulleitungen nicht nachgekommen. In den vergangenen Jahren haben viele Schulen z.T. eigene Dienstver-

„Schulen beachten diese Dienstvereinbarung bei der Einsatzplanung der Lehrkräfte, soweit dringende schulische Organisationsnotwendigkeiten dem nicht entgegenstehen. Im Einvernehmen mit der Lehrkraft sind abweichende Einsatzplanungen für ein Schuljahr möglich. Über diese abweichenden Regelungen ist der schulische Personalrat zu informieren.“

*Aus der Präambel der Dienstvereinbarung zum Einsatz von Lehrkräften in Ganztagschulen nach Rahmenkonzept in schulischer Verantwortung (GTS), abgeschlossen am 10. Januar 2017*

einbarungen über den Einsatz der Lehrkräfte mit dem jeweiligen schulischen Personalrat abgeschlossen oder gemeinsam mit den Kollegien Modi gefunden, die eine gemeinsame Arbeit im Ganztag geregelt haben. Aber es

gab auch immer noch eine Reihe von Schulen, die die bisher bestehenden Regelungen und Anweisungen, die in der jetzigen DV zusammengefasst sind, nicht beachtet haben. Aus unsrer Sicht muss die DV natürlich auch an Gymnasien gelten.

Den Vorwurf, auch an den GPR, dass die DV nicht die aktuellen Bedingungen und Entwicklungen in der Pädagogik von Ganztagschulen berücksichtigt, möchten wir mit Hinweis auf die Länge der Verhandlungen und mit dem Verweis auf den eigentlichen Zweck der DV, nämlich dem Schutz der Kolleginnen und Kollegen, zurückweisen. Zudem möchten wir auf drei Sätze aus der Präambel hinweisen, die einer gewissen Flexibilität für Schulorganisation und einzelnen Belangen von Kolleginnen und Kollegen entgegenkommt (siehe Kasten).

Fotos: hlz



Langer Atem ist gefordert, auch wenn es um das Klein-klein geht. Das Foto zeigt das Päsidium des Gewerkschaftstages von 2014, auf dem bereits Fragen der Dienstzeitregelung thematisiert waren. Die jetzt zwischen dem Gesamtpersonalarat (GPR) und der Behörde ausgehandelte Dienstvereinbarung (DV) zur Arbeitszeit ist das Ergebnis langer und zäher Verhandlungen. V.l.n.r.: Matias Töpfer (Mitglied im Vorstand des GPR), Yvonne Heimbüchel (Fachgruppenvorsitzende Gymnasium bis Sommer 2016), Roland Kasprzak (Vorsitzender des GPR), Barbara Geier (FG-Internationales), Anja Bensing-Stolze (GEW-Vorsitzende)



Aus unserer Sicht wird am Beispiel des Einsatzes von Lehrkräften an Ganztagschulen folgendes Grundproblem deutlich: Aufgaben und Arbeitszeit von Lehrkräften (und auch anderem Personal) sind nicht mehr kompatibel. Die einer (Ganztags-) Schule von der Behörde zugewiesenen Aufgaben und die zusätzlich von Eltern, Schülerinnen und Schülern und häufig

burger Schulen – Ganztag und Inklusion seien hier stellvertretend für weitere genannt – ohne angemessene Ausstattung betrieben werden, müssen wir immer wieder auf der Hut sein, uns nicht gegeneinander – Leitung gegen Kollegium, Lehrkräfte gegen anderes pädagogisches und nichtpädagogisches Personal, Personalvertretung gegen... usw. – ausspielen zu lassen. Lasst uns gemeinsam an die richtige Adresse unsere Kritik richten!

### **Dienstzeitregelung für das pädagogisch-therapeutische Fachpersonal an Schulen – Anweisung oder fair verhandelt?**

Seit der Abschaffung der Integrationsklassen zugunsten der flächendeckenden Inklusion und der Einführung der flächendeckenden Ganztagsbetreuung für alle Kinder bis 14 Jahre im Jahr 2010 greifen viele Regelungen der bisherigen Dienstzeitregelung (DZR) nicht mehr. Zur Folge hat dies, dass jede Schule das PT-Fachpersonal unterschiedlich – und nicht immer rechtskonform – einsetzt. Fachliche Maßstäbe und berufsspezifische Standards werden dabei häufig den Nöten und Zwängen des schulischen Alltags untergeordnet und Kolleginnen und Kollegen bis an die Grenze der Belastbarkeit von Schulleitungen verplant. Nur aufgrund gewerkschaftlichen Drucks und der Hartnäckigkeit des Gesamtpersonalrats hat sich die BSB bewegt und nach über fünf Jahren regelungsunklarer Zeit einen eigenen Entwurf für eine DZR für das PTF-Personal vorgelegt. Kern des BSB-Modells ist die Aufteilung der Arbeit der Sozialpädagog\_innen, Therapeut\_innen, Erzieher\_innen, Heilerziehungspfleger\_innen und weiterer pädagogischer bzw. therapeutischer Berufsgruppen an Schulen in drei unterschiedliche Bereiche: K-Zeit, B-Zeit und sogenannte V/N-Zeit.

Hierbei steht K-Zeit für Ko-

ordination, Koordination und Kommunikation, B-Zeit für Bildung, Begleitung, Beratung, Betreuung und Behandlung und die V/N-Zeit für die Vor- und Nachbereitung. Die Krux liegt vor allem im Detail. Insbesondere die Zeitkontingente der einzelnen Bereiche lösen Empörung aus. Die GEW fordert eine DZR, die die unmittelbare Arbeit am Klienten dahingehend begrenzt, dass Zeitkorridore für die mittelbaren Tätigkeiten, Supervision, für Koordination, Vor- und Nachbereitung, Telefonate und Elterngespräche etc. in einem Ausmaß zur Verfügung stehen, die einem professionellen Anspruch gerecht werden.

Die GEW hat im Oktober das Gutachten von Prof. (em.) Dr. Krüger vorgestellt und der Behörde zukommen lassen. Prof. Krüger kritisiert gerade die Deprofessionalisierung und die Gleichmacherei aller unterschiedlichen Berufsgruppen und Einsatzgebiete des Behördenentwurfs der DZR. Den Behördenspitzen ist deutlich geworden, dass der Wunsch von Senator Rabe, das gesamte



**Senator Rabe selbst war es, der 2012 als KMK-Präsident die Einführung des Zentralabiturs mit betrieben hat und jetzt als Primus unter den Bundesländern – am besten noch vor Bayern – mit tollen Abiturergebnissen glänzen will. (Fredrik Dehnerdt)**

auch aus pädagogischer Sicht erwarteten Leistungen, um eine gute Ganztagschule umzusetzen, sind mit der jetzigen Ausstattung an Ressourcen, insbesondere an Zeit und Raum, nicht machbar. Die Kritik muss sich an die richtige Adresse richten und sollte nicht den Überbringer der Botschaft in den Fokus stellen. Solange die Reformen an Ham-



PT-Fachpersonal zeitlich mit 80 Prozent „am Kind“ einzusetzen, wissenschaftlich und damit auch in Schlichtungs- und Einmüßungsverfahren wenig Aussicht auf Erfolg hat.

Die GEW bleibt dabei, dass über die DZR des PTF-Personals fair verhandelt werden muss



und unterstreicht noch einmal die Forderung danach, das PTF nicht als Lückenfüller zu missbrauchen, sondern in Bezug auf die Anforderungen an ein modernes, inklusives Schulsystem das PTF-Personal so einzusetzen und auszustatten, dass unter guten Arbeitsbedingungen die erfolgreiche Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags gewährleistet ist.

### **Reform der Lehrer\_innenbildung – breite Beteiligung oder Twitterdemokratie?**

Nachdem Senator Rabe im letzten Jahr eine Expert\_innenkommission zur Fortschreibung der Reform der Lehrer\_innenbildung in Hamburg eingesetzt hat, sind deren Empfehlungen am 18.1.2017 dem Senator übergeben worden. Die Beteiligung der Fachöffentlichkeit stellt sich die Behörde so vor, dass man sich die Empfehlungen selber aus dem Internet herunterlädt und wenn man dazu Anmerkungen hat, könne man an das E-Mail-Postfach: [reformlehrerbildung@hamburg.de](mailto:reformlehrerbildung@hamburg.de) seine Stellungnahmen schicken – so antwortete der Senat auf eine Schriftliche Kleine Anfrage (Drucksache 21/7641) vom 27.1.17. So sieht eine breite Beteiligung der Kollegien, der unterschiedlichen Verbände und auch der GEW nicht aus. Ein Ins-Gespräch-Kommen, eine Diskussion mit allen Beteiligten über die Weiterentwicklung der Lehrer\_innenbildung ist vom Senator auch gar nicht gewünscht, schon bevor die Expert\_innenkommission die Arbeit aufgenommen hat, hat Senator Rabe den Kurs vorgegeben, wo es hingehen soll. Ein eigenes Grundschullehramt und eine Teilung in Stadtteil- und Gymnasiallehramt wurden von ihm verlangt. Der Landesvorstand der GEW hat am 17.1.2017 Prüfsteine für die Reform der Lehrer\_innenbildung ([http://www.gew-hamburg.de/themen/schule/gew-pruefsteine-fuer-eine-reform-der-lehrerinnen-](http://www.gew-hamburg.de/themen/schule/gew-pruefsteine-fuer-eine-reform-der-lehrerinnenbildung)

nenbildung) verabschiedet. Außerdem werden wir mit anderen Verbänden und Interessierten der Fachöffentlichkeit Veranstaltungen planen, um eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema anzuregen.

Bessere Bezahlung für Grundschulleitungen – und als nächster Schritt bessere zeitliche Ausstattung der Leitungen?

Senator Rabe will mit einer Gesetzesinitiative dafür sorgen, dass die Leitungen der Grundschulen – auch kleinerer – mindestens mit A14 besoldet werden und damit ca. 250 Euro mehr bekommen. Ebenfalls sollen die Stellvertretungen eine Zulage von ca. 190 Euro bekommen (A13-Z).

Die GEW begrüßt diesen Schritt, denn diese Erhöhung ist längst fällig. Ganz gleich wie viele Schülerinnen und Schüler eine Schule hat, so muss die selbst verantwortete Schule pädagogisch und organisatorisch geleitet werden. Eine besondere Ungerechtigkeit liegt an den Schulen vor, die durch einen niedrigen Sozialindex geringere Klassenfrequenzen haben und damit nicht auf die ausschlaggebenden 230 Schülerinnen und Schüler an ihren Schulen kommen.

Die jetzt auf den Weg gebrachte Gesetzesinitiative kann aber nur den Anfang der Wertschätzung von Schulleitungen bilden. Bereits im Frühjahr 2015 sind wir an Senator Rabe mit der Forderung herangetreten, den Schulleitungen – und zwar allen – auch die entsprechende Zeit für ihre Arbeit zuzuweisen. Die wirklich benötigte Arbeitszeit für Schulleitungen muss zusätzlich zugewiesen werden. Gleichzeitig haben wir als konkreten Einstieg in eine Arbeitszeitentlastung für Hamburger Lehrkräfte gefordert, dass sie nicht mehr als 75 Prozent der Arbeitszeit für Unterricht eingesetzt werden. Die 75 Prozent Arbeitszeit für Unterricht (U-Zeiten) sollen mit



**Aufgrund gewerkschaftlichen Drucks und der Hartnäckigkeit des Gesamtpersonalrats hat sich die BSB bewegt und nach über fünf Jahren regelungsunklarer Zeit einen eigenen Entwurf für eine DZR für das PTF-Personal vorgelegt (Sven Quiring)**

jedem Schuljahr weiter reduziert werden, bis unsere Zielzahlen erreicht sind. Darauf aufbauend erwarten wir weitere Entlastungen.

Also: Gute Initiative des Senators für die Leitungen kleinerer Grundschulen, aber ohne Arbeitsentlastung ist dies nur ein halber Schritt.

Die beste Nachricht zum Jahresanfang ist die Anmeldung der Volksinitiative „Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen“! Wir unterstützen sie! Ihr findet hier in der Ausgabe weitere Hinweise, wie und warum ihr sie unterstützen sollt.

ANJA BENSINGER-STOLZE,  
FREDRIK DEHNERDT,  
SVEN QUIRING

# Mühen der Ebene

Eine Sache ist der Abschluss einer Dienstvereinbarung ‚Ganztag für Lehrkräfte‘, eine andere ihre Umsetzung

*Die Mühen der Gebirge  
liegen hinter uns  
vor uns liegen die Mühen der  
Ebenen*

Brecht, Wahrnehmung

Die „DV Ganztag“<sup>1</sup> ist inzwischen in aller Munde, leider viel zu spät. Unterschrieben wurde sie am 18.11.16. Jetzt gilt es, zuerst die Gestaltungsspielräume zu erkennen, die sie bietet und sie dann in den GTS (Ganztagsschulen) anzuwenden. Es gibt leichtere Aufgaben!

Die Aufregung ist groß. Neben breiter Zustimmung gibt es lautstarke Ablehnung. Die Erregung ist teilweise so groß, dass die Öffnungsklausel in der Präambel übersehen wird. Diese Dienstvereinbarung (DV) vollständig in die Praxis umzusetzen, wird ein längerer und mühevoller Prozess sein. Am Ende werden jedoch alle feststellen: Es hat sich gelohnt, es geht allen besser.

## Die DV regelt im Einzelnen:

- Als geplante Unterrichtszeit werden täglich sechs und einmal in der Woche sieben Stunden erlaubt. Ausnahmsweise dürfen Schulleitungen in einem Schuljahr eine Kollegin/einen Kollegen zweimal pro Woche mit sieben Unterrichtsstunden planen. Dann dürfen diese Lehrkräfte im Folgejahr jedoch an keinem Tag mit sieben Stunden geplant werden. Einvernehmlich kann davon abgewichen werden.
- Unterricht der Lehrkräfte au-

ßerhalb des Grundunterrichts nach Stundentafel wird einheitlich mit dem Faktor 1,3 erteilt. Unterricht ist jede Tätigkeit von Lehrkräften, die nicht allgemeine (A) oder funktionsbezogene (F) Aufgabe ist!

- Wöchentlich werden vier Lückenstunden erlaubt. Der Zeitraum von Mittagspausen der Lehrkräfte, der über 90 Minuten wöchentlich hinausgeht, wird auf die Lückenstunden angerechnet. Einvernehmlich kann davon abgewichen werden.
- Konferenzen dürfen gelegentlich bis 18 Uhr dauern, wenn die einzelnen Lehrkräfte nicht häufiger als sechsmal im Schuljahr teilnehmen müssen. „Gelegentlich“ bedeutet, dass eine *besondere* Notwendigkeit vorliegen muss.

Die Dienstvereinbarung stellt einen Kompromiss zwischen Behörde und GPR dar. Der GPR konnte mitnichten seine Forderungen zu 100 Prozent durchsetzen. Ohne Kompromiss hätte es aber gar keine DV gegeben. Dazu gehört, dass sie derzeit noch nicht für Gymnasien als Ganztagsschulen „besonderer Prägung“ gilt. Zweierlei sei an dieser Stelle betont:

- Die Dienstvereinbarung ist an allen GTS-Schulen umsetzbar. An der Verhandlung waren Schulleitungen aller drei allgemeinbildenden Schulformen (außer Sonderschulen) beteiligt. Übereinstimmend bestätigten sie: Das ist planbar! Planbar bedeutet dabei nicht, dass es einfach ist. An einigen Schulen müssen z.B. die Mit-

tagspausen anders organisiert werden. Dabei muss aber klar sein, dass die Mittagspausen der Lernenden nicht den Pausen der Lehrkräfte entsprechen müssen. Genau diese Unterscheidung ermöglicht aber eine ganz andere Planung der Arbeitszeit der Kolleginnen und Kollegen!

- Die Dienstvereinbarung gilt und ist an den Schulen umzusetzen. Sie gilt für alle Ganztagsschulen „nach Rahmenkonzept“. Es mag an einigen Schulen Umstände geben, welche verhindert haben, dass die Dienstvereinbarung zum 1. Februar bereits vollständig umgesetzt werden konnte. Zum 1. August muss die Dienstvereinbarung jedoch vollständig, mit allen Bestimmungen, umgesetzt sein! Wir erwarten, dass die größten Härten bereits im laufenden Schulhalbjahr abgestellt werden.

Wir sind erfreut darüber, dass die Behördenspitze den Abschluss dieser DV befördert hat. Wir begrüßen den erklärten Willen der Behördenleitung, die DV zügig umzusetzen. — Wo notwendig, wird die GEW alle Kolleginnen und Kollegen, alle Personalräte und auch die Schulleitungen unterstützen.

## Hintergrund

In den vergangenen Jahren wurde der überwiegende Teil der Hamburger Schulen in Ganztagsschulen umgewandelt, also in Schulen mit benotetem Unterricht auch am Nachmittag und zusätzlichen pädagogischen Angeboten. Bei der Ausgestaltung des Ganztages war nicht selten das Konkurrenzprinzip handlungsleitend. Die Stadtteilschule steht in Konkurrenz zum benachbarten Gymnasium und zur Stadtteilschule im vermeintlich besseren Nachbarviertel. Die Grundschule wird zur GTS-Ganztagsschule, denn die GBS-Schule gibt's um die Ecke schon, und wer zweimal nicht dreizügig

<sup>1</sup> Zu finden unter [gpr.hamburg.de](http://gpr.hamburg.de). Dort steht auch das Sonderinfo mit der persönlichen Checkliste.

ist, fliegt aus dem Spiel. Viele Schulleitungen hatten bei der Planung ihres Ganztagskonzepts durchaus die Interessen der Beschäftigten im Blick, aber beileibe nicht alle. Das ist auch kein Wunder. Ein Ganzttag, der den Eltern gefällt, ist unter den gegebenen Umständen anders als einer, bei dem das Wohl der Kolleginnen und Kollegen im Vordergrund steht. Stichworte hierfür sind Primat des Elternwahlrechts und Inklusion nur an Stadtteilschulen bei unzureichender Ressource.

Die Arbeitstage wurden länger durch die notwendigerweise nun einzuplanende Mittagspause, die in den späten Nachmittag verschobenen Konferenzen, an vielen Schulen aber auch durch unnötige Vermehrung der Lückenstunden (auch Frei- oder

Springstunden genannt) auf bis zu unerträgliche zehn pro Woche. Unnötig ist diese Vermehrung nachweislich deshalb, weil es Schulen mit verantwortungsvollen Stundenplanerinnen und Stundenplanern gibt, denen es gelang, die Zahl der Lückenstunden nicht zu erhöhen.

Weitere Folge war, dass einige Schulleitungen sich bei der Faktorisierung der unterrichtlichen Ganztagsangebote (nicht zu verwechseln mit benotetem Nachmittagsunterricht nach Stunden-tafel!) über die Lehrerarbeitszeitverordnung hinwegsetzten. Das heißt, der Schule werden für den Einsatz der Lehrkräfte im Ganzttag zwar seit jeher Stunden mit dem Ganztagsfaktor 1,3 zugewiesen, die Schulleitungen geben diesen Faktor aber nicht an die Kolleginnen und Kolle-

gen weiter, sondern faktorisieren freihändig mit 1,0, 0,8 oder sogar mit 0,75 WAZ. Da wird selbst der Gang von der Klasse zum Lehrerzimmer auf wundersame Weise zu unbezahlter Freizeit, die Schule hat freie Ressourcen geschaffen für zusätzliche Nachmittagskurse und bekommt so einen exzellenten Ruf in der örtlichen Elternschaft, dem mit diversen Schulpreisen höhere Weihen verliehen werden. Auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer.

Der Gesamtpersonalrat (GPR) konnte nun endlich mit der Behörde eine Dienstvereinbarung abschließen, mit der diese Missstände beseitigt oder zumindest eingeeht werden.

ROLAND KASPRZAK  
MATIAS TÖPFER

## PUBLIKATION

# Friedensgutachten 2016 didaktisch

Friedenspädagogische Materialien aus der Friedensforschung sind so rar wie dringend benötigt, um Erkenntnisse über zivile Konfliktlösungen und die Entwicklung friedensethischer Haltungen zu ermöglichen. Auch weil eine Berufsarmee mit Personalmangel in den Politikunterricht drängt und mit nahezu unerschöpflichem Werbeetat Schüler\_innen umgarnen will, um die Ausbildung fürs Töten als ganz normales Berufsfeld einer Demokratie zu verharmlosen. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule ist eindeutig: Für „das Lebensrecht aller Menschen einzutreten“ (§2 HmbSG)

Die 24seitige Broschüre wurde vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) zusammen mit der Berghof Foundation, Programm Friedenspädagogik & Globales Lernen erarbeitet und von der Behör-

de für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung gefördert. Redaktion: Uli Jäger (Berghof) und Margret Johannsen (IFSH). Bestellungen bitte an: *Dr. Margret Johannsen, IFSH, Beim Schlump 83, 20144 Hamburg* oder *johannsen@ifsh.de*. Solan-



ge der Vorrat reicht, werden, bei Bedarf auch Klassensätze, gratis versandt.

JOCHEN RASCH  
GEW Vertrauensperson am IFSH,  
rasch@ifsh.de

# Wir bleiben dran

„Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit!“ lautet die Forderung am Equal Pay Day. Am 18. März 2017 markiert der internationale Aktionstag für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschied. Die GEW will Entgeltgleichheit auch im Schulbereich

Mit der Kampagne „JA 13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen“ und den beeindruckenden Aktionstagen der Landes- und Kreisverbände haben wir deutlich signalisiert: Schluss mit der Entgeltungleichheit im Schulbereich! „JA 13“, das gilt für alle Schulformen, für Beamten\_innen wie Tarifbeschäftigte. Und wir machen weiter unter dem Dach der GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“

## Große Resonanz auf die JA 13-Kampagne

Mehr als die Hälfte der GEW-Landesverbände haben sich mit Aktionen für das Thema „JA 13“ stark gemacht – in Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen oder Sachsen. Um auf die GEW-Forderungen aufmerksam zu machen, wurden Unterschriften gesammelt, zu Veranstaltungen eingeladen, Fotoaktionen gemacht, Kundgebungen organisiert, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gemacht: Die gute Arbeit an Grundschulen muss endlich angemessen bezahlt werden und auch die Arbeit in der Sekundarstufe I, denn auch hier hinkt die Bezahlung der Lehrkräfte in einigen Bundesländern noch den Anforderungen an die Arbeit hinterher. Ob Zeitungen, Radio oder Fernsehen – unser Anliegen hat es bis in die Tagesschau geschafft.

Ein gutes Zeichen, dass das Thema Lehrkräftebesoldung und Entgeltgleichheit nicht nur in der Organisation, sondern auch „draußen“ angekommen ist.

## Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit bleibt das Ziel

Und wir bleiben dran. Wie auch der europaweite Equal Pay Day zeigt: Unser Ziel ist noch lange nicht erreicht. Am 18. März markiert er symbolisch den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschied, der im Bundesdurchschnitt zurzeit bei 21 Prozent liegt. Frauen arbeiten somit 77 Tage umsonst, würde man bei Männern und Frauen den gleichen Stundenlohn ansetzen. Bei Grundschullehrkräften, die in der geringer entlohnten Besoldungsgruppe A 12 eingestuft sind, während ihre Kolleginnen und Kollegen an anderen insbesondere in der Sekundarstufe II nach A 13 bezahlt werden, bedeutet das Monat für Monat deutlich weniger Geld. Diese Entgeltlücke muss geschlossen werden!

## Rechtliche Gutachten bestätigen Diskriminierung

Wie auch in anderen frauentypischen Berufen zeigt sich hier, dass die Bezahlung überall dort schlechter ist, wo überwiegend Frauen arbeiten. Denn auch Lehrkräfte an Grundschulen sind zu etwa 90 Prozent weiblich. Sachliche Gründe lassen sich dafür längst nicht mehr finden.

Lehrkräfte an Grundschulen leisten wertvolle Arbeit, die endlich gerecht bezahlt werden muss. Auch das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Eva Kocher bestätigt, dass die ungleiche Besoldung an Schulen Frauen mittelbar diskriminiert und damit gegen das Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes verstößt. Schon lange absolvieren alle Lehrkräfte eine gleichwertige und in vielen Bundesländern auch ein gleichlanges wissenschaftliches Hochschulstudium plus Referendariat und üben eine gleichwertige Tätigkeit aus. Die unterschiedliche, schulformspezifische Besoldung der Lehrämter ist verfassungswidrig, wie das Gutachten von Prof. Dr. Ralf Brinktrine zur rechtlichen Zulässigkeit der unterschiedlichen Eingruppierung beamteter Lehrer\_innen in NRW zeigt.

## Professionalität anerkennen und wertschätzen

Sachliche Argumente für eine gleichwertige Bezahlung der Lehrkräfte gibt es also genügend, doch trotz hoher Anforderungen, Professionalität und einer akademische Ausbildung hält sich hartnäckig die Einschätzung, dass die Leistungen von Lehrkräften an Grundschulen geringer bewertet und somit geringer bezahlt werden können. Hier zeigt sich, dass Erziehungsarbeit immer noch weniger wert zu sein scheint als die Wissensvermittlung, dabei ist die Verantwortung für die Entwicklung des Menschen in der Grundschule besonders groß. Hier wird der Grundstein für Leben und Lernen gelegt. Hier werden Inklusion gestaltet und Geflüchtete integriert.

Diese enormen Leistungen und die große Verantwortung der Grundschullehrkräfte müssen endlich entsprechend vergütet werden. Die Abwertung der weiblich zugeschriebenen Tätigkeiten wird hier besonders deutlich. Die Erziehung der



Kinder ist Frauensache und was kostenlos in der Familie geleistet wird, soll auch im Beruf nicht viel wert sein. Die vorhandene Professionalität wird außer Acht gelassen. Das gilt nicht nur für den Grundschulbereich, sondern betrifft auch die Erziehungs- und Pflegeberufe. Es muss Schluss sein mit diesen traditionellen und längst überholten geschlechtsbezogenen Rollenzuschreibungen.

### **Arbeitszeiten an Grundschulen auf dem Höchststand**

Am Equal Pay Day wird außerdem deutlich, dass Arbeitszeit und Bezahlung ebenfalls auseinanderfallen. Die Niedersächsische Arbeitszeitstudie zeigt, dass die Belastungen, allein durch die hohe Stundenzahl an Grundschulen, überproportional groß sind. So arbeiten Grundschullehrkräfte pro Woche durchschnittlich 1:20 Zeitstunden über dem Sollwert, also über der 40-Stunden-Woche der Verwaltungsbeamt\_innen. Hinzu kommt, dass Grundschullehrkräfte weniger Zeit für notwendige außerunterrichtliche Tätigkeiten und weniger Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung ihrer Lebenszeit zur Verfügung steht als Lehrkräften anderer Schulformen.

Demnach haben Grundschullehrkräfte nicht nur die höchste Unterrichtsverpflichtung von allen Schulformen, sie sind auch stärker als alle anderen mit ihrer Arbeit an die Schule gebunden. Darüber hinaus macht der reine Unterricht an Grundschulen mit 18 Zeitstunden 37,5 Prozent der Arbeitszeit aus. Mit Aufsichten und Vertretung arbeiten die Grundschullehrkräfte 19:30 Stunden oder 40,7 Prozent ihrer Arbeitszeit mit Schülerinnen und Schülern. Das ist ein Spitzenwert im Vergleich zu den anderen Schulformen (Gymnasien 30, Gesamtschulen 33 Prozent). Ein eindeutiges Indiz, dass die Arbeit an Grundschulen mehr wert sein muss!



**„Frauen arbeiten 77 Tage umsonst, würde man bei Männern und Frauen den gleichen Stundenlohn ansetzen.“ (Frauke Gützkow)**

### **Teilzeitkräfte an Grundschulen besonders belastet**

Die Situation spitzt sich besonders zu bei Teilzeitkräften, die an Grundschulen überproportional vertreten sind. So haben Teilzeitkräfte eine wöchentliche Sollarbeitszeit von 31:52 Stunden. In der Realität liegt sie jedoch mit 33:52 Wochenstunden deutlich darüber, in der Spitze bei 35,5 Stunden. Teilzeitkräfte wenden somit viel mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts auf als Vollzeitkräfte. Die Teilzeitkräfte zeigen, wie groß der Zeitaufwand ist, wenn hohe professionelle Qualitätsansprüche an die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern erfüllt werden. Die nicht-teilbaren Aufgaben (z.B. Klassenleitung, Teilnahme an Konferenzen, Mitarbeit in Gremien der Schule), die die Teilzeitkräfte wie die Vollzeitkräfte leisten, führen ebenfalls zu der überproportional hohen Arbeitszeit.

### **Chance nutzen und weiter für unsere Forderungen eintreten**

Die Ergebnisse aller Studien sind deutlich: Die Arbeit an Grundschulen ist gleichwertig, was Ausbildung, Anforderungen und Belastungen angeht. Jetzt

müssen wir dran bleiben, unsere Forderungen nach A13 für alle auch durchsetzen. Und die GEW hat bereits Erfolge! In Berlin gibt es gute Aussichten, dass das Landesbesoldungsgesetz geändert wird und Grundschullehrkräfte nach A 13 eingruppiert werden. Damit wäre der Anfang gemacht, auch für die Tarifbeschäftigten! Das Argument „Wir können nicht die ersten sein, die die Grundschullehrkräfte höher eingruppiert als alle anderen Länder“ wäre damit vom Tisch.

Wir müssen die Chance nutzen, gemeinsam diesen Prozess anzustoßen und Schritt für Schritt zu gestalten. Landesregierung für Landesregierung muss für eine gerechte Besoldungspolitik gewonnen werden.

Ein Tag wie der Equal Pay Day eignet sich, um gewerkschaftliche Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Es ist wichtig, dass wir gehört und gesehen werden! „JA13“ ist kein Selbstläufer. Dafür gilt es, sich stark zu machen, gemeinsam! Wir bleiben dran!

FRAUKE GÜTZKOW  
Mitglied des Geschäftsführenden  
Bundesvorstands der GEW,  
verantwortlich für Frauenpolitik

# Arbeit braucht Zeit – Gute Arbeit braucht mehr Zeit!

Die auf über ein Jahr breit angelegte Studie zur Belastung der Lehrkräfte in Niedersachsen kommt zu einem eindeutigen Ergebnis

Arbeitszeitberechnungen der vergangenen Jahre haben es immer wieder eindrücklich belegt: Die zeitliche Belastung von Lehrkräften ist zu hoch – ganz im Gegensatz zum oft zitierten

Halbtagsjob. Nichtsdestotrotz haben Bildungsminister\_innen in vielen Bundesländern und aller Couleur immer wieder an der Pflichtstundenschraube gedreht und die Arbeit der Lehrkräfte

weiter verdichtet. In Schleswig-Holstein ist uns die letzte Pflichtstundenerhöhung durch die FDP/CDU Regierung im Jahr 2010 noch gut in Erinnerung – wir spüren sie täglich! Mal eben von 26 auf 27 Stunden für Gemeinschaftsschullehrkräfte, von 25,5 auf 27 für Gesamtschullehrkräfte und von 24,5 auf 25,5 für Studienrät\_innen an Gymnasien und Berufsbildenden Schulen. Warum? Um Stellen einzusparen für den Landeshaushalt! So profan war die Begründung!

Die letzte Arbeitszeiterhöhung für Lehrkräfte hat die Kultusministerin in Niedersachsen anordnen wollen und ist zur Überraschung vieler und zur Freude der GEW vor dem OVG Lüneburg kläglich gescheitert. Warum? Das Gericht hat damit auf die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes seit 2012 reagiert und festgestellt: der Dienstherr darf nicht einfach die Pflichtstunden erhöhen, ohne zu prüfen und festzustellen, ob noch Arbeitskapazitäten vorhanden sind. Die GEW Niedersachsen hat daraufhin keine Mühen gescheut und Wissenschaftler der Uni Göttingen beauftragt, in einer wissenschaftlich fundierten und repräsentativen Studie die Arbeitszeit und Arbeitsbelastung der Lehrkräfte in NDS zu ermitteln. 3000 Lehrkräfte haben über ein Jahr mitgemacht. Damit ist die GEW NDS gut gewappnet für gerichtliche und außergerichtliche Verhandlungen mit der Landesregierung.

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der GEW-Landesverbände Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zum Thema „Anders arbeiten – gegen die zunehmende Belastung!“ hat der Landesvorsitzende der GEW Niedersachsen Eberhardt Brand die Ergebnisse der Arbeitszeit- und Belastungsstudie in Niedersachsen dargestellt:

- Die Jahresarbeitszeit von Lehr-

Fotos: hlz



Phalanx der Nord-Vorsitzenden von links stehend: Annett Lindner, Mecklenburg-Vorpommern, Anja Bensinger-Stolze, Hamburg, Astrid Henke, Schlesig-Holstein; sitzend von links: Eberhardt Brand, Niedersachsen, Bernd Winkelmann, Bremen

kraften geht weit über die geforderte Arbeitszeit von Beamtinnen und Beamten hinaus.

- Die Wochenarbeitszeit liegt in einigen Phasen im Jahr höher als die gesetzlich erlaubte Höchstarbeitszeit von 48 Wochenstunden.
- Die Arbeit von Lehrkräften erfolgt regelmäßig auch an den Wochenenden und in den Ferien.
- Die verwendete Zeit für die Unterrichtsvor- und nachbereitung ist bei Teilzeitkräften deutlich höher, insgesamt leisten Teilzeitkräfte vergleichsweise noch deutlich höhere Arbeitszeiten als die vollzeitbeschäftigten Kolleg\_innen. Die erforderliche Unterrichtsqualität kann augenscheinlich nur durch die Reduktion der Pflichtstunden erbracht werden.

Die GEW Niedersachsen kommt nach der Belastungsstudie zu dem Schluss: Die Arbeitsintensität bei Lehrkräften ist höher als bei vergleichbaren Berufsgruppen. Sie haben in den Schulzeitwochen eine extreme Arbeitszeitbelastung. Bei den langen Wochenarbeitszeiten sind Probleme der Vereinbarkeit von beruflichem und privatem Leben unvermeidbar.

Die Studie weist hohe Beanspruchungen aus, die mit neuen Anforderungen wie Inklusion und Ganztagschule verbunden sind. Außerdem belasten der Umgang mit schwierigen Schüler\_innen, große Klassen, Klassenleitungstätigkeiten und Dokumentationsaufgaben. Besonders stark beanspruchend ist respektloses Verhalten von Schüler\_innen und auch von Eltern.

Nahezu alle Lehrkräfte empfinden den hohen Zeitdruck und damit verbunden die häufige Arbeit am Wochenende und abends als sehr großen Belastungsfaktor. Ein Resultat aus den Belastungen sind Abstriche bei der Qualität der Arbeit, um die Arbeit zu

schaffen. Dieser Qualitätsverlust wiederum ist selbst ein Belastungsfaktor, da er im Widerspruch zur eigenen Überzeugung steht. Für viele Lehrkräfte hat die Teilzeit eine Schutzfunktion gegenüber überbeanspruchenden Arbeitsbedingungen.

### **Welche Konsequenzen können wir – auch länderübergreifend – ziehen**

- Klar ist seit diesem Urteil des OVG Lüneburg: „Arbeitszeit – Noch eins drauf!“ das kann’s nicht mehr geben! Leider wird es rechtlich so eingeschätzt, dass mit Hilfe dieser Bundesrechtsprechung nicht alle vorhergehenden Pflichtstundenerhöhungen (z.B. die aus dem Jahr 2010) angegriffen werden können.
- Die Pflichtstunden und die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte ist zu hoch und muss gesenkt werden – dieses wird umso deutlicher, wenn man sieht, dass die Pflichtstunden in SH in vielen Schularten sogar deutlich höher sind als in Niedersachsen (24,5 LWS für eine Lehrkraft an Gesamtschulen in Niedersachsen – 27 an Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein bzw. 23,5 LWS für eine Gymnasiallehrkraft in NDS – 25,5 LWS in SH)
- Wir dürfen nicht die Augen verschließen vor der Tatsache, dass die Arbeitsbelastungen durch den zeitlichen Aufwand für Korrekturen, Klassenleitungen oder besondere Funktionen und auf der anderen Seite auch die Belastung durch das Maß der Arbeitsintensität bei hohen Pflichtstundenzahlen unterschiedlich ist. Die Erfahrungen der Hamburger Kolleg\_innen haben aber erneut eindrücklich deutlich gemacht, dass die Übertragung des Hamburger Arbeitszeitmodells keine Lösung ist. Die Belastungen müssen gesenkt werden durch Verringerung der Pflichtstunden;



**Die GEW NDS ist gut gewappnet für gerichtliche und außergerichtliche Verhandlungen mit der Landesregierung. (Eberhard Brand)**

Anerkennung von zeitlichen Belastungen für Korrekturen, Kooperationen, Klassenlehrkraftaufgaben durch Ausgleichsstunden und die Verbesserung der Regelungen für Teilzeitkräfte sind erforderlich. Diese Forderungen müssen mit Nachdruck und vielen Aktionen vorgetragen werden!

- Weitere Aufgaben kann es nur geben, wenn andere Aufgaben gestrichen werden! Dieses Prinzip muss auch durch Personalräte eingefordert und begleitet werden. Ggf. muss der Grundsatz auch rechtlich geprüft werden.
- Die Anforderungen an eine wissenschaftliche Übertragbarkeit der Studien soll von der Uni Göttingen geprüft werden.

Die fünf norddeutschen GEW-Landesverbände werden in den Landesverbänden und länderübergreifend das Thema „Gute Arbeit durch Senkung der Arbeitsbelastungen und Arbeitszeit“ ganz nach oben auf die Agenda setzen. Beteiligt euch an Aktionen, zu denen wir in den Landes- und Kreisverbänden aufrufen, um unsere Ziele gemeinsam durchzusetzen.

ASTRID HENKE,  
Vorsitzende GEW Schleswig-Holstein

# Wann, wenn nicht jetzt

Der Beschluss des Landesvorstands im Dezember letzten Jahres, die Volksinitiative ‚GUTE Inklusion‘ zu unterstützen, ist der folgerichtige Schritt angesichts der Belastungen, denen die Kolleg\_innen ausgesetzt sind. Die GEW stellt sich damit ihrer Verantwortung, zum Gelingen der Inklusion beizutragen

Am 23. Januar haben die Initiatoren der Volksinitiative in der Senatskanzlei im Hamburger Rathaus den Beginn ihrer Unterschriftensammlung angemeldet. Das Ziel der Initiative, die aus engagierten Eltern, Pädagog\_innen und Schüler\_innen besteht, ist, die personelle und räumliche Ausstattung der schulischen Inklusion zu verbessern, damit alle Schüler\_innen mit und ohne Förderbedarf ihre Potenziale im gemeinsamen Lernen entfalten können.

Die Entwicklung und Umsetzung schulischer Inklusion ist eine der bedeutsamsten bildungspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Die qualitative Entwicklung einer inklusiven Unterrichts- und Schulkultur ist aber auch auf eine ausreichende personelle und räumliche Ausstattung angewiesen

Obwohl die SPD in ihrem Regierungsprogramm von 2011 die Ausweitung der integrativen Regelklassen und Integrationsklassen versprochen hatte, wurden beide ab 2012 durch die Bürgerschaftsdrucksache 20/3641 schrittweise abgeschafft. Damit

wurden die Bedingungen einer inklusiven Bildung massiv verschlechtert. Die GEW Hamburg kritisiert seit Jahren offensiv und öffentlich die finanzielle Unterfinanzierung der schulischen Inklusion.

Die Volksinitiative bietet die Chance, die notwendigen personellen und räumlichen Verbesserungen im Bereich der schulischen Inklusion durchzusetzen.

So ist seit 2012 z.B. die Personalressource für Schüler\_innen mit speziellem Förderbedarf im Vergleich zu den abgeschafften Integrationsklassen um ein Drittel gekürzt worden. Hatte die Bürgerschaft 2012 noch mindestens drei Unterrichtswochenstunden pro Schüler\_in mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale-soziale Entwicklung (LSE) als notwendig erachtet, werden im jetzigen Jahrgang 5 weniger als zwei Unterrichtsstunden pro Schüler\_in mit Förderschwerpunkt LSE zugewiesen.

Die Forderungen der Volksinitiative beziehen sich weitgehend auf den Standard, der bereits einmal bestanden hatte. Wenn sie erfüllt werden, ist die Personalzuweisung für Schüler\_innen

- mit einem speziellen Förderbedarf nicht höher als in den ehemaligen Integrationsklassen.
- mit Förderbedarf LSE so hoch, wie die Bürgerschaft es 2012 beschlossen hat.
- mit speziellem Förderbedarf in Bezug auf Therapie- und Pflegestunden nicht höher als an den speziellen Sonderschulen.

Die Forderungen nach zu-

sätzlichem Personal und Raum sowie die Schaffung von Barrierefreiheit entsprechen in allen Punkten der Beschlusslage der GEW von 2011 und 2012. In der Vorlage der Volksinitiative wird dabei nicht die Abschaffung der ReBBZ‘ und der speziellen Sonderschulen gefordert. Bürgerschaft und Senat werden aufgefordert, dass das nötige therapeutische und pflegerische Personal zusätzlich eingestellt wird und dass die Forderungen der Volksinitiative nicht durch Kürzungen in anderen schulischen Bereichen quergefinanziert werden.

Es werden nun 10.000 gültige Unterschriften benötigt, damit sich die Hamburger Bürgerschaft mit den Forderungen der Volksinitiative auseinandersetzen muss. Angesichts prall gefüllter öffentlicher Kassen und weiter sprudelnder Steuereinnahmen können die Forderungen der Volksinitiative nicht mit dem Argument der Nichtfinanzierbarkeit zurückgewiesen werden.

Wann, wenn nicht jetzt, müssen wir also unsere Forderungen auf die Straße tragen?! Wir werden erfolgreich sein, wenn sich jedes GEW Mitglied aktiv beteiligt und in seinem Umfeld so viele Unterschriften wie möglich sammelt.

Kolleginnen und Kollegen, beteiligt euch und unterstützt die Volksinitiative!

Nur so können wir Verbesserungen im Interesse aller Beteiligten durchsetzen!

SVEN QUIRING  
Zweiter stellvertretender Vorsitzender

**Unterschriftenliste, Infos und den Newsletter bestellen kann Frau und Mann ganz einfach im Internet auf der Homepage unter: [www.gute-inklusion.de](http://www.gute-inklusion.de)**

**Alle Materialien können natürlich auch in der GEW-Geschäftsstelle bestellt und abgeholt werden.**





# Volksinitiative GUTE Inklusion

Damit ALLE gut lernen können.

- Mehr PädagogInnen
- Mehr Räume
- Barrierefreie Schulen
- Therapie und Pflege

**JETZT  
UNTERSCHREIBEN!**

Eure Hamburger  
SchülerInnen

**GUTE  
INKLUSION!**  
FÜR HAMBURGS SCHÜLERINNEN 

Infos und Unterschriftenliste unter: [www.gute-inklusion.de](http://www.gute-inklusion.de)  [facebook.com/Gute-Inklusion-1039124682881619](https://facebook.com/Gute-Inklusion-1039124682881619)

# Wohin geht die Reise?

Es geht nicht nur um eine bessere Ausstattung für die Inklusion

Seit Ende November 2016 läuft die Mobilisierung für die „Volksinitiative GUTE Inklusion“ für Hamburgs Schüler\_innen. Die GEW unterstützt die Initiative und zunehmend mehr Organisationen schließen sich dem Aufruf an. Im Vordergrund der Kampagne stehen Forderungen nach mehr Personal, mehr Räumen und Barrierefreiheit, „damit alle Schüler mit und ohne Förderbedarf ihre Potentiale im gemeinsamen Lernen entfalten können“ (Ini-Vorlage vom 8.12.16).

Seit Jahren sind dies auch unsere Forderungen in der GEW und es ist richtig, diese Volksini-

tiative personell und materiell zu unterstützen, damit sie ein Erfolg werden kann.

Was aber bisher in der Begründung der Volksinitiative fehlt, ist neben der Tatsache, dass in Hamburg nicht nur durch die Zerschlagung der I- und IR-Klassen und die Kürzung der Ressourcen unhaltbare personelle und räumliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung der sogenannten Inklusion in Grund- und Stadtteilschulen geschaffen worden sind, sondern dass durch bildungspolitische Entscheidungen des Senators ein unübersehbarer Wandel hin zu mehr Standardisierung, auch im Gewande

des Bildungsmonitoring, zu mehr Testgläubigkeit, Konkurrenz und Ellenbogenmentalität, d.h. Exklusion, unsere Schulen durchdringt.

Diese Entwicklung widerspricht elementaren Grundsätzen einer angestrebten inklusiven „Pädagogik der Vielfalt“ und ist nicht nur mit einem quantitativen Mehr an Mitteln zu bremsen bzw. zu verhindern.

Die Standardisierung von Lern- und Bildungsprozessen ist ein schleichender, seit Jahren stattfindender Vorgang. Dieser findet seine Hamburgspezifische Beschleunigung durch die flächendeckende Einführung von Kermit-Testungen, die Reaktivierung einer zeitaufwendigen, normorientierten LSE-Diagnostik in den Grundschulen, bei der die ReBBZs als diagnostische Kontrolleinrichtung fungieren müssen und nicht zuletzt durch die Umschreibung sämtlicher Bildungspläne auf „Kompetenzorientierung“ hin.

Hanno Middecke, Sonderpädagoge aus dem niedersächsischen Osnabrück, schreibt: „Die aktuelle Tendenz, Lernerfolge in jeder Stunde als Kompetenzgewinn zu verstehen, funktionalisiert die Welt in eine Ansammlung von Bewältigungsaufgaben.“ (H.M., 2015)

Die Folge einer solchen Tendenz ist, neben „Entfachlichung und Deprofessionalisierung des Lehrerberufes“ (Anja Bensinger-Stolze, Nov. 2016), eine Unterrichtsentwicklung, die, wenn Inhalte in den Hintergrund und Kompetenzen in den Vordergrund treten, „teaching for testing“ zum Maßstab guten Unterrichts erklärt. Es erscheint als bildungspolitischer Geniestreich, dass Unterrichtsvorbereitung und -planung inzwischen Lernstandserhebungen wie Kermit, u.a. hinsichtlich der Aufgabenformate, ins Auge fassen und darauf vorbereiten.

Die Wiedereinführung des alten, klassischen Paradigmas

## quer bis queere

Vom 25.05.-28.05.2017 (Himmelfahrt) findet das diesjährige Treffen in der Akademie Waldschlösschen in Reinhausen bei Göttingen statt. Willkommen sind alle lesbischen, queeren Lehrerinnen/Sozialpädagoginnen/Erzieherinnen aller Hautfarben und jeden Alters, die im schulischen Kontext arbeiten, unabhängig davon, ob sie sich im Beruf, in der Ausbildung oder im Ruhestand befinden.

Im geschützten Rahmen können wir uns in Workshops und persönlichen Gesprächen über eigene schulische Erfahrungen (auch Ängste, persönliches Coming-out) austauschen, die eigene Lebens- und Arbeitssituation reflektieren und Kraft für den stressigen Schulalltag sammeln.

Ihr seid eingeladen, euch in entspannter Atmosphäre zu unterschiedlichen (schul-) politischen Themen fortzubilden.

### Anmeldung und weitere Informationen:

[www.waldschloesschen.org](http://www.waldschloesschen.org)

Für Fragen stehen die Organisatorinnen gerne über die Kontaktadresse des Waldschlösschens zur Verfügung.

Gefördert von der GEW und dem Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB

einer Feststellungs- und Zuschreibungsdiagnostik in den Hamburger Grundschulen hat die Ansätze einer nicht-etikettierenden, den sonderpädagogischen Lern- und Entwicklungsprozess begleitenden Diagnostik der ehemaligen IR-Klassen ad absurdum geführt. Was für mich das Schlimmste ist: Es wird so mit dazu beigetragen, dass das alte medizinisch-biologistische Modell als Erklärungsansatz zur Genese von „Behinderungen“ und „Störungen“ in den Schulen wieder Einzug erhält. Diagnosegestützte, administrative Entscheidungen werden zunehmend anhand zweifelhafter IQ- und PR-Werte getroffen, damit Probleme dem Individuum zugeschrieben, während zugleich politische und soziale Kontexte ausgeklammert werden.

Prof. Birgit Herz hat auf einer Tagung der Leibnitz-Universität in Hannover am 23.9.16 diese Prozesse einer zunehmenden Biologisierung und Pathologisierung von „verhaltensgestörten“ Kindern und Jugendlichen, die im Hamburger Pädagogen-Jargon gerne auch als „Verhaltensoriginelle“ oder „Systemsprenger\_innen“ bezeichnet werden,

in der Inklusion analysiert. Sie insbesondere sind die Verlierer\_innen einer auf Ausgrenzung und Etikettierung ausgerichteten Gestaltung der Inklusion.

Wir dürfen nicht übersehen, dass viele dieser Kinder mit besonderen Schwierigkeiten in ReBBZ-Klassen, temporären Lerngruppen oder in kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen exkludiert werden und somit das überforderte inklusi-

---

*Das alte medizinisch-biologische Modell als Erklärungsansatz zur Genese von „Behinderungen“ und „Störungen“ erhält wieder Einzug*

---

ve System entlasten. Sie entlasten aber auch uns: Lehrkräfte, Sozialpädagog\_innen, Erzieher\_innen – nämlich darin, Verantwortung für diese Kinder und Jugendlichen zu übernehmen, indem wir uns ihnen zuwenden und eine Beziehung zu ihnen aufbauen.

Es ist richtig und wichtig,

das bildungspolitische Engagement für die Verbesserung der Ressourcenausstattung zur Umsetzung der Inklusion auf neuer Ebene fortzusetzen.

Aber gleichrangig muss – aus meiner Sicht – aufgeklärt werden über Standardisierung, die die Individualisierung der Lernprozesse zu Grabe zu tragen droht. Es muss eine Abkehr vom medizinischen Modell in der Diagnostik und von den alles übertragenden normvergleichenden Denk- und Handlungsmustern in der Öffentlichkeit erfolgen, denn diese sind mit dem Grundgedanken der Inklusion unvereinbar.

Die quantitativen Ressourcen und die qualitative Ausrichtung der Inklusion sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Eine Initiative zur Verbesserung der quantitativen Rahmenbedingungen alleine reicht nicht aus. Was wir darüber hinaus brauchen, ist „ein qualitativer Wandel in der Steuerung der schulischen Inklusion mit einer bildungspolitischen Strategie!“ (Blanck u.a., hlz 3-4, 2016, S. 33).

ULLI MEISTER  
Fachgruppe Sonderpädagogik  
& Inklusion

\*14.11.1956 †14.1.2017

*Letzte Woche haben wir noch gemeinsam  
unsere Scherze gemacht.*

*Nichts ist unendlich, niemand unverwundbar.*

*Deine Kraft und Wärme wird uns fehlen,  
als Kollege und Freund.*

Wir sind fassungslos und trauern um

**Birger Zemke**

Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt seiner Familie

Das Kollegium der Beruflichen Schule für Spedition,  
Logistik & Verkehr (H14)

# Stadtteilschule ist nicht gleich Stadtteilschule

Die Dramatik in der Entwicklung unseres 2-Säulen-Modells offenbart sich erst beim zweiten Hinsehen

Auf den ersten Blick sind es gerade die Stadtteilschulen, die mit ihren reformpädagogischen Ansätzen für die Herausforderungen der Zukunft besser gewappnet zu sein scheinen als so manches Gymnasium, das nicht selten an tradierten Unterrichtsformen hängt und damit notwendige Innovationen blockiert. So sind es ganz besonders die ehemaligen Gesamtschulen, die auf eine erfolgreiche Geschichte zurückblicken können. Sie haben über viele Jahre den Beweis erbracht, dass man jenseits einer tradierten Reproduktionsdressur Schüler\_innen zu guten Leistungen führen kann bei gleichzeitiger Herausbildung jener Kompetenzen, die es den Heranwachsenden ermöglichen, die Gesellschaft mit zu gestalten oder an ihr zu partizipieren. Das ging besonders gut, als diese Schulen mit einer guten Personalausstattung Integrationsklassen führten, die es Eltern so genannter bildungsnahe Schichten attraktiv erscheinen ließ, ihre Kinder dort anzumelden. Auf diese Weise kam es nicht selten zu dem angestrebten Drittelmix an Schüler\_innen, der aus Gymnasial-, Real- und Hauptschüler\_innen bestand.

Mit der Einführung des 2-Säulen-Modells verschob sich diese Proportion dramatisch. Alles, was bisher nicht Gymnasium war, wurde zur Stadtteilschule gemacht. Die Strahlkraft der Gesamtschulen verlor sich, nicht zuletzt deswegen, weil die besonderen personellen und räumlichen Ausstattungsmerkmale

mit denen der übrigen Stadtteilschulen nivelliert wurden. Darüber hinaus waren die ehemaligen Haupt- und Realschulen nicht selten überfordert. Die Kolleg\_

---

*Man muss die Arbeit der Kolleg\_innen bewundern, denen es trotz dieser schwierigen Ausgangslage gelingt, Schüler\_innen, denen nach der vierten Klasse attestiert wurde, sie seien für das Gymnasium ungeeignet, zum Abitur zu führen*

---

innen, zu Recht skeptisch bis ablehnend gegenüber einem Konzept, das ihnen oktroyiert wurde, sollten aus dem Handgelenk das produzieren, wozu die Gesamtschulen Jahre gebraucht hatten. Hinzu kam wenig später mit der Einführung der Inklusion, die bekanntlich die Stadtteilschulen alleine zu meistern haben, eine Belastung, die auch die letzten ‚bildungsnahen‘ Eltern, die an einer aufgeklärten Pädagogik interessiert waren, abschreckte. Da reichte als Kompensation auch nicht der Wettbewerbsvorteil, der den Stadtteilschulen durch ein Jahr mehr bis zum Abitur zugestanden wurde. Das Ergebnis: Wenn man einmal von den Langformen (s. Kasten), also den Schulen, die ihre Klassen von der ersten Jahrgangsstufe anführen, absieht, findet sich kaum noch ein gymnasialempfohlenes

Kind auf einer Stadtteilschule. (Grafik 1)

Umso mehr muss man die Arbeit der Kolleg\_innen bewundern, denen es trotz dieser schwierigen Ausgangslage gelingt, Schüler\_innen, denen nach der vierten Klasse attestiert wurde, sie seien für das Gymnasium ungeeignet, zum Abitur zu führen. Ohne dieses Engagement der Kolleg\_innen wäre so manche Stadtteilschule wirklich zu dem geworden, was man den allermeisten unberechtigter Weise häufig nachsagt: zur Restschule. Man fragt sich, wieviel Energie aufgewandt werden muss, um

## Aderlass

Bei den so genannten **Langformen** handelt es sich um Schulen, in der Regel sehr große Einheiten, die als Stadtteilschule die Grundschule integriert haben. Je stärker diese reformpädagogisch orientiert sind, desto kleiner der Aderlass nach der vierten Jahrgangsstufe ans Gymnasium. Anscheinend überzeugt die Arbeit der Kolleg\_innen die Eltern so sehr, dass die strukturellen Nachteile der Stadtteilschule dafür hingenommen werden. Dagegen ist bei den vier übrig gebliebenen Primarschulen, die als Schulversuch weiter existieren, der Aderlass größer, weil die Eltern wissen, dass die Entscheidung ohnehin nur zwei Jahre aufgeschoben ist.

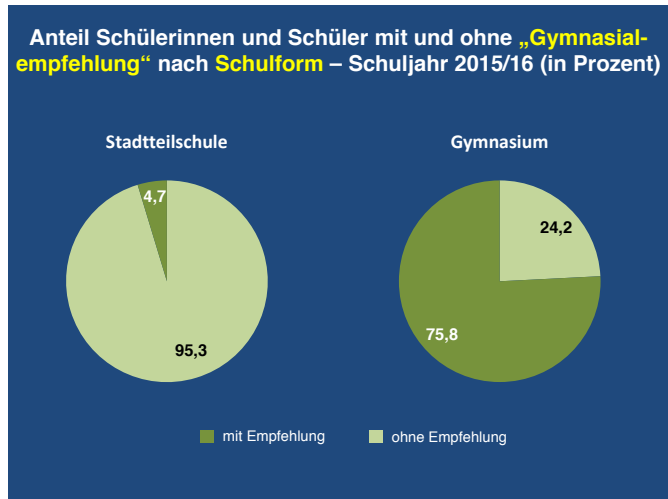


den Schüler\_innen ihr Selbstvertrauen zurückzugeben, das durch die Schullaufbahempfehlung gelitten hat? Die Wunde wird bleiben und dies gilt natürlich auch für die vielen systemimmanenten Rückläufer\_innen (s. Grafik 2), so wie bei allen, die ihre Schullaufbahn nicht glatt und glänzend hinter sich gebracht haben und sich nicht selten ein Leben lang daran abarbeiten.

Kommen wir aber zurück auf die Schullaufbahempfehlung. Dass sich das Urteil daran bemisst, inwieweit ein Kind den Standards der mittelschichtsorientierten Lehrer\_innen entspricht, ist soziologisch viele Male untersucht und bewiesen

*Das in diesem Zusammenhang häufig gehörte „Wir haben das geschafft“, was übrigens nicht selten auch auf Abiturfeiern zu hören ist, lässt erahnen, mit wie viel Schweiß und Tränen ein Schulerfolg verbunden ist*

worden (s. Editorial S.3) und ich glaube auch nicht an ein in den Elbvororten höheres genetisches Potenzial als im Armutsgürtel der Stadt. Es ist ja die Kenntnis und das Vermögen der Mittelschicht-Eltern, ihre Kinder so zu konditionieren, dass sie den gewünschten Standards entsprechen, was dazu führt, dass zum Beispiel nahezu alle Kinder aus den Elbvororten die gymnasiale Empfehlung erhalten. So etwas wie ein unterschiedliches kulturelles Kapital gibt den Ausschlag, gepaart mit einer materiellen Ausstattung, die es ermöglicht, sich bei Bedarf auch externer Unterstützung, sprich Nachhilfe, zu bedienen. Das in diesem Zusammenhang häufig gehörte „Wir haben das

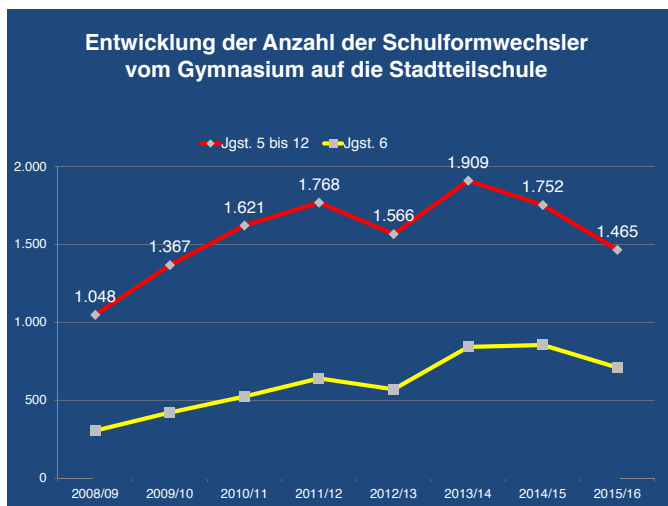


Grafik 1

geschafft“, was übrigens nicht selten auch auf Abiturfeiern zu hören ist, lässt erahnen, mit wie viel Schweiß und Tränen dies verbunden ist. So kommt es, dass die Disparitäten größer werden. Umgekehrt wäre es allerdings falsch zu sagen, es fehle an kulturellem Kapital und dies erkläre diese Disparität; es ist vielmehr die Andersartigkeit der Kulturen, also ein anderes Kapital. Es beginnt bei der Sprache und endet in der unterschiedlichen Bedeutung, die man der Bildung beimisst.

Um der Gefahr der Simplifizierung auszuweichen, muss man allerdings immer die grundsätzliche Erkenntnis im Auge behalten, dass der Riss – auch innerhalb des migrantischen Milieus – nicht durch die jeweilige Bevölkerung, sondern auch dort durch die Klassen bzw. Schichten verläuft. Sieht man sich erfolgreiche Bildungsbiografien von Migrant\_innen an, fällt auf, dass diese in ihrer Mehrzahl aus bildungsnahen Schichten stammen.

Bleibt noch das viel zitierte



Grafik 2: Eine weitere Opfergruppe

© Alle Grafiken bis auf Nummer 5: Ulrich Veluf, Erfolgsmodell Stadtteilschule? Möglichkeiten und Grenzen, Dezember 2016

## Ein Blick zurück

Bei 90 Prozent Übergangsquote ans Gymnasium, wie es in manchem so genannten besseren Stadtteil der Fall ist, kann man quasi vom Gymnasium als einer Einheitsschule sprechen. Damit wäre für die gesellschaftlich Privilegierten eine Situation wieder hergestellt, wie sie in Deutschland bis 1918 bestand. Nur gaben diese Eltern ihre Kinder bereits von der ersten Klasse an auf so genannte von ihnen selbst finanzierte ‚Vorschulen‘, die den Kindern das Recht auf einen Platz auf dem Gymnasium garantierten. Dies veranlasste Johannes Tews, Schulreformer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, 1911 zu folgender Äußerung: „...die Vorschulen (sind) tatsächlich ein Abonnement auf den Besuch der Sexta. Wir haben es (...) in manchen Stadtteilen gehabt, daß andere Kinder kaum in die Sexta aufgenommen wurden, weil alle Plätze durch Vorschüler besetzt waren; das heißt, man kauft sich für 360 bis 450 Mark für seinen Sohn einen Platz in der Sexta, aber auf Kosten eines anderen (...).“ Heute kauft man sich diesen Zugang im Zweifel über gezielte Nachhilfe.

Im Kaiserreich war es also eine kleine privilegierte Minderheit, die überhaupt ein Gymnasium besuchen konnte. M.a.W.: alle anderen Kinder gingen auf die Volksschule, die folglich, an heutigen Maßstäben gemessen, so etwas wie eine Einheitsschule darstellte. Und selbst nach dem zweiten Weltkrieg, aber sicherlich auch zwischen den Weltkriegen und selbst im Faschismus war dies nicht wesentlich anders. In den 1950er Jahren gingen nämlich nur sechs Prozent eines Jahrgangs nach der vierten Klasse aufs Gymnasium. Auch damals gab es viele Rückläufer und Abgänger\_innen nach Klasse zehn, so dass nur ca. drei Prozent das Abitur machten. Das heißt, selbst wenn man 20 Prozent Realschüler\_innen konstatiert, die aber immerhin unter einem Dach mit den Volksschüler\_innen unterrichtet wurden, wären dies Zahlen, die die heutigen Gegner\_innen der ‚einen Schule für alle‘ sagen lassen würde, dass sie realisiert sei.

Es klingt paradox, aber man muss konstatieren, dass mit zunehmender Öffnung des Bildungssystems die soziale Disparität wuchs. Das 2-Säulen-Modell hat diese Tendenz noch einmal deutlich befördert.

JG

anregungsarme Milieu. Das gibt es und die fehlende Anregung ist sicherlich ein Grund für das Abgehängtsein so mancher Kinder. Mitverantwortlich für diesen Zustand ist eine völlig der staatlichen Kontrolle entrückte Medienwelt, die eigentlich nur

dazu taugt, Dumpfheit in den Köpfen der Kinder zu erzeugen. Sicherlich: Trash war immer schon ein Bestandteil der herrschenden Kultur, nur gewinnt man seit einigen Jahren den Eindruck, als würde sein Anteil am zitierten kulturellen Kapital im-

mer größer. Und obwohl nahezu alle Kinder diesen Einflüssen ausgesetzt sind, gelingt es den einen doch zwischen den verschiedenen Sujets zu unterscheiden, während die anderen den schlichten Mustern des Boulevards schutzlos ausgeliefert sind.

Und noch etwas sei in diesem Zusammenhang erwähnt: Die nationale Rechte, die offen mit völkischer Ideologie, von der man glaubte, sie sei ein für alle Mal überwunden, hausieren geht, wartet nur darauf, biologische Erklärungsmuster ins Feld führen zu können. Man kann davon ausgehen, dass das, was oben – lapidar formuliert – als Nichtglaube an ein genetisches Potenzial angeführt wurde, von diesen Kräften nicht nur in Zweifel gezogen werden wird, sondern als chauvinistisch-rassistische Variante so manchem/r Bürger\_in den Kopf verdrehen wird.

Aber kommen wir zurück zu den wachsenden Disparitäten in den Stadtteilen: Die Zahlen,

### Schwierige Lage

Sozialindex	Grundschulen	Stadtteilschulen	Gymnasien
1	27	8	0
2	32	18	3
3	37	10	1
4	38	14	11
5	47	7	27
6	22	1	18

Sozialindex 1: „stark belastete soziale Lage“

Sozialindex 6: „bevorzugte soziale Lage“

**Grafik 3: Die Extreme: Im sozial belasteten Stadtteil (Sozialindex 1) gibt es kein Gymnasium, während auf 18 Gymnasien eine Stadtteilschule im sogenannten besseren Stadtteil (Sozialindex 6) kommt. Hier ist quasi das Gymnasium die Schule für alle**

die der Bildungsforscher Ulrich Vieluf präsentiert, sprechen eine deutliche Sprache. In den sozial belasteten Stadtteilen ist es eine Minderheit, die aufs Gymnasium wechselt, während es im oberen Segment quasi eine gymnasiale Einheitsschule gibt (s. Grafik 3). Und dabei wäre es wichtig, dass gerade die wenigen Leistungsträger innen in den sozial belasteten Stadtteilen die Übrigen nicht im Stich lassen. Dies aber geschieht. Sie meiden in diesen Gebieten verständlicher Weise die Problemschulen wie der Teufel das Weihwasser. Es wäre zynisch, den Eltern eine soziale Verantwortung aufbürden zu wollen. Hier geht es um die soziale Spaltung innerhalb eines Stadtteils, für die die Politik verantwortlich ist. Zwar gibt es sowohl städtebauliche als auch schulische Programme, die auf eine Kompensation ausgerichtet sind, sie vermögen allerdings das strukturelle Defizit weder zu verringern geschweige denn auszugleichen. Stattdessen muss man konstatieren, dass die Struktur, namentlich in diesem Zusam-

### Herausforderungen: Inklusion

Schuljahr 2015/16 Jgst. 7	Lernen	Sprache	Entwicklung	insgesamt
Stadtteilschule	7,3 %	1,2 %	2,4 %	10,9 %
Gymnasium	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %

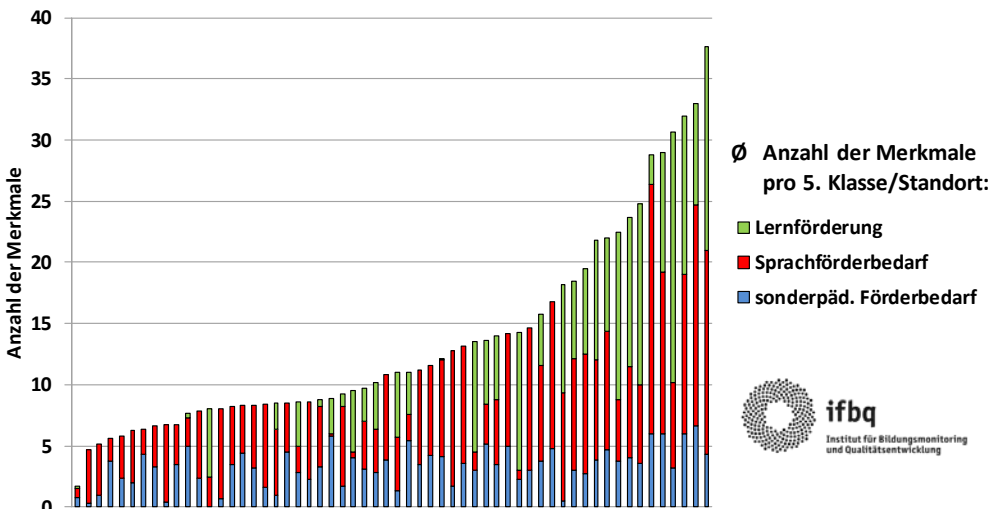
**Grafik 4**

menhang das 2-Säulen-Modell, dazu beiträgt, dass die sozialen Disparitäten weiter wachsen.

Um nicht missverstanden zu werden: Realisierte man eine Schule für alle, wären die genannten sozialen Probleme nicht aus der Welt, aber diese Schule schaffe eine Voraussetzung, die Disparitäten jenseits gutgemeinter, bislang allerdings eher wahllos anmutender Maßnahmen zu

verringern. Allein die Durchmischung der Schüler\_innen nach Begabung, sozialer und nationaler Herkunft wäre ein qualitativer Sprung in Richtung mehr sozialer Gerechtigkeit. Es gibt kein Argument, mit dem man rechtfertigen könnte, dass die eine Gruppe allein die gesamte Aufgabe, um nicht von Last zu sprechen, der Inklusion wie der Integration der Flüchtlinge trägt.

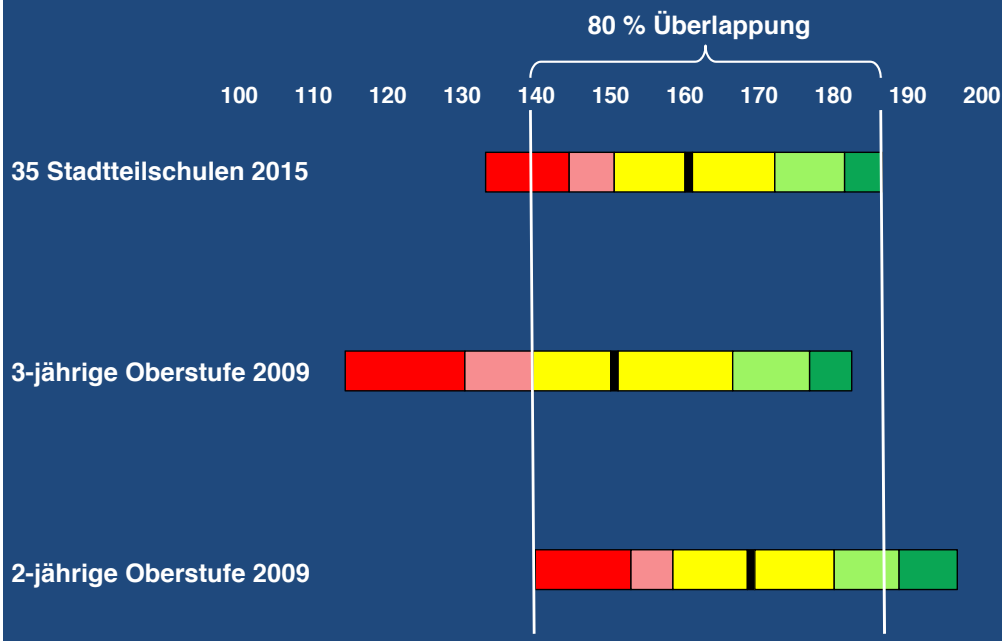
## Merkmalshäufungen pro Klasse im Schuljahr 2015/16



**Grafik 5:** Jede Säule steht für eine Stadtteilschule in Hamburg. Bei der ersten Säule sind es 2 Merkmalsausprägungen, die entweder auf zwei Schüler\_innen verteilt oder auch nur eine/n Schüler\_in betreffen; die letzte Säule zeigt 38 Merkmalsausprägungen. D. h. es gibt eine Reihe von Schüler\_innen, auf die mehr als ein Merkmal entfallen. Jeder Schulleistungsvergleich ist somit einer, der Äpfel mit Birnen gleichsetzt.

© BSB 2016: Datengestützte Analysen zur Lage der Stadtteilschulen in Hamburg. Daten aus: LUSD, Schuljahresstatistik 2015

## Deutsch – Leseverständnis: Leistungsverteilung zu Beginn der Jahrgangsstufe 11



**Grafik 6:** In Mathematik beträgt die Schnittmenge 62%, in Naturwissenschaften 76%. In diesen Durchschnittsgrößen geht ein Teil der – am Gymnasium gemessen – sozialbelasteten Stadtteilschulen mit ein. Dabei handelt es sich um Lernausgangslagen zu Beginn der Jahrgangsstufe 11. Die Lernzuwächse bis zum Abitur sind an der Stadtteilschule signifikant höher als am Gymnasium. Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass die Stadtteilschulen im oberen Leistungssegment, oft die beschriebenen Langformen, im Leseverständnis sogar über dem Durchschnitt der Leistung eines durchschnittlichen Gymnasiums liegen

(s. Grafik 4)

Wie scheinheilig das Argument von den Begabungsunterschieden ist, die die Aufteilung auf die beiden Säulen rechtfertigen soll, wird besonders deutlich, wenn man das Augenmerk auf die Stadtteile richtet, die im mittleren Segment geführt werden (man betrachte etwa das mittlere Drittel in Grafik 5). Es fällt auf, dass die Schnittmenge zum Gymnasium, die Leistung betreffend, trotz der unterschiedlichen sozialen Belastung sehr hoch ist. Nahezu 80 Prozent der Schüler\_innen, die jetzt getrennt auf dem Gymnasium und der Stadtteilschule lernen, zeigen die gleichen Leistungen (s. Grafik 6). Man weiß, dass diese Schulen in Stadtteilen liegen, in de-

nen die soziale Schichtung eher ausdifferenziert ist. Es gibt also eine hohe Korrelation zwischen der sozialen Situation in einem Stadtteil und der sich hieraus herausgebildeten Schulstruktur. Man könnte auch sagen, viele Schüler\_innen, die in diesen Stadtteilen auf die Stadtteilschule gehen, würden, wenn sie in so genannten besseren Stadtteilen wohnten, das Gymnasium besuchen. ‚Die feinen Unterschiede‘ (Pierre Bourdieu), die längst zu großen geworden sind, zeigen sich also nicht nur an den sozialen Polen, sondern durchziehen letztlich alle Stadtteile.

Was in aller Welt, fragt man sich, hält die Politik davon ab zu reagieren? Die Verhältnisse schreien geradezu danach, das

gegliederte Schulsystem abzuschaftern! Warum soll die eine Gruppe die Inklusion und die Integration der Flüchtlingskinder alleine schultern, während die andere in überfüllten Klassen gezwungen wird, sich im Eiltempo den Berechtigungsschein für die Uni zu holen?

Die GEW hat dazu ein Konzept anzubieten. Als erster Schritt könnte eine gemeinsame Oberstufe viele der Probleme lösen, sie gibt je nach Lerntyp den Schüler\_innen zwei, drei oder vier Jahre Zeit, um das Abi abzulegen. Organisatorisch muss das dann in Modulen passieren. Wo, wenn nicht in einem Stadtstaat wie Hamburg, sollte dies besser möglich sein?

JOACHIM GEFFERS



# Bildungsclub Hamburg \*

Der Bildungsclub Hamburg\* lädt – in Zusammenarbeit mit der fraktionslosen Bürgerschaftsabgeordneten Dora Heyenn – zu einer Fachtagung ein unter dem Motto:

## **Grundschulempfehlung – nein danke!**

**Mittwoch, 22. Februar 2017,  
von 18.00 – 21.00 Uhr im Rathaus, Raum 151**

- Wir werden Gäste aus Politik, Journalismus und Wissenschaft zu den Risiken und Nebenwirkungen der (Hamburger) Grundschulempfehlung unter dem Aspekt eines gelingenden Übergangs von der Grundschule in die weiterführende Schule hören.
- Die Teilnehmer\_innen werden in Gesprächsgruppen über die gegenwärtige Praxis der Grundschulempfehlung in Hamburg und deren Auswirkungen unter den Rahmenbedingungen eines zweigliedrigen Schulsystems mit den Schulformen Stadtteilschule und Gymnasium und über denkbare Alternativen diskutieren.
- Wir wollen eine Initiative zur Abschaffung der Grundschulempfehlung starten.

**Wir freuen uns über zahlreiche Teilnahme.**

\* Wir sind ein parteiunabhängiger, übergreifender Kreis bildung engagierter und interessierter Menschen in Hamburg, die bessere Bildungschancen für alle Hamburger Schüler\_innen wollen und regelmäßig zusammenkommen, um über die Probleme und Chancen an Hamburgs Schulen zu diskutieren und Vorschläge zu machen, wie Schulen allen Schüler\_innen bestmögliche Chancen bieten können. Wichtig ist uns, in einer repressionsfreien Atmosphäre kontroversen Positionen Raum zu geben und in einer vertrauensvollen Debatte darauf einzugehen. Alle, die daran ebenfalls interessiert sind, laden wir zur Mitarbeit ein. Darüber hinaus führen wir bei Bedarf Veranstaltungen mit Expert\_innen zu den genannten Gebieten durch. ViSdP: Klaus Bullan, Fischers Allee 51i, 22763 Hamburg. Kontakt: Sigrid Strauß | Klaus Bullan: sigridk.strauss@web.de.

# Bildungspolitik – ein Beitrag zur Spaltung der (Stadt)Gesellschaft

Inklusion als allgemeines Menschenrecht verbietet jede Form der Diskriminierung durch Ausgrenzung, sei es aufgrund sozialer Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts oder wegen Armut

Schaut man sich in Europa um – und nicht nur dort –, dann erkennt man überall als zentrales Problem die Spaltung der Gesellschaften, einerseits in ‚die da oben‘ – das „Establishment“ – und auf der anderen Seite die, die sich auf der Werteskala der Gesellschaft ‚unten‘ fühlen. Das sind nicht nur die, deren soziale Herkunft als *sehr niedrig oder niedrig* bezeichnet wird, vielmehr auch jene, die die Verunsicherung spüren, die sich seit Langem durch den Orientierungsverlust in einer „dezentrierten, in viele Systeme auseinanderstrebenden, funktional ausdifferenzierten... polyzentrisch zersplitterten Gesellschaft ohne Basis und ohne Spitze“ (Habermas, 1992) geltend macht, eine Verunsicherung, die heute jedoch als Folge der Globalisierung ein bisher

ungekanntes Ausmaß angenommen hat. Sie hat weite Teile auch der sog. Mittelschicht ergriffen, gerade auch Menschen, denen es durchaus nicht schlecht geht, die aber angesichts der objektiven Unsicherheiten oder auch nur vermeintlichen Gefährdung ihres Status den Abstieg fürchten. Viele, aber keineswegs alle zählen zu ‚besorgten Bürgern‘, die sich aus dem demokratischen Konsens verabschieden und in ‚postfaktischen Zeiten‘ nur schwer zurückzugewinnen sind. Allgemein ist es die Angst, nicht mehr mithalten zu können und zu denen zu gehören, auf die die höheren gesellschaftlichen (Bildungs-)Schichten nicht selten abschätzig bis arrogant herabblicken. Angesichts abstruser Ungerechtigkeiten der Einkommensverhältnisse zwischen oben und unten, wenn zugleich das Ersparte durch Niedrigzinsen aufgezehrt wird, wenn trotz Mietpreislösung keine bezahlbaren Wohnungen zu bekommen sind oder trotz Haushaltsplus die Schlaglöcher nicht beseitigt werden und genervte Bürger\_innen jahrelang auf eine Umgehungsstraße warten – dann ist es kein Wunder, wenn die Stimmung entsteht, dass ‚die da oben‘ kaum noch mitbekommen, wie es ‚da unten‘ aussieht.

Diese Situation steht in scharfem Kontrast zu dem seit Jahren erhobenen Anspruch der *Inklusion* mit dem allgemeinen Bekenntnis, dass es um eine gesamtgesellschaftliche Her-

ausforderung der *Teilhabe aller* gehe, die keineswegs nur die Menschen mit Behinderungen betreffe, sondern als allgemeines Menschenrecht jede Form der Diskriminierung durch Ausgrenzung verbiete, sei es aufgrund der sozialen Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts oder wegen Armut. An diesem Anspruch gemessen wird deutlich, dass in unserer Gesellschaft an vielen Stellen Spaltungspotenzial aufgehäuft ist, das – zumal im Wahljahr 2017 – zu einer konkreten Gefährdung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie werden kann.

Da scheint es eine Wohltat, dass das Thema *Inklusion im Bildungswesen* eingehüllt ist in einen parteiübergreifenden Schulfrieden. Auf politischer Ebene sind die ehemals scharfen Auseinandersetzungen um die Schulpolitik zugunsten möglicher unaufgeregter Verständigung gewichen. Zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention ist auf dieser Basis immerhin einiges entstanden und es wäre ungerecht, dies nicht anzuerkennen, wenngleich man über Richtung und Ausmaß der Anstrengungen verschiedener Meinung sein kann. Sicherlich greift es zu kurz, wenn die Schulen in Niedersachsen kurzerhand zu inklusiven Schulen erklärt wurden. Das stützt zwar das Recht auf Zugang zu den Regelschulen, verschleiert aber, dass die dort herrschenden Lernbedingungen



Foto: Wolfram Bundesmann

weit hinter den Anforderungen an eine inklusive Schule zurückbleiben. Demgegenüber kann Hamburg für sich in Anspruch nehmen, mit dem „Zwei-Säulen-Modell“ des Nebeneinanders von inklusiv arbeitenden Stadtteilschulen und Gymnasien im Ländervergleich geradezu vorbildlich dazustehen. Intensive Förderung der Stadtteilschulen durch überproportional viele Lehrerstellen und ein Schüler\_in-Lehrkraft-Stellenverhältnis besser als bei den Gymnasien sowie Klassenfrequenzen, die in den Stadtteilschulen niedriger sind als in den Gymnasien. Das besondere soziale Engagement der Stadtteilschulen hat ermöglicht, dass die Übertrittsquoten in die 11. Klasse seit 2011 kontinuierlich gestiegen sind. Die Versetzung von fast 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler in die 11. Klasse markiert einen bemerkenswerten Bildungsaufstieg. Im Ergebnis kam 2015 rund ein Drittel der Abiturient\_innen der Stadt Hamburg aus den Stadtteilschulen.

Doch das positive Bild trübt sich ein: Obwohl für die Finanzierung inklusiver Schulen das Modell der „Integrativen Regelklasse“ praktiziert worden war, wird heute wieder nach einem defizitorientierten, auf Einzeldiagnose gestützten Fördersystem finanziert. Anstelle der bis in die 2000er Jahre hinein gleichen Lehrerbesoldung werden Lehrerinnen und Lehrer heute wieder unterschiedlich bezahlt, obwohl eine Differenzierung zu Lasten der Lehrerinnen und Lehrer, die hauptsächlich die Herausforderungen der Inklusion zu bestehen haben, nicht zu rechtfertigen ist. Zudem zeichnet sich zunehmend in der Zeit von 2012 bis heute ein problematischer Trend in der Akzeptanz der Stadtteilschulen ab, der die bisherigen Erfolge in Frage stellt. Von allen Schülerinnen und Schülern der Hansestadt wurden 2016 nur noch 42 Prozent an den Stadtteilschulen

angemeldet.

Im Hintergrund der Entwicklung steht als Kern der ‚Friedensordnung‘, dass den Eltern seit je ein „Wahlrecht“ zwischen den Schulformen zugestanden wird, das sich nun dahin auswirkt, dass Inklusion – ein nicht verhandelbares Menschenrecht *des Kindes* – abgewählt wird. Rechtlich haltbar ist das nicht. Gravierender noch ist aber der praktische Effekt, dass die Gemeinschaft mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, den sozial Schwachen oder zugewanderten Schülerinnen und Schülern gemieden wird und sich die besser Situierten und auch die sich für abstiegsgefährdet Haltenden für das Gymnasi-

---

*Es zeigt sich, dass die menschenrechtliche Herausforderung, eine inklusive Schule für alle zu schaffen, verfehlt wird*

---

um entscheiden. Trotz der kaum noch begründbaren Faszination des gymnasialen Abiturs sind ca. 30 Prozent Schülerinnen und Schüler aus der ‚hohen‘ sozialen Schicht am Gymnasium, nur knapp 12 Prozent an der Stadtteilschule. Umgekehrt sind von den als niedrig bezeichneten Schichten in der Stadtteilschule rd. 30 Prozent, im Gymnasium jedoch nur zu 12,6 Prozent vertreten. Unstreitig handelt es sich in den Gymnasien um eine „sozial ausgelesene Schülerschaft“ und unverkennbar streben die Mittelschichtangehörigen verstärkt in diese Richtung. An der Zahl von etwa 700 Schülerinnen und Schülern, die später wieder ‚abgeschult‘ und an die Stadtteilschulen verwiesen wurden, sieht man, dass die Entscheidungen kaum an der Entwicklung des Kindes orientiert sein können. Mehr noch als die Gruppe derer,

die das Label ‚gymnasialempfohlen‘ nicht erhalten, müssen sich diese Kinder als Verlierer\_in abgestempelt, gedemütigt und ausgegrenzt fühlen. Dann geht die Lust am Lernen und eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung des Kindes verloren: Selbstbewusstsein und das Zutrauen zu den eigenen Fähigkeiten.

Vor dem Hintergrund der übergreifenden gesellschaftlichen Entwicklungen rückt dies die Schulentwicklung in unmittelbaren Zusammenhang mit den übrigen Spaltungstendenzen in der Gesellschaft. Dies wird umso deutlicher, als der Vergleich der Stadtteilschulen und der Gymnasien in Hamburg die Problematik nur ausschnitthaft erfasst. Denn mehr als ein Drittel der Hamburgischen Schülerschaft besucht die daneben weiter bestehenden Schulformen: Vorschulklassen, Grundschulen und Sonderschulen. Zwar besuchen von den Kindern mit ‚sonderpädagogischem Förderbedarf‘ zwei Drittel allgemeine Schulen – in erster Linie die Stadtteilschulen und nur zu 1,5 Prozent Gymnasien; ein Drittel geht aber immer noch auf Sonderschulen. Es zeigt sich, dass die menschenrechtliche Herausforderung, eine inklusive Schule *für alle* zu schaffen, verfehlt wird. Dem Anspruch nach müssten sich schulformübergreifend alle Schulen zu inklusiven Schulen entwickeln, und zwar so, dass auch die zurzeit in Sonderschulen unterrichteten Kinder unabhängig von Art und Schweregrad ihrer Behinderungen in der Gemeinschaft mit Kindern ohne Behinderung aufwachsen könnten.

Doch die menschenrechtliche Herausforderung erschöpft sich darin nicht. Immer wieder wird die Behindertenrechtskonvention wie ein Sonderrecht für Menschen mit Behinderungen gelesen. Sie ist jedoch Ausdruck eines allgemein gültigen Rechtsgrundsatzes, der *Diskriminie-*

ung jeder Art verbietet und schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 niedergelegt und in den Internationalen Pakten über bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 verbindlich geregelt ist. Zu Unrecht werden in diesen Vorgaben nur programmatische Aussagen oder bloße „Impulse für die Politik“ gesehen; in Verbindung mit konkreten Gewährleistungen wie insbesondere dem Recht auf Bildung ist das Diskriminierungsverbot unmittelbar anzuwendendes Recht. Alle Facetten der (Stadt)Gesellschaft müssen deshalb in die kritische Betrachtung einbezogen werden, und dann wird sichtbar, dass das menschenrechtliche Zielbild, ein für alle gleichermaßen zugängliches, nicht segregierendes Bildungssystem zu schaffen, auch in Hamburg noch in weiter Ferne liegt.

Und noch problematischer ist die Situation in den Bundesländern allgemein. Geschönt ist die Darstellung, die Bund, Länder und die Kultusministerkonferenz dazu gegenüber dem UN-Ausschuss für die Rechte der Menschen mit Behinderungen gegeben haben. Zu Recht wird zwar betont, dass die Zahl der Kinder mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ in allgemeinen Schulen zugenommen hat; verschwiegen wird aber, dass die Zahl der in „Förderschulen“ verbliebenen Kinder nicht gesunken, sondern sogar gestiegen ist. Der höhere Anteil der Kinder mit Behinderungen in „Regelschulen“ erklärt sich schlicht aus der Tatsache, dass vermehrt Kinder, die bisher keinen besonderen Förderstatus hatten, neuerdings finanztechnisch als Kinder mit besonderem Förderbedarf ausgewiesen wurden. Die tatsächliche Lage wird erst sichtbar, wenn man dem die Zahlen der Schülerinnen und Schüler gegenüberstellt, die weiterhin separierende Sonderschulen besuchen – und die sind eben

keineswegs rückläufig.

Insgesamt erkennt man, dass unter dem Deckmantel des „Schulfriedens“ die eigentliche menschenrechtliche Herausforderung verleugnet wird. Im Interesse vordergründiger politischer Einigkeit sagt niemand mehr, was nach der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention 2009 noch Allgemeingut war: dass im Namen des Menschenrechts auf Inklusion ein bildungspolitischer *Systemwechsel* vonnöten sei. Jede PISA-Untersuchung bestätigt aufs Neue, dass in Deutschland die soziale Herkunft über die Bildungsbiographie entscheidet. Man nimmt dies zur Kenntnis; aber

---

*Ein segregierendes  
Schulsystem ist ein  
Brandbeschleuniger für  
die Spaltungstendenzen,  
die der demokratischen  
Gesellschaft den Boden  
entziehen*

---

niemand traut sich mehr, diesen Systemwechsel wenigstens als Entwicklungsziel zu benennen. Bildungspolitisch ist das ein Ärgernis. Sieht man jedoch, dass dabei, statt segregierende Strukturen abzubauen, der Spaltung der Gesellschaft schon von der Kindheit an Vorschub geleistet wird, ist es – zumal in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Lage – eine Katastrophe.

Dem durch dirigistische schulpolitische Maßnahmen entgegen zu steuern, um die Eltern umzustimmen, kann nicht funktionieren. Es geht vielmehr um die Aufgabe, ganz allgemein Strukturen abzubauen, die Menschen benachteiligen und diskriminieren, eine Ämterkultur zu schaffen, die Hilfebedürftige nicht entwürdigt und nicht zuletzt darum, die Allgemeine Schule, wie sie die Behindertenrechtskon-

vention für das Zusammenleben aller fordert, *aus bildungs- und sozialpolitischer* Verantwortung so auszustatten, dass Eltern ihre Kinder guten Gewissens dorthin schicken können. Gebrauch werden Teams von gleich besoldeten Lehrerinnen und Lehrern einschließlich Fachkräften mit diagnostischer und therapeutischer Qualifikation und Assistentenkräfte, alle erforderlichen Vorkehrungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, wie sie heute die Förderschulen bereithalten und Angebote für die geflüchteten Schülerinnen und Schüler; Frühstück und Mittagmahlzeiten für alle und nicht zuletzt ein Raumangebot für variable Größen von Lerngruppen, die dieser Vielfalt von Lebensbedürfnissen und Lernszenarien Rechnung tragen, um zu verhindern, dass alle ohne die erforderliche Differenzierung in einen überforderten Einheitsunterricht gesteckt werden.

Vergleicht man damit, was Bund, Länder und Kultusministerkonferenz vor Augen haben und was in den Empfehlungen „Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Schulen“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 20.10.2011) Niederschlag gefunden hat, kommt man nicht daran vorbei, in der gegenwärtigen Bildungspolitik einen nicht verantwortbaren Beitrag zur Spaltung der Gesellschaft zu sehen. Ein segregierendes Schulsystem ist ein Brandbeschleuniger für die Spaltungstendenzen, die der demokratischen Gesellschaft den Boden entziehen. Bund, Länder und Kultusministerkonferenz sollten wissen, was sie tun.

REINALD EICHHOLZ, ehem. Kinderbeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, war Mitglied im Deutschen Komitee für Unicef, im Verwaltungsrat der Kinderhilfe und im Vorstand der National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention



# hlz

## Verfasser\_innen- verzeichnis 2016

**AG Schulleitungen in der  
GEW:** Verantworten statt  
Verwalten 12/28

**Albrecht, Christiane:**  
Todos es una Sorpresa 7-8/54

**Arbeitsgruppe Fonds gegen  
Rassismus:** Demokratie kein  
Selbstgänger 1-2/47  
- Fonds gegen Rassismus  
7-8/20

**Arps-Aubert von, Thomas:**  
Fünf vor zwölf für „fifty-fifty“  
1-2/52

**Ates, Süleyman/Brinkmann,  
Manfred:** Die Flucht der Lehrer\_  
innen 1-2/56

**Bänisch, Dieter:** Konkurrierende  
Kompetenz 5-6/44

**Bartels, Willi:** Wer hilft wann  
und wo? 5-6/24

**Baumann, Norbert:**  
Motto gesucht 3-4/52  
- In alter Frische... 11/36

**Beiderwieden, Kay:** Weiterhin in  
der Warteschleife 1-2/23  
- s. Heyenn, Dora 5-6/28

**Bensinger-Stolze, Anja:**  
Grußwort zum Fachtag im Haus  
der Patriotischen Gesellschaft  
7-8/36  
- 2-Klassen-Bildung 12/18  
/**Dehnerdt, Fredrik/Quiring,  
Sven:** Equal pay 1-2/3  
- Wir haben das geschafft 1-2/12  
- Das Dach ist so stabil wie jede  
seiner Säulen 3-4/3  
- Aufs Spiel gesetzt 3-4/10  
- Jetzt die richtigen Weichen  
stellen 5-6/3  
- Weckruf an den Senator 7-8/3

- Gute Schule braucht Raum und  
Zeit 7-8/30  
- Inklusive und integrative  
Pädagogik stärken 9-10/3  
- Bildung weiter denken! 12/3

**Berg, Susanne:** Die ungläubige  
Thomasine 12/8

**Berlin, Jörg:** Von Jahn bis  
„NOlympia“ 7-8/56

**Bernhardt, F./Gospodarek, R.:**  
„Neue deutsche  
Flüchtlingspolitik“ 5-6/54  
- Individuelle Förderung als Hit  
9-10/32  
- „Weder für die Schule noch fürs  
Leben!“ 12/48

**Beyer, Anke:**  
s. Kuhse, Lucie 1-2/10

**Blanck/Meister/Quiring/  
Stöcker:** Vergebliches  
„Inklusionsbemühen“ 3-4/32

**Brinkmann, Manfred:**  
s. Ates, Sülemayan 1-2/56

**Brauer, Gerhard:** Gesund in den  
Ruhestand! 1-2/25  
- 3-4/26  
- 5-6/33  
- 7-8/39  
- 11/39  
- 12/47

**Bruns, Theo:**  
Bewahrte Erinnerungen 9-10/40

**Buchmann, Lars:** s.  
Dehnerdt, Frederik 12/20

**Büchner, Svenja/Meister,  
Ulrich/Petrich, Janine:**  
Jetzt frieren alle 3-4/22

**Bullan, Klaus:**  
s. Strauss, Sigrid 12/26  
- Die Jugend als  
Hoffnungsträger? 12/34

**Busch, Ralph:**  
„Stolperstein“-Projekt 1-2/45  
- Schwieriges Gedenken an  
Gorch Fock 7-8/48

**Buschmann, Frank/Busse,  
Andreas:** Wer klagt, kriegt Geld  
1-2/8

**Busse, Andreas:**  
s. Buschmann, Frank 1-2/8

**Dehnerdt, Fredrik:**  
Auf der Erfolgsspur 3-4/40  
/**Meissner, Jochen/  
Hinzelin, Marc:**  
Etappensieg im Kampf gegen  
Befristungsmissbrauch 1-2/17  
/**Buchmann, Lars/Schubert,  
Florian/Geier, Barbara:**  
“Weiter denken!“ 12/20

- s. Bensinger-Stolze, Anja 1-2/3  
- s. Bensinger-Stolze, Anja  
1-2/12  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 3-4/3  
- s. Bensinger-Stolze, Anja  
3-4/10  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 5-6/3  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 7-8/3  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 9-10/3  
- s. Thiel, Claudia 9-10/24  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 12/3

**De Lorent, Hans-Peter:**  
Hellmuth Messerschmidt: „Das  
Urbild des ‚reinen Toren‘“ 11/40  
- „In dieser großen Zeit nicht  
tatenlos zusehen.“ (Wolfgang  
Meyer) 12/50

**Elzer, Albina:**  
s. Krohn, Juliana 7-8/46

**Elternrat Grundschule  
Moorflagen:** Inklusion braucht  
Platz 5-6/39

**Faulstich-Wieland, Hannelore:**  
s. Wesseloh, Bianca 1-2/48

**Felber, Christian:** Spielregeln  
ändern kann der Mensch 5-6/50

**Fichtner, Carola:**  
s. Wendland, Helga 12/29

**Forsmann, Franz:** Keine  
Unterbringung in Lagern 11/21

**Geffers, Joachim:**  
So werden wir leben 1-2/26  
- ‚Aktive Pause‘ 1-2/51  
- Aus der Trüffelsuche ... 1-2/61  
- Stadteilschulen im Abseits  
3-4/28  
- Wie hätte ich gehandelt?  
3-4/56  
- Aus dem Stadtgespräch 3-4/61  
- Der Sachzwang regiert 5-6/14  
- Nur hohle Phrase? 5-6/32  
- Zurück zur äußeren  
Differenzierung? 5-6/36  
- Aus der Kunsthalle 5-6/59  
- Noch ist nichts entschieden  
7-8/22  
- Gegen die Wand 9-10/8

- Anders als man denkt 9-10/9
- Stolz und Vorurteile 9-10/12
- Für 15 Minuten autonom 9-10/20
- Aus der Zensuranstalt 9-10/59
- Kein Leben im Vakuum 11/3
- Protektionismus im neuen Gewand 11/30
- Aus der Qual der... 11/52
- Worum geht es 12/10
- Faustkeil statt Computer... 12/32
- Aus der Krämerseele ... 12/62
- /Svensson, Wolfgang:**  
„Sie wollen eine religiöse und kriegslüsterne Generation heranziehen“ 12/14
- s. Dora Heyenn 9-10/11
  
- Geier, Barbara:**  
Zuflucht Bildung 1-2/53
- s. Dehnerdt, Frederik 12/20
  
- Gensing, Patrick:** Hamburg:  
Knapp 80 Schüler\_innen abgeschoben 5-6/27
  
- Gierlich, Stefan:**  
So kann es gehen 5-6/8
- Lebendiges Gedenken 5-6/56
- Aus dem OFF 7-8/61
  
- Goddar, Jeanette:**  
Warum im Lager? 11/10
  
- Göbel, Peter/Hamm, Andreas:**  
Jochen Amme 11/39
  
- Gospodarek, R.:**  
s. Bernhardt, F. 5-6/54
- s. Bernhardt, F. 9-10/32
- s. Bernhardt, F. 12/48
  
- Grage-Linke, Ingrid/Linke, Sören/Linke Gesche:**  
Nachruf 7-8/59
  
- Grone, Götz v.:** Vorschläge aus den Hinterhöfen 5-6/20
- Gützwow, Frauke:**  
Die Arbeit ist mehr wert 1-2/22
- Bildung. Weiter denken! 11/15
  
- Hamm, Andreas:**  
s. Göbel, Peter 11/39
  
- Heede, Manni:**  
Täterprofile 3-4/55
- Schutzraum und Integration 7-8/26
- Die Gründung der Hamburger HFL durch den NS-Senat 9-10/45
- So ein Hund ist ein Türöffner 11/18
  
- 11/18
- Anton Rée – Vorkämpfer für einheitliche Schulbildung 12/40
  
- Heinelt, Ronja/Hübner, Robert/Müller, Gesa/Wollborn, Tobias:**  
Spannend und erdrückend 1-2/54
- s. Kolbow, Jan 3-4/12
- s. Jlussi, Evin 7-8/18
  
- Heyenn, Dora: /Beiderwieden, Kay:** „Nahezu 70 Prozent“ 5-6/28
- /Joachim Geffers:** Schulfrieden – ein Phantom 9-10/11
  
- Hinzelin, Marc:**  
s. Dehnerdt, Fredrik 1-2/17
  
- Hübner, Robert:**  
s. Heinelt, Ronja 1-2/54
- s. Kolbow, Jan 3-4/12
- s. Jlussi, Evin 7-8/18
  
- Humburg, Heiko:**  
Gegen die Wand ... 1-2/40
  
- Jacobs, Susanne:** Neugier nutzen für Vielfalt 3-4/24
- Leben in Deutschland 5-6/48
- **/Klock, Eva:** Berufliche Neuorientierung 5-6/46
  
- Jlussi, Evin/Kolbow, Jan/Heinelt, Ronja/Hübner, Robert/Müller, Gesa/Wollborn, Tobias:**  
Großes Interesse am Refugee-Buddy-Programm 7-8/18
  
- Kalwies, Hannelore:** Hamburg kann jetzt schon stolz sein 3-4/48
- Dreitausenddreihundertundsechs 5-6/52
- Gold, das nicht nur glänzt 9-10/48
  
- Kasprzak, Roland:**  
Doppelter Fehlschuss 3-4/26
- Zurück aus der Zukunft? 7-8/52
- Schule 4.0 12/30
  
- Kastner, Jens:** Wer hat den längeren Atem? 1-2/20
- Schon wieder Streik ... 3-4/8
- Kurz und schmerzlos... 5-6/10
- Senator Rabe zu Qualitätsverbesserungen gezwungen 7-8/12
  
- Katzer, Pit:**  
Nur gemeinsam stark 1-2/42
  
- Keuffer, Josef:** 80 oder schon 91 Jahre? 11/45
  
- Khider, Abbas:** Ohrfeige 7-8/40
  
- Klein-Landeck, Michael:**  
Inklusion im Fachunterricht 1-2/39
  
- Klinger, Ansgar: Dringender Handlungsbedarf** 9-10/26
  
- Klock, Eva:**  
s. Jacobs, Susanne 5-6/46
  
- Kolbow, Jan/Wollborn, Tobias/Hübner, Robert/Heinelt, Ronja:**  
Here to participate! 3-4/12
- s. Jlussi, Evin 7-8/18
  
- Kreymann, Anne:**  
Bereichernde Arbeit 5-6/22
  
- Krohn, Juliana/Schwab, Grazyna/ Elzer, Albina:**  
Bekannter werden – jetzt! 7-8/46
  
- Kübel, Barbara:**  
Ein guter Tropfen 1-2/58
- Studienreise nach Palästina/ Israel 3-4/53
  
- Kuhse, Lucie/Beyer, Anke:**  
Erfolg mit Nebenwirkungen 1-2/10
  
- Kunert, Uwe:**  
Doppelte Freude 3-4/13
  
- Meissner, Jochen:** s. Dehnerdt, Fredrik 1-2/17
  
- Lafrentz, Sabine:** Vom eigenem Gehalt leben können 5-6/13
- Ein Sommermärchen 9-10/17
  
- Lauer, Lisa:**  
s. Riep, Rudolf 5-6/40
  
- Light, Ricardo:** Wer will schon immer nur Hecke scheren 11/30
  
- Meister, Ulrich:**  
s. Büchner, Svenja 3-4/22
- Blanck 3-4/32
  
- Mettlau, Christiane:**  
Dabeisein ist nicht alles 7-8/34
  
- Mönnighoff, Steven:**  
Teilzeitreferendariat für Lehrkräfte mit Kindern? 1-2/37
  
- Müller, Gesa:**

s. Heinelt, Ronja 1-2/54  
s. Jussi, Evin 7-8/18

**Nette, Bernhard/Romey, Stefan:** Der Mantel des Verdrängens und Verschweigens wird (wieder) aufgehoben 12/56

**Neumann, Marin:** Mit ganzer Kraft gegen Ungerechtigkeit 7-8/58

**Paech, Norman:** Aufdeckung des Ideologischen 9-10/54

**Parasie, Nora:** Bericht aus dem Buddyprogramm 9-10/31

**Petrich, Janine:**  
s. Büchner, Svenja 3-4/22

**Quiring, Sven:** Zusätzliche Lehrer\_innenstellen für die Inklusion 7-8/35  
- Diagnostikverfahren 7-8/38  
- Schulische Inklusion in Hamburg – aus Sicht der Beschäftigten 12/24  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 1-2/3  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 1-2/12  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 3-4/3  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 3-4/10  
- s. Blanck 3-4/32  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 5-6/3  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 7-8/3  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 9-10/3  
- s. Bensinger-Stolze, Anja 12/3

**Radtke, Holger:**  
Jahresbericht 2015-2016 12/46

**Rée, Anton:** Anton Rée über Einwendungen gegen die allgemeine Volksschule 12/42

**Referat B Bildungspolitik und Referat C Bildungsfinanzierung:** Ohne Feuer und Flamme 1-2/50  
- Schule als Unternehmen 3-4/38  
- Enger zusammenrücken 7-8/31  
- Lobbyismus und Meinungsmache an Schulen 9-10/34

**Reincke, Jörg:**  
s. Riep, Rudolf 5-6/40

**Rettmer, Birgit:**  
Nicht mit uns! 5-6/19

- s. Stempel, Max 9-10/18  
**Riep, Rudolf/Reincke, Jörg/Welke, Dagmar/Lauer, Lisa:** Herausforderung 23+ 5-6/40  
- s. Thiel, Claudia 9-10/24

**Romey, Stefan:**  
s. Nette, Bernhard 12/56

**Römer, Bruni:**  
Lauf der Gerechten 3-4/43

**Sapel, Ursula:** Senator spielt Schwarzer Peter 5-6/26

**Schmidt-Dumont, Geralde:** Bücher reflektiert bewerten 3-4/46

**Schroeder, Joachim:** Zonen der Verwundbarkeit 9-10/28

**Schubert, Florian:** Get up stand up... 9-10/42  
- s. Dehnerdt, Frederik 12/20

**Schwab, Grazyna:**  
s. Krohn, Juliana 7-8/46

**Soest, Antonius:** Ideologie und Folklore 5-6/34  
- Gleichmacherei ist immer noch systembildend in der Schule 38

**Staack, Jutta:**  
Abschied von den Ämtern 11/38

**Stempel, Max/Rettmer, Birgit:** Nicht alle über einen Kamm 9-10/18

**Stöcker, Stephan:** Mit dem Kopf fest im Elbsand? 1-2/38  
- s. Blanck 3-4/32

**Strauss, Sigrid/Bullan, Klaus:** Visionäre Schulkultur gefragt 12/26

**Svensson, Wolfgang:** Nacheifern! 1-2/44  
- Shitstorm und mehr 3-4/19  
- Schule als Avantgarde 5-6/42  
s. Geffers, Joachim 12/17

**Teubert, Thekla:** „Nicht berufsrelevant“ 5-6/23

**Thiel, Claudia/Riep, Rudolf/Dehnerdt, Frederik:** Neustart wagen 9-10/24

**Thiele, Heidemarie:** Unsere Eindrücke 3-4/44

**Töpfer, Matias:**  
Ein erster Schritt 11/14

**Tränkle, Peter:** Gegen die Wand - wie weiter? 3-4/35

**Ullrich, Volker:**  
Ins KZ oder an die Front 9-10/50

**Van der Heyden, Torsten:** Ein iPhone 6 bitte, Herr Rabe 5-6/31

**Walkstein, Jürgen:** 80 Jahre Lehrerbildungsinstitut 9-10/44

**Wehner-Wöbbeking, Bettina:** Jeder ist auf sich gestellt 3-4/50

**Welk, Dagmar:**  
s. Riep, Rudolf 5-6/40

**Wendland, Helga/Fichtner, Carola/Wohlers, Dorothee/Witting, Thimo:** Alte Denkgfiguren über Bord werfen 12/29

**Wesseloh, Bianka/Faulstich-Wieland, Hannelore:** Vom Schüler zum Lehrer 1-2/48

**Witting, Thimo:**  
s. Wendland, Helga 12/29

**Wohlers, Dorothee:**  
s. Wendland, Helga 12/29

**Wollborn, Tobias:** Tiefgaragen zuerst für Deutsche! 3-4/15  
- s. Heinelt, Ronja 1-2/54  
- s. Kolbow, Jan 3-4/12  
- s. Jussi, Evin 7-8/18

**Wurzbacher, Ralf:** ... oder Reibach statt Bildung 12/32

## Sachverzeichnis 2016

1. Mai 2016 3-4/31, 5-6/8

**Abschiebungen** 5-6/26  
**Aktivenkonferenz der GEW** 3-4/44

**Anmeldeverfahren** 9-10/9  
**Arbeitsheft** 9-10/27  
**Arbeitsituation** 7-8/24  
**Aufruf** 7-8/20

**Aus dem Off** 7-8/61  
**Aus dem Stadtgespräch** 3-4/61

**Aus der Krämerseele ...** 12/62  
**Aus der Kunsthalle** 5-6/59  
**Aus der Qual der ...** 11/52

**Aus der Trüffelsuche** 1-2/61  
**Aus der Zensuranstalt** 9-10/59  
**Ausbildungszahlen** 5-6/28  
**Auslandsschuldienst** 9-10/38

**Bertini-Preis** 1-2/44  
**Berufsrat in Hamburg** 1-2/23  
**Besoldung** 11/15, 12/19  
**Besuch auf Kreta** 1-2/58  
**Bildung global** 1-2/53  
**Bildungsfinanzierung** 1-2/50, 12/20

**Demonstration** 7-8/11  
**Deutsch-Israelisches Seminar** 12/53  
**Dienstzeitregelung** 5-6/19

**Eine Schule für alle**  
**Vor 150 Jahren** 12/40

**Fair Childhood** 3-4/43  
**Flüchtlinge** 3-4/12, 5-6/20, 7-8/18, 11/21  
**Fonds gegen Rassismus** 1-2/47  
**Frauen** 5-6/46  
**Freihandel** 11/30

**Gemeinwohlökonomie** 5-6/50  
**Generation Mix** 5-6/42  
**Geschichte des Li** 9-10/44, 11/45  
**Geschichtsklitterung** 7-8/48  
**Geschlechtersensible Sprache** 3-4/24  
**Gesellschaftsanalyse** 12/34  
**Gesund in den Ruhestand!** 1-2/25, 3-4/26, 5-6/33, 11/39, 12/47  
**Gesundheit** 3-4/10  
**GEW** 12/54  
**GEW-Bilanz** 1-2/12  
**GEW-Bildungsziele** 3-4/26  
**Gewerkschaftstag** 5-6/14, 12/10  
**GEW-Salon** 5-6/42  
**Grundschullehrer\_innen** 1-2/22  
**Guter Ganzttag** 7-8/12

**Hamburger Schülerkonzerte** 5-6/52  
**HLZ-Rätsel** 1-2/60, 3-4/60, 5-6/58, 7-8/60, 9-10/57, 11/51, 12/61  
**Hochschule** 1-2/17

**Inklusion** 1-2/38, 3-4/32, 7-8/34  
**Inklusion/Ganzttag/Arbeitszeitverordnung** 3-4/22  
**Inklusionsdemo** 8  
**Integration** 5-6/24  
**Internationale**

**Vorbereitungsklassen (IVK)** 7-8/26

**Jürgen Walkstein** 11/38

**KIJU** 9-10/17  
**Kindertagesstätte** 1-2/20  
**Klassenreisen** 1-2/8, 3-4/11  
**Klimaschutz an Hamburger Schulen** 1-2/52  
**Kommunikation via „eduPORT“** 5-6/31  
**Konservatismus** 12/38  
**Krieg in Kurdengebieten** 1-2/56  
**KZ-Gedenkstätte Ravensbrück** 1-2/54

**Lehrkräfte für Flüchtlinge** 5-6/23  
**Lesespaß** 7-8/40, 11/50

**Mitgliederentwicklung** 3-4/40  
**Musikunterricht als Kunstform** 3-4/48  
**Musterflächenprogramm** 5-6/39  
**Myanmar/Burma** 9-10/48

**Nachruf** 7-8/58, 7-8/59, 9-10/54, 11/39  
**Nazibiografien** 3-4/56, 11/40, 12/50  
**Nicaragua** 7-8/54

**Offene Jugendarbeit** 5-6/44

**Pädagogisch therapeutisches Fachpersonal (PTF)** 9-10/18, 11/18, 7-8/22  
**PISA** 12/18  
**Poetryslam / Mit Migranten** 5-6/48  
**Praktikanten** 1-2/48  
**Presseinformation** 7-8/35, 7-8/38

**Rechtsradikalismus/ Rechtspopulismus** 3-4/19  
**Referendariat** 1-2/37  
**Reisekostenerstattung** 1-2/10  
**Ressourcen** 5-6/40  
**Rezension** 1-2/39, 3-4/50, 5-6/54, 7-8/56, 9-10/32, 9-10/40, 12/48, 12/56  
**Ruheständler\_innen** 3-4/52, 12/46

**Schulentwicklung** 12/26  
**Schulschrumpfen** 7-8/30  
**Schulstruktur** 5-6/32, 7-8/8, 12/29  
**Schule unterm Hakenkreuz** 3-4/55

**Schweden** 7-8/52  
**Segregation** 9-10/28  
**Selbstverwaltete Schule (SVS)** 3-4/38, 12/28  
**Senior\_innentag** 11/36  
**Sport** 1-2/51  
**Stadtteilschule** 9-10/12  
**Stark vor Ort** 9-10/24  
**Swing-Jugend** 9-10/50

**Tag der Befreiung** 5-6/56  
**Tagung der AG Kinder- und Jugendliteratur** 3-4/46  
**Tagung Kindheitspädagogik** 7-8/46  
**Türkei** 11/10, 12/14  
**TVÖD** 3-4/8, 5-6/10

**Umfrage** 12/24

**Volkshochschule** 3-4/9  
**VSK** 11/14

**Weltlehrer\_innentag** 9-10/26  
**Weltsozialforum** 9-10/42  
**Wirtschaft und Schule** 9-10/34

### **Schwerpunkt/Titel 2016**

**Generation Mix** 1-2/26  
**2 Säulen-Modell** 3-4/28  
**Brauchen wir äußere Differenzierung?** 5-6/36  
**Schrumpfschulen** 7-8/30  
**Keiner trage des anderen Last** 9-10/8  
**Revolte gegen die Endlichkeit** 11/24  
**Lost in Paradise** 12/30

### **Gespräch mit**

- Jens Schneider, Migrationsforscher 1-2/26  
- Helga Wendland, Schulleiterin der Ida-Ehre-Schule 5-6/36  
- Maïke Roffmann 7-8/26  
- Thimo Witting, Sprecher der Vereinigung der Schulleiter\_innen an Stadtteilschulen 9-10/12  
- Dagmar Autzen und Bodo Haß, Psychotherapeuten 9-10/20  
- Tanja Hügel, Diplom-Sozialpädagogin 11/18  
- Volker Ladenthin, Bonner Erziehungswissenschaftler (Gespräch im Deutschlandfunk) 11/24  
- Sakine Esen Yilmaz, bis zu ihrer Flucht Generalsekretärin der türkischen Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen 12/14



# Vertrauen ist gut

Weitere Infos und Seminarangebote unter  
[gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung](http://gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung)



## Gewerkschaftsarbeit in der Schule – Seminar für Vertrauensleute

Vertrauensleute sind grundlegend wichtig für die GEW. Doch viele Betriebsgruppen arbeiten nicht mehr wie früher. In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit Aufgaben und Handlungsfeldern, aber auch aktuellen Problemen der Vertrauensleutearbeit. Dazu erörtern wir in entspannter Atmosphäre folgende Fragen: Welche Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten gibt es für die Arbeit an meiner Schule? Wie kann mich die GEW besser unterstützen? Wie können wir uns besser vernetzen? Wir starten mit einem Einstieg in der GEW-Geschäftsstelle, anschließend gehen wir gemeinsam lecker essen.

Auch für Kolleg\_innen, die eine Betriebsgruppe gründen wollen.  
*Freitag 5.5.2017, 16-19 Uhr  
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,  
Rothenbaumchaussee 15  
Leitung: Frank Hasenbein  
kostenlos für GEW-Mitglieder  
incl. Verpflegung*

## Interkulturelle Konflikte im Schulalltag – Grenzen der Toleranz?!

Als Lehrer\_innen haben wir immer häufiger mit Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen zu tun. In unserer Arbeit müssen wir immer wieder einen Spagat machen zwischen wertschätzendem Umgang mit dem „Anders-Sein“ und dem eigenen kulturellen Selbstbewusstsein. Um das tun zu können, ist es gut, uns von Zeit zu Zeit unsere Werte und Haltungen bewusst zu machen und sie zu überprüfen. Dazu beschäftigen wir uns u.a.

mit folgenden Fragestellungen: Welche Regeln gelten für unser soziales Miteinander im Schulalltag? Welche angemessenen Reaktionsmöglichkeiten gibt es für Regelverletzungen im interkulturellen Bereich? Wie können Konflikte im interkulturellen Bereich gelöst oder geklärt werden?

*Samstag 6.5.2017, 10-17 Uhr  
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,  
Leitung: Mona Sommer,  
Christoph Wiethold  
Kostenanteil: 10 € incl. Verpfle-  
gung (Nicht-Mitglieder 40 €)*

## Vielfalt statt Einfall – Diversity an der Schule

In einer Welt wachsender Komplexität prägen zunehmend Vielfalt und Verschiedenartigkeit unsere Lebensrealität. Unterschiedliche Einstellungen, Werte, Mentalitäten und Bedürfnisse der Menschen, aber auch geschlechtsspezifische, kulturelle oder altersbedingte Merkmale beeinflussen das schulische Miteinander.

Wie greifen Schulen Vielfalt positiv auf? Welche Erfahrungen gibt es, das gleichberechtigte Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft gezielt zu fördern? Wie lässt sich Heterogenität als Chance nutzen?

Diese Fragen wollen wir gemeinsam mit Schüler\_innen diskutieren.

*Dienstag 16.5.2017, 16-20 Uhr  
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,  
Leitung: Annette Etezadzadeh,  
Frank Hasenbein  
kostenlos für GEW-Mitglieder  
incl. Verpf. (Nicht-Mitgl. 10 €)*

## Tolpuddle: Gewerkschaftsfestival in England

Das Tolpuddle Martyrs Festival ist ein gesellschaftliches Ereignis in Südengland. Jahr für Jahr werden Menschen zu diesem internationalen Camp angezogen, um an einem Wochenende Musik, Unterhaltung und Politik zu erleben. Es erinnert an die Märtyrer von Tolpuddle / Dorset, die bei der Entstehung von Gewerkschaften in Großbritannien eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Unterkunft erfolgt in eigenen Zelten beim Festival. Wir treffen auch Kolleg\_innen der englischen Lehrer\_innengewerkschaften und organisieren bei Interesse einen Workshop. Wir unterstützen euch bei der Organisation der Anreise und organisieren den Transfer zum Festivalgelände.

*Fr. 14.7.2017 – Mo. 17.7.2017  
Tolpuddle, Dorset, England  
[www.tolpuddlemartyrs.org.uk](http://www.tolpuddlemartyrs.org.uk)*

### Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail ([meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)), telef. (040-41 46 33 22), online ([gew-hamburg.de/seminare](http://gew-hamburg.de/seminare)), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher\_innen, Referendar\_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

# Prekäre Lehrverhältnisse !?

Mitglieder des wissenschaftlichen Mittelbaus fordern faire und angemessene Bezahlung. Bericht über eine Informationsveranstaltung am Institut für Bewegungswissenschaft

Der wissenschaftliche Mittelbau des Instituts für Bewegungswissenschaft der Fakultät 7, Psychologie und Bewegungswissenschaft an der Universität Hamburg, hatte für den 30. November 2016 zu einer Veranstaltung eingeladen, um über die Situation in der Lehre zu diskutieren (Statusgruppen, Betreuungsrelationen, Lehrverpflichtung, (Unter-)Besoldung).

Die Brisanz des Themas war im gut gefüllten Raum greifbar. Deutlich wurde: Die notorisch unterbezahlten, dabei systematisch über vertragliche Regelungen hinaus belasteten Lehrbeauftragten beginnen sich zu organisieren. Im solidarischen Bündnis mit den anderen prekär (befristet, abhängig...) Beschäftigten

folgte die gesamte Diskussion dem Bestreben, gemeinsame Zielsetzungen und Forderungen zu formulieren und zu artikulieren.

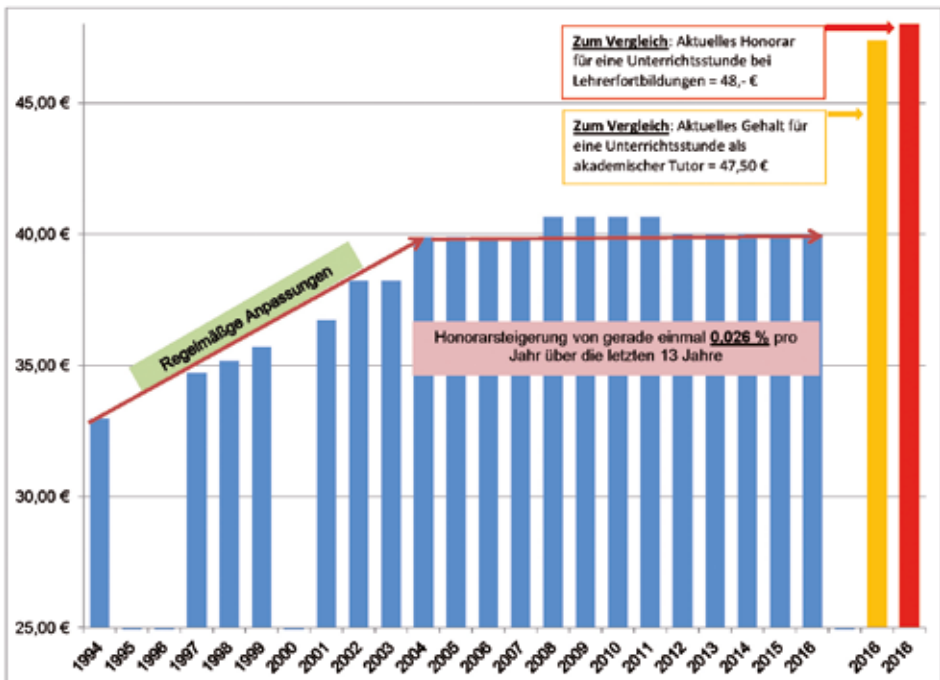
Der erste Teil dieser Informationsveranstaltung fand in Kooperation mit dem Fachschaftsrat des Instituts für Bewegungswissenschaft statt, um die Studierendenschaft darüber aufzuklären, welche begrenzten Aufgaben Lehrbeauftragte, Qualifikant\_innen und befristet beschäftigte wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen überhaupt wahrzunehmen haben.

Am Institut für Bewegungswissenschaft wird über das gesamte Bachelor-Studium deutlich über 20 Prozent der Lehre durch Lehrbeauftragte gewähr-

leistet, die jedoch ausschließlich für die Durchführung der Lehre honoriert werden. Darüber hinaus sich aufdrängende Arbeiten haben einen bedrückenden und vor allem nicht adäquat honorierten Umfang erreicht, wie z.B. die Datenverwaltung in Stine, Sprechstunden, Kommentierung von schriftlichen Arbeiten, Prüfungsbeteiligung, E-mail-Verkehr mit Studierenden etc..

Hier angekoppelt muss auch das Betreuungsverhältnis hinterfragt werden, d.h.: mit wie vielen anderen Studierenden muss sich ein/e Student\_in eine hauptamtliche Lehrkraft teilen?

Bei der Frage nach der Kontinuität in Lehre und Studienberatung sowie Betreuung von Abschlussarbeiten und mehrsemest-



rigen Projektseminaren rückt eine weitere Statusgruppe in den Fokus prekärer Lehrverhältnisse: die befristet angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen des universitären Mittelbaus. Laut GEW-Erhebungen kommen bundesweit auf eine unbefristete wissenschaftliche Mitarbeiter\_in (WiMi) neun befristet angestellte wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen.

Aus studentischer Perspektive kann kontinuierliche Beratung und Betreuung jedoch nur durch eine ausreichende Anzahl festangestellter WiMis und Professor\_innen gewährleistet werden. Am Beispiel des Instituts für Bewegungswissenschaft sind dies zurzeit neun Stellen. Diese sehr kleine Stellenanzahl für Beratung, Prüfung, Betreuung und Begutachtung wird unterstützt durch lediglich 12 zeitlich befristet angestellte WiMis (Promovenden, Habilitanden). Demgegenüber ist die Zahl von 24 ‚freiberuflichen‘ Lehrbeauftragten zwar nominell gleich groß; diese stehen jedoch außerhalb ihrer unmittelbaren Lehre nicht für studentische Betreuung zur Verfügung. Viele tun es dennoch, indem sie sich außerhalb ihrer honorierten Zeit engagieren und damit eine nicht unerhebliche Arbeitslast unentgeltlich mittragen!

Die Honoraranpassung für eine Lehrauftragsstunde (SWS) wurde jedoch seit 13 Jahren eingefroren und letztlich bei 40,- € gedeckelt (s. Grafik S. 38).

Insbesondere für diesen Punkt wurden auch Vertreter\_innen der GEW zur Veranstaltung eingeladen, die sich insbesondere an die Statusgruppe der Lehrbeauftragten richtet.

In Zusammenarbeit mit der Konferenz des akademischen Personals (KAP) und der GEW konnten Lehrbeauftragte und (befristete) wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen mehrerer Fakultäten erreicht werden.

Die GEW legte eine Kalkula-



Foto: Aktionsbündnis

tion der Honorierung von Lehraufträgen vor und zeigte damit, dass die aktuellen 40,- € nach Aufgaben- und Arbeitszeitbereinigung de facto ein Honorar im Bereich des gesetzlichen Mindestlohns bedeuten. Seitens der GEW wird – bei exakter Berechnung des Arbeitsaufwandes pro zu lehrender SWS – eine angemessene Honorierung von mindestens 85,- € gefordert.

Die Referenten der GEW konnten einschlägige Auszüge aus Gesetzestexten (Hamburger Hochschulgesetz, Wissenschaftszeitvertragsgesetz etc.) präsentieren, die den hohen Anteil befristet angestellter wissenschaftlicher Mitarbeiter\_innen (90%) im Hinblick auf Konstanz und Qualität der Lehre problematisieren.

Die Informationen und Diskussionen führten zu zwei Petitionen, die mit Unterstützung des Wissenschaftlichen Personalrats (WiPR) an das Universitätspräsidium und die Wissenschaftsbehörde übergeben werden sollen.

### **Petition der Lehrbeauftragten**

*„Alle Statusgruppen der Universität Hamburg, von den studentischen Hilfskräften über die TutorInnen und den akademischen MitarbeiterInnen bis zu den ProfessorInnen, haben in der Vergangenheit regelmäßig tarifliche bzw. an die tariflichen Erhöhungen angelehnte Lohnsteigerungen erhalten. Gleiches gilt für andere Lehrende im öffentlichen Sektor (Lehrerfortbildung, Schulbehörde, Volkshoch-*

*schule etc.).*

*Auch angesichts wachsender Arbeitsbelastungen ist der nunmehr 13-jährige Stillstand unserer Honorare (Einfrieren des Lehrauftragsstundensatzes bei 40,- €) durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung für uns längst nicht mehr nachvollziehbar und tragbar.*

*Wir fordern endlich eine faire und angemessene Bezahlung.*

*Wir schließen uns der Minimalforderung des Wissenschaftlichen Personalrates nach einer sofortigen Anpassung der Lehrbeauftragten-Honorare auf 60,- €/ SWS an und fordern die Wiederanpassung an tarifliche Anpassungen der übrigen Statusgruppen der Universität Hamburg.“*

In der Folge der Informationsveranstaltung konnte bereits eine weitgehende Zustimmung zu diesen Forderungen erreicht werden. So haben bemerkenswerterweise auch alle Professorenkolleginnen und -kollegen bereits unterschrieben.

Des Weiteren wurden Maßnahmen zur Verbesserung des Organisationsgrades von Mittelbau und Lehrbeauftragten initiiert. Für die Zukunft darf fest damit gerechnet werden, dass sich der auch gewerkschaftlich organisierte Mittelbau im Bündnis mit Lehrbeauftragten formiert, um in konzertierten Aktionen auf sich aufmerksam zu machen!

AKTIONSBÜNDNIS GEW  
und MITTELBAU  
BEWEGUNGSWISSENSCHAFT

# Betrifft jede und jeden

Welche Veränderungen treten für pflegende Angehörige – gleich, ob Angestellte oder Beamte – in Kraft?

Seit dem 1. Januar 2017 gibt es einige – für die Betroffenen nicht unwesentliche – Veränderungen. So ist der „Pflegebedürftigkeitsbegriff“ neu definiert worden. Im Mittelpunkt steht jetzt der tatsächliche Unterstützungsbedarf, gemessen am Grad der Selbständigkeit des/der Pflegebedürftigen – unabhängig davon, ob diese\_r an einer psychischen, geistigen oder körperlichen Einschränkung leidet.

Gleichzeitig ist das bisherige System der Pflegestufen durch die Festlegung von „Pflegegraden“ abgelöst worden. Der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ soll stärker beachtet werden, ebenso der Grundsatz „ambulant vor stationär“.

Die stärkere Hinwendung zur ambulanten Pflege bedeutet, dass neben den professionellen Pflegekräften vor allem Angehörige in der häuslichen Umgebung des/der Pflegebedürftigen die Pflege übernehmen werden. Dies stellt berufstätige Angehörige häufig vor eine Reihe von Problemen. 1.1.2017 sind die Hilfsangebote für Arbeitnehmer\_innen und Beamt\_innen nahezu wirkungsgleich, unterschiedlich sind lediglich die zuständigen Institutionen.

## Welche Hilfe erhalten Mitarbeiter\_innen, die die Pflege von Angehörigen plötzlich organisieren müssen?

Oft stellt sich ein Pflegefall infolge von schwerer Krankheit oder einem Unfall völlig überraschend ein. Um eine bedarfsgerechte Pflege für Angehörige zu organisieren und die Versorgung des/der Pflegebedürftigen sicherzustellen, haben die Be-

schäftigten das Recht, bis zu zehn Arbeitstagen vom Dienst freigestellt zu werden. Für diese Zeit erhalten die Arbeitnehmer\_innen ein Pflegeunterstützungsgeld, das 90 Prozent des letzten Nettoverdienstes beträgt, von der Pflegekasse. Beamt\_innen wird das Gehalt von der Dienststelle in der bisherigen Höhe für neun Arbeitstage weitergezahlt.

## Welche dienstrechtliche Unterstützung erfahren Angehörige, die die Pflege übernehmen?

Für die Dauer von sechs Monaten haben Unterstützer\_innen Anspruch auf eine Pflegezeit, in der sie pflegebedürftige Angehörige in ihrer häuslichen Umgebung betreuen. In dieser Zeit kann auf Antrag ein Urlaub ohne Bezüge oder eine Teilzeitbeschäftigung in Frage kommen. Zur finanziellen Überbrückung kann entweder ein zinsloses Darlehen des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Arbeitnehmer\_innen) oder ein Vorschuss der Dienststelle (Beamt\_innen) genutzt werden. Für alleinstehende Mitarbeiter\_innen, für die bei voller Beurlaubung grundsätzlich kein Krankenversicherungsschutz bzw. kein Schutz über die Krankheitsfürsorge (Beihilfe) besteht, ist eine Auffangregelung geschaffen worden. Für die alleinstehenden Tarifbeschäftigten kommt u.U. die Pflegekasse für die Beiträge zur Krankenversicherung auf, bei alleinstehenden Beamt\_innen bleibt der Beihilfeschutz erhalten.

## Welche Absicherung gibt es, falls die Pflege einen

## längeren Zeitraum in Anspruch nimmt?

Hier kann eine Familienpflegezeit, entweder alternativ zur Pflegezeit, aber auch vor oder nach der Pflegezeit infrage kommen. Der Unterschied zur Pflegezeit besteht einmal darin, dass die Familienpflegezeit immer mit einer Teilzeitbeschäftigung von mindestens 15 Stunden die Woche verbunden ist. Zum anderen kann die Familienpflegezeit für längstens 24 Monate beansprucht werden. Pflegezeit und Familienpflegezeit sind zusammen auf insgesamt 24 Monate begrenzt.

## Welche versorgungsrechtlichen Auswirkungen sind mit der Pflege für die Angehörigen verbunden?

Alle Beschäftigten, die Angehörige mit einem Pflegegrad zwischen zwei und fünf pflegen, sind in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert, wenn die Pflege an mindestens zwei Tagen pro Woche und wenigstens zehn Stunden geleistet wird. Die Beiträge zur Rentenversicherung übernimmt die Pflegekasse. Hieraus erwachsen Rentenansparungen je nach Pflegegrad und Intensität der Pflege. Dies gilt auch für Beamt\_innen. Zu einem Anspruch auf eine Regelaltersrente (mit 65 plus) führt dies jedoch nur, wenn für mindestens 60 Kalendermonate Pflicht- oder freiwillige Beiträge gezahlt wurden.

## Welche Institutionen helfen weiter?

Jede Pflegesituation ist anders und längst nicht alle rechtlichen Details können hier dargestellt werden. Eine gute individuelle Beratung ist für die pflegenden Angehörigen sehr wichtig. Ansprechpartner sind die Pflegekassen bei den Krankenkassen, die Pflegestützpunkte der Bezirke und die Personalabteilungen der Behörden.

GERHARD BRAUER



# Versüßtes Gift

Netzeinblicke in die Abgründe rechtsradikaler Demagogen

Ein erster Recherche-Versuch auf youtube. Wird der Suchbegriff ‚Identitäre‘ oder genauer: ‚Regionalgruppe Bayern‘ in die Suchmaske geschrieben, erhält man sofort eine Filmliste dieser Gruppe: kurze Propagandafilme von drei bis vier Minuten. Sie locken mit dem Versprechen, bei der Mitarbeit in ihrer Gruppe Abenteuer zu erleben und ideologisch geschult zu werden.

Was ist zu sehen? Der Film beginnt mit Demobildern, Transparente werden hochgehalten, Geschrei. Es folgt im Bild eine Diskussionsrunde mit seriös zu rechtgemachten, Joppetragenden Jungakademikern in blütenweißen Hemden und ihren älteren Beratern. Einige tragen lange Bärte, auch schwarze Kapuzenpullis sind zu sehen. Sie schwadronieren über die „Heuchelei“ der bürgerlichen Parteien und ihrer Politiker, darüber, „ausge-

beutet“ zu werden.

Nächste Szene: Waldlauf und Nahkampf-Szenen im deutschen Wald; Faustkampf. Sattgrüne, vom Wind bewegte Kornfelder, Ähre, Korn und Scholle in Großaufnahme. Drei blonde junge Frauen beschreiben einen „Staat“, der „nach den Kindern“ „greift“: staatliche Kinderenteignung; danach gleich wieder Demobilder, Transparente, Lederhosen und Kreuze. Sie wünschen sich „Geborgenheit, Heimat, unbeschwerte Kindheit“. Dann ein Lagerfeuer. Kommentar der Stimme aus dem Hintergrund: „Globalisierer arbeiten für ihren Profit ... Heimatrecht ist Menschenrecht“. Dann wieder tönt rechtes Demogeschrei. Deutschland-Fahnen, Bayern-Fahnen werden geschwenkt und die Parole „Wehrt euch, werdet aktiv“ wird eingeblendet.

Zusammengefasst: „Als ‚Iden-

titäre Bewegung‘ stehen wir für einen authentischen und gesunden Patriotismus ein, der das Eigene schützt“ (Textbaustein aus einem Internet-Auftritt der Gruppe). Diese ‚Bewegung‘ will ihre „speziellen kulturellen Eigenschaften bewahren“ und „gegen das Unrecht und den großen Austausch der Bevölkerung“ „kämpfen“ (aus einem Demoauftritt der „Identitären“ zum 17. Juni 2016 in Berlin). Sie vertritt das Konzept des „Ethnopluralismus“. Der wird in Bilder, Worte und Aktionen übersetzt. Motto: ‚Haut ab. Geht hin wo ihr herkommt. Das hier gehört uns‘ (vgl. <http://www.bpb.de>, Rechtsextremismus, Der rechte Rand des politischen Systems der Bundesrepublik, Prof. Dr. Richard Stöss). Mit ihrer Propaganda flößen sie jungen Leuten Angst ein, um sodann mit Heilsversprechen als Retter aufzutreten: Die Geborgenheit in ihrer Gemeinschaft schützt vor der individualisierten, regellosen Massengesellschaft. Widersprüchliche und unsinnige Aussagen gehören zu den Produkten, die die Demagogen unter die Leute bringen.



Foto: Wikimedia Commons

„Uns gehört die Straße!“ Identitäre auf deutschen Verkehrswegen

## Widerhall im sozialen Netzwerk

Über facebook die ‚richtigen‘ Quellen zu finden, ist nicht schwer. In die Suchmaske „Freunde finden“ wird der Begriff ‚Identitäre‘ eingegeben. Der Morast ist freigelegt. Wir blicken in die Gesichter junger Männer, die wie Gladiatoren auf Postern posieren, die die Haltung junger EM-Fußballspieler nachstellen – um zu wirken wie entschlossene, kraftvolle Helden, die für ihr Vaterland kämpfen: Ich bin Lukas – 21 Jahre alt – ‚Ich zeige mich und mein Gesicht – und bin stolz darauf‘. Was sollen junge männliche facebook-Nutzer beim Anblick dieser Bilder denken? ‚Ich bin nicht nur stark und kann beim Kampfsport mithalten, ich habe auch schon mal über den Lauf der Welt nachgedacht. Ich kämpfe für meine Heimat‘.

Mädchen und junge Frauen bei den Identitären „sorgen“ sich hingegen um ihre Kinder. Die Rollenzuweisung soll aber nicht zu offensichtlich und durchschaubar sein, deshalb wird Inhalt und Form der Bilder im Netz dem Zeitgeschmack angepasst. Ob es reale Personen sind, die dort schreiben und Bilder veröffentlichen, ob computergenerierte „Personen“ oder ferngesteuerte Lockangebote rechter Kreise – alle technischen Möglichkeiten der elektronischen Welt werden genutzt. „Identitäre“ Modemarke, Sehnsucht-‘Lyrik‘, Musik, erotische Schönheitspflege und natürlich politisches Engagement – alles wird für das Propagieren des neuerechten Weltbildes aufboten. Ein Beispiel: Als verträumte, modebewusste junge Dame stellt sich eine Alyna Wyhera dar – Kunstfigur oder real – egal. Ein Antifaschist beschreibt den Auftritt so: „Sie sieht so harmlos und lieb aus mit ihrem engelsgesicht, immer ordentlich frisiert wie jemand, den man gern seiner oma vorstellt. Sie wirkt sehr romantisch veranlagt, mag die moderne welt nicht, liest

gern gedichte und pflückt verträumt blumen auf weiten wiesen.“ Dabei findet sie den Verlag Antaios des Pegida-Aktivisten Götz Kubitschek (s.u.) gut und postet Bilder von sich, auf denen sie mit einem T-Shirt der „Identitären“ zu sehen ist. Sie lässt sich auf ihrer facebook-Seite fragen: „Wirst du, seit du bei den Identitären bist, auf der Straße angefeindet oder körperlich angegriffen?“ und antwortet: „Auf offener Straße wurde ich erst selten angefeindet.“ „Einige Jobs habe ich aufgrund meines politischen Engagements nicht bekommen, aber damit muss man rechnen, wenn man Gesicht zeigt.“ Alyna Wyhera soll gleichzeitig als „Alina von Rauhenack“ auf facebook unterwegs sein – eine Art ‚Identitätsverwirrung‘ zur Einflussverweigerung – das jedenfalls behauptet ein Kommentator dieses facebook-Auftritts.

Ein bisschen Abenteuer, politische Aktion, Mode: Die alt-rechte Gebärdin- und Mutter-Rolle, die den Frauen vor nicht allzu langer Zeit noch angetan wurde, ist für einige Neu-Rechte längst verstaubt. Geschäft und Politik verschmelzen. Die Modemarke dient einerseits als Erkennungszeichen der rechten Szene und knüpft Verbindungen zwischen Aktivistinnen und Aktivisten. Andererseits lebt ein Teil der Rechten von Marken wie „phalanxeuropa“, die ein Aushängeschild der „Identitären“ zu sein scheint. Solche Symbiosen sind auf vielen facebook-Seiten zu entdecken. Und: einmal Fan – immer Fan, denn facebook traktiert so registrierte und in Datenbanken gespeicherte Benutzer\_innen auf seiner Firmen-Seite ständig mit neuen, ideologisch ähnlichen Angeboten und Kontakten. Bravo facebook!

### Es wird aggressiver

„Ja Leute, ich bin ganz ehrlich, mich kotzen die Farben der BRvD Verwaltung an! Ich kann sie nicht mehr sehen!“ –

so schreibt ein facebook-Profil „Stephanie Schulz“. Das klingt schon sehr nach ‚reichsdeutsch‘. Im Kampfbegriff „BRvD“ dieser Kreise erscheint das „v“, das „von“ oder auch „vogelfrei“ bedeuten kann – je nach dem Grad politischer Verwirrung. Zeichen dieser Art sind in solchen Kreisen sehr beliebt. „Ich könnte diesen ‚Richtern‘ ins Gesicht kotzen wenn ich daran denke, dass diese Kinder zwangsverheiratet wurden und das hier auch noch legitimiert wird!! Einfach nur krank, pervers, abartig und degeneriert!!“ Das Oberlandesgericht Bamberg habe eine Ehe einer 14jährigen Syrerin für Recht erklärt. Selbstverständlich werden in diesem facebook-Beitrag keine Belege oder Beweise zitiert. Die Gesetzeslage zu Kinderehen in der Bundesrepublik Deutschland wird verschwiegen. Die facebook-Seite wird zur Stimmungsmache benutzt, zur Hetze, zum Sprachrohr für den eigenen Hass und – zur politischen Agitation und Aktion: „Wie viele Beweise braucht ihr noch damit ihr begreift, dass diese Politganoven schon lange nicht mehr dem deutschen Volk dienen, sondern den Besatzern?“ Kein Palaver mehr, Stephanie, wo sollen wir losschlagen?

### Musikvideos

Da ist zum Beispiel der sogenannte ‚Rapper‘ Chris Ares auf facebook und youtube zu finden. „Invictus“ (unbesiegt) heißt sein Kampfgesang vom September 2016. „In einer Zeit, in der die Werte kein Gewicht haben, die Lügen überwiegen (– hier kommt sie, die „Lügenpresse“ – Anm.) / Nur noch wenige Gesicht wahren / Beweis‘ ich mir, dass Ehre jene Tugend meines Lebens stellt / Dass wenn man weiter aufrecht steht, die Wahrheit aus dem Nebel fällt“, – plopp, da liegt sie – „Das aufrecht Stehen wie Männer“, „Mainstream-Wahnsinn“, „... sind Politiker, verlogener Haufen“, „Gender-Wahn“, „wir

sind nichts wert für sie“, „Das hier ist Deutschland-USA“, „Die ganze Welt gelähmt, wir wollen kein TTIP Überwachungsstaat“, „Das Kapital regiert“, „Wir sind der Widerstand .... draußen im Niemandsland“ – ja, ja, wo ist denn der Frontverlauf? – „Die Wurzeln wären vergessen, meine Ahnen soll ich leugnen“, „Von Finnland bis hin zur Adria“, „... auch die BRD wird Deutschland überleben“, „Ihr seid Verräter ihr habt Unheil übers Volk gebracht / Geisteskrank und voll durchdacht / Medienmanipulation“, „Ihr seid ... / Antideutscher Abschau“, „Deutschland gib dich jetzt nicht auf“, „Wir geben niemals auf/ Das Gute, das an Sie glaubt / IN-VIC-TUS / Wenn wir fallen stehen wir wieder auf“ – und die gefallenen Landser stehen wieder auf den Beinen, uff, geschafft – auch wenn es nur unheimliches Wort-Trommelfeuer ist, das auf die Zuhörer einprasselt.

Der Hörer soll lernen: Zuerst wird das ‚Volk‘ von den Regierenden geknechtet, betrogen, ausgebeutet, belogen von Geisteskranken – das ‚Volk‘ ist quasi hilflos diesem Terror ausgeliefert. Dann aber: Der Bürger durchschaut das jetzt und schlägt zurück: hart, großdeutsch, opferwillig, sich ‚seiner Rasse‘ ‚bewusst‘. Dieser so geformte politische Standpunkt könnte fast nationalrevolutionär genannt werden. Die reaktionäre Sieg-Sieg-Masche wird in die Köpfe junger Menschen eingepflanzt mit simplen, einfältigen, eingängigen Mitteln.

Scheinheilig nennt sich der sogenannte Rapper auf youtube „weder ‚rechts‘ noch ‚links‘“. Es ist allerdings auch ein Video von ihm zu sehen, auf dem er Stellung bezieht zu gewalttätigen Vorfällen bei einer AfD-Wahl-Veranstaltung, die er eingestandenermaßen besucht hat ; in die Vorfälle soll er verwickelt gewesen sein.

Ein zweiter „Christ Ares“-

facebook-Auftritt (gleiche Person?) setzt allerdings andere politische Schwerpunkte.

Hier wurde ein Bild eines jungen Ausländers veröffentlicht, über den es hieß, er habe einer 15jährigen den Unterkiefer zerschmettert und sie vergewaltigt.



Foto: hlz

**Antifaschisten aus Meißen finden deutliche Worte...**

Wieder: keine Beweise, keine Belege, keine Quellen.

Ein Kommentar von einem facebook-Format „Michael Mountain“ durfte dann kurzzeitig vom Publikum gelesen werden: „Wenn das stimmt ... öffentliche Hinrichtung vor laufenden Kameras“. Also: Todesstrafe. Einige Tage später ist dieser Teil aus dem facebook-Auftritt wieder gelöscht worden. Keine Distanzierung, keine Korrektur. Wer löscht das?

### **Alte Herren organisieren und mobilisieren**

Die Regionalgruppen der sogenannten „Identitären Bewegung“ organisieren sich auch über das Internet. Schalt-Homepage ist zum Beispiel identitasgemeinschaft.info. Hier ist auch ein Hinweis auf das Institut für Staatspolitik/Kubitschek zu finden.

Das Institut für Staatspolitik und sein Hauptorganisator Götz Kubitschek mit der Zeitschrift

„seztion“ und dem Antaios-Verlag haben sich im ehemaligen Rittergut Schnellroda (Sachsen-Anhalt) angesiedelt. Von dort aus versuchen sie, sich als Organisationszentrum für (Schulungs-) Veranstaltungen rechter Kreise zu etablieren, als ‚Stichwortgeber‘ für politische Kampagnen, als Ratgeber bei der Planung von Aktionen, als Propagandisten reaktionärer Inhalte. Die Angebote sollen speziell auch Menschen aus Pegida und AfD ansprechen.

Kubitschek lotet publizistisch in seinen als „Widerstandsschritte“ bezeichneten Schreibereien aus, was (noch) legal sei im öffentlichen politischen Raum der Bundesrepublik. In seinen „Widerstandsschritten 2“ schreibt er: „Es ist ein Grundfehler, als Oppositionspartei ohne Medien- und Lobbyrückhalt die Energie in die Parlamentsarbeit zu stecken.“ „Deshalb ist es richtig, den Plenarsaal zu verlassen und dorthin zu gehen, wo der Unmut über eine völlig verfehlte Politik groß ist...“ „Und weil... die konstruktive Arbeit nur noch als Widerstandsarbeit sinnvoll ist, muß dieser Widerstand organisiert werden: Pegida in Dresden und die AfD in Erfurt sind gelungene Beispiele dafür ...“

In Schnellroda gelten wohlkalkulierte Regeln: Man möchte „sich von keinem ... distanzieren, der gut über das eigene Land denkt ...“ – ein klarer Hinweis darauf, wer alles aufgenommen werden kann in die Kampffamilie. „Schnellroda ist geistig unter anderem das Zugeständnis an jeden, sich politisch geirrt haben zu dürfen, also: von der Resozialisierungsfähigkeit im Politischen auszugehen, vor allem, wenn es um Jugendsünden oder -überzeugungen geht, die noch vor zwanzig Jahren einfach irgendwo in Vergessenheit gerieten, heute aber dank der Merkfähigkeit des weltweiten Netzes an den Leuten kleben bleiben wie Napalm.“

Ob ‚Wut-Hass‘-Kommenta-

toren im Blog, ‚Identitär‘-Video-Produzenten, rechte Rap-Brüller, weiche Heimatsäuser in Klamotten des ‚nationalen Widerstandes‘ – alle finden ihre Stichworte in den einschlägigen Veröffentlichungen des Institutes/„Widerstandsschritte“: „Heimatschutz-Impuls“, „Staatsversagen“, „Wiederentdeckung der deutschen Volksgemeinschaft“, „neue Völkerwanderung“, „Asylflut“ und deren Niederringung (Blockaden/Flüchtlingsunterkünfte), „Grenzsicherung selbst in die Hand ... nehmen“, „Kampf gegen die Zerstörer unserer deutschen Zukunft“ und „Nachdenken“ über die „Holocaustindustrie“ (eine perfide Art, die eigene Geschichte zu verleugnen).

Schnellroda agiert auch als „Rechtsberatung“. Sie sind an den Rechtsanwalt Dr. Thor v. Waldstein mit der „Bitte herantreten“, die Frage zu erörtern, ob es für die Deutschen in der jetzigen Situation ein Recht auf Widerstand geben könnte, denn dieses Recht sei für alle Deutschen nach Art.20, Abs. 4 des Grundgesetzes verbrieft. Waldstein stellt in seinem „Memorandum“ fest: Es könne angesichts der Duldung des „rechtswidrigen Grenzübertritts“ „illegaler Migranten“ „... aus staatsrechtlicher Sicht wenig Zweifel daran bestehen, daß es sich um einen vorsätzlichen Staatsstreich der Regierung gegen das Volk, einen Putsch von oben handelt.“ Die noch in Teilen „vorhandene ethnische Homogenität der Deutschen soll im Wege eines Rassismus gegen das eigene Volk aufgelöst werden“ (wieder, der verfälschende Gebrauch eines Begriffes). „... die ganz überwiegende Mehrzahl der Deutschen (ist) mit einer solchen sukzessiven Überfremdung und der Zerstörung des eigenen Lebensraums nicht einverstanden.“ (S. 19) Schlicht: es drohe die „Gefahr einer Landnahme“ (Waldstein, S.1)

Dem Horror müsse begegnet werden. Sofort. Nur: Was tun, um nicht gleich bei Aktionen verhaftet zu werden oder im Gefängnis zu landen? Was droht bei „Widerstandsaktionen“? Waldstein wägt in seinem ‚Gutachten‘ dann die Aktionsformen und mögliche rechtliche Folgen ab. Dass Kubitschek diesen Mann bewirbt und hofiert, ist genau kalkuliert und gründet auf dem Konzept des Instituts für Staatspolitik: Tabubruch und Resozialisierung in ihrer Jugend Gefallener. In Wikipedia wird der „Extremismusforscher Armin Pfahlt-Traugber“ als Zeuge benannt für die politische und berufliche Geschichte dieses Herrn Waldstein. Er bezeichnet Waldstein als ehemaligen „NPD-Aktivist“. W. hatte 1994 ein Mandat zur Verteidigung des amerikanischen Holocaust-Leugners Fred Leuchter. Schnellroda ist offen für viele.

Kubitschek und das gesamte neurechte Lager kombinieren gezielt provokativ: „Das Establishment herausfordern, die Ewiggestrigen in die Schranken weisen, das ist unsere Doppelaufgabe.“ „Es sind die AfD und Pegida, Compact und die Junge Freiheit, Sezession, PI und unsere Verlage, die den Unmut auffangen und den Hunger nach neuen Begriffen und Wirkmöglichkeiten zu einem Heißhunger auf die großen Bissen machen müssen.“ Mögen sie sich verschlucken. Zumindest der Rapper-Ares hat sich große Mühe gegeben, solchen Gedanken in Geräuschen Ausdruck zu verleihen.

Historische „Vorbilder“ – gibt es die? Es ist zu vermuten, dass sich auch heutige Akteure durch das ‚Mein Kampf‘-Geschreibsel eines Hitlers beeinflussen und leiten lassen: „Alle großen Kulturen der Vergangenheit gingen nur zugrunde, weil die ursprünglich schöpferische Rasse an Blutvergiftung abstarb.“ „Wer leben will, der kämpfe also, und

wer nicht streiten will in dieser Welt des ewigen Ringens, verdient das Leben nicht.“ „Der Mensch, der die Rassengesetze verkennt verhindert den Siegeszug der besten Rasse und damit aber auch die Vorbedingung zu allem menschlichen Fortschritt.“ Kubitscheks „Kampf gegen die Zerstörer unserer deutschen Zukunft“ könnte durch das Studium solcher Quellen inspiriert worden sein ...

### Meinungsumfrage in Sachsen

Wie die Süddeutsche Zeitung am 23.11.2016 berichtete, käme die AfD bei einer kurz vorher durchgeführten Meinungsumfrage in Sachsen auf 25 Prozent der abgegebenen Stimmen. „Eine Mehrheit von 58 Prozent gaben an, dass Deutschland in einem gefährlichen Maß ‚überfremdet‘ sei.“ 76 Prozent der Befragten mit niedrigem Bildungsabschluss stimmten eher oder voll dieser Aussage zu.

„Auffallend ist der Befragung zufolge auch das insgesamt geringe Vertrauen in die Demokratie und deren Institutionen. Obwohl 83 Prozent die Demokratie generell für eine gute Regierungsform halten, vertraut nur eine Minderheit den Parteien, Regierungen und Parlamenten – mit Ausnahme der kommunalen Ebene.“

Die Umfrage in Sachsen zeigt, in welchem Ausmaß sich rechtsradikales Gedankengut in der Bevölkerung festgesetzt hat. Sachsen ist selbstverständlich kein Einzelfall. Umfragen mit ähnlichen Ergebnissen sind auch in anderen Bundesländern zu finden. Wir in Hamburg sollten uns nicht in Sicherheit wiegen – und darüber nachdenken, wie die Schule auf diese Entwicklung reagieren kann.

WOLFGANG SVENSSON  
hlz-Redaktion

# Schule im Vorstadtbezirk Tensta

Ein lebendiges Miteinander von Menschen verschiedener sozialer Schichten und ethnischer Herkunft – Wunsch oder Wirklichkeit

Vom 16.-21. Oktober besuchte eine Gruppe von GEW Mitgliedern aus Schleswig-Holstein und Hamburg unter der Leitung unseres Bildungsreferenten Frank Hasenbein die größte schwedische Lehrgewerkschaft Lärarförbundet in Stockholm, um mehr über die Veränderungen im schwedischen Schulsystem und in der schwedischen Gesellschaft zu erfahren.

Im Rahmen der Erkundungen, Schulbesuche und der vielen Gespräche fuhr eine kleine Gruppe (fünf Personen) in die Vorstadt Tensta.

Unser Hotel lag relativ zentral im gutbürgerlichen Stadtteil Vasastan. Tensta war von unserem Hotel aus mit der gut ausgebauten U-Bahn (tunnelbana) schnell zu erreichen. In Fridhemsplan stiegen wir in Richtung Norden um, und das Bild der U-Bahn änderte sich: ältere Waggons, deutlich mehr Personen mit Migrationshintergrund.

In Tensta ausgestiegen, erwartete uns der Sozialarbeiter Michael Perström und ein Stadtteil, der mit der Reichtum ausströmenden Umgebung der uns bisher bekannten zentralen Stadtteile wenig gemeinsam hatte.

Tensta gehört zu den Vorstadtbezirken in Stockholm, die in den Jahren 1965-1975 in ein ehrgeiziges der damaligen schwedischen Sozialdemokraten Wohnungsbeschaffungsprojekt einer Million Wohnungen (Millionenprogramm) eingebunden waren. Der Hintergrund dieses Programmes war, dem Bedürfnis der wachsenden städtischen Bevölkerung nach ausreichendem Wohnraum in einer lebenswerten Umgebung nachzukommen.



Quelle: Holger Ellgaard, Creative Commons

So wurde hier innerhalb relativ kurzer Zeit auf einem ehemaligen Militärgelände mit seinen noch einzeln vorhandenen Bauernhäusern ein ganz neues Stadtviertel errichtet. Statt hoher Wohnblocks wurde Wert auf den Bau von 3-4stöckigen Häusern gelegt, die von ausreichenden Grünflächen umgeben sind. Um den Autoverkehr direkt im Wohngebiet einzugrenzen, stehen genügend Parkmöglichkeiten auf einem Parkplatz in

---

*Das Bemühen, eine sozial durchmischte Bevölkerungsschicht hier anzuziehen, ist dennoch trotz offizieller Bemühungen offensichtlich gescheitert*

---

der Nähe der Wohnhäuser zur Verfügung. Das Ziel der Planer war es, dieses neue Wohngebiet mit einer Infrastruktur auszustatten, die den Bedürfnissen der Bewohner\_innen nachkommt und ein lebendiges Miteinander auch von Menschen verschiedener sozialer Schichten und ethnischer Herkunft ermöglichen sollte. Gleich neben der 1975 fertiggestellten U-Bahn Station befindet sich ein Einkaufszentrum, es gibt Schulen, darunter

auch ein Gymnasium, Kindergärten, Sportplätze, ein Seniorenheim, einen Jugendtreff, ein Kulturhaus für die aus Kurdistan und der Türkei eingewanderten Mitbürger\_innen, eine 1998 eröffnete Kunsthalle, die inzwischen ein hohes Ansehen erlangt hat. Das Bemühen, eine sozial durchmischte Bevölkerung anzuziehen, ist dennoch trotz offizieller Bemühungen offensichtlich gescheitert. So erfahren wir von Michael Perström, der in Tensta arbeitet und sich bereit erklärt hat, uns herumzuführen, dass inzwischen der Anteil der Arbeitslosen und der nicht ursprünglich aus Schweden kommenden Bevölkerung überdurchschnittlich noch ist. Von den 16.000 Bewohner\_innen weisen ungefähr 75 Prozent einen Migrationshintergrund auf. Es wird vermutet, dass 5000 Menschen keine Ausweispapiere besitzen. Dem Besucher fällt gleich auf, dass viele Frauen mit Kopftuch und Tschador bekleidet sind. Das von hohen Bäumen umgebene und in einer parkähnlichen Anlage gelegene Gymnasium unweit der U-Bahnstation steht fast leer. Statt der vorherigen 600 Schüler\_innen aus der unmittelbaren Umgebung werden dort jetzt 200 Asylbewerber\_innen unterrichtet. Nach Aussage von Michael sah sich die Kommune gezwun-



gen, den ordentlichen Schulbetrieb auf Grund von gewalttätigen Vorkommnissen zu schließen. Die starken Gitter vor den Fenstern der Räume im Parterre lassen Rückschlüsse auf einen notwendigen Schutz vor Diebstählen zu. Michael bestätigt, dass es Probleme mit einigen Jugendlichen gibt, die u.a. besonders aggressiv auf Polizeibeamt\_innen reagieren und auch in Drogenhandel verwickelt sind. Auch wenn beim Durchschreiten dieses Wohngebietes einige Merkmale eines problematischen Viertels gleich ins Auge springen, ist es ebenso offensichtlich, dass es sich bei Tensta nicht um

einen von offizieller Seite aufgegebenen Stadtteil handelt. Fast direkt neben dem Einkaufszentrum wird gerade ein ungefähr 10 Stockwerke hohes Studierendenwohnheim fertiggestellt. Wo es

---

*Von den 16.000  
Bewohner\_innen weisen  
ungefähr 75 Prozent einen  
Migrationshintergrund auf*

---

sich als notwendig erwiesen hat, werden einige Wohngebäude von Grund auf renoviert und den ehemaligen Bewohner\_innen zu bezahlbaren Preisen wieder

zur Verfügung gestellt. Michael bezeichnete seine Kontakte zu den verschiedenen ethnischen Gruppen und ihren Vertretern als ausgezeichnet und erwähnte das Bemühen aller Verantwortlichen, den sozialen Frieden zu bewahren. Davon zeugt auch unser Besuch einer kurdischen Begegnungsstätte.

Übrigens: Graffiti waren kaum zu entdecken. Es gibt in Stockholm eine Hotline, die man bei Entdeckung eines Graffiti anrufen kann und in Kürze wird dieses entfernt.

HILGA MARIA PEES (HH)  
und DIETER KRÄMER (SH)  
GEW-Mitglieder

## BRASILILIEN

# Ein Selfie mit dem 'sempre presidente' Luis Inacio Lula da Silva

Ein internationaler Austausch unter 18 Ländern über die Herausforderungen für Gewerkschaften und Bildungswesen

„Educação Publica, Democracia, Resistência“. Das Erbe des großen brasilianischen Pädagogen Paulo Freire bestimmte als Leitlinie den 33. Kongress der CNTE, dem Zusammenschluss von 400 brasilianischen Bildungsgewerkschaften. 2500 Delegierte waren vom 12.-15. Januar nach Brasília gekommen, um über die Zukunft des Bildungswesens, aber vor allem über die politische Situation nach dem Putsch gegen die Präsidentin Dilma Rousseff im letzten Sommer zu diskutieren und Kampfmaßnahmen gegen die Entdemokratisierung Brasiliens zu beschließen. Diese Themen bestimmten die hitzigen, lautstarken Debatten, die zeitweise nur von den hochsommerlichen

Außentemperaturen und schweren Gewittern an Dramatik übertraffen wurden.

Schon die Eröffnungsfeier begann mit einem Donnerschlag vom Himmel und dem Trommeln der Frauengruppe, die den auf europäische Wintertemperaturen gekühlten Kongresssaal in einen riesigen aufgeheizten Tanzsaal verwandelte. Den Delegierten war kaum Zeit zur Abkühlung gegeben für die offiziellen Eröffnungsworte des Präsidenten der CNTE Roberto Franklin Leão. Als er die Delegierten bat, sich zur Ehrung der Toten, namentlich des „großen Fidel“ und des gerade verstorbenen ersten sozialistischen Präsidenten Portugals, Mario Soares, zu erheben, wurde eine Gedenkminute lang

frenetisch geklatscht.

Der Saal tobte, als der Gastredner des Kongresses, der frühere Präsident Luís Inácio Lula da Silva, sich mühsam einen Weg durch die ihn umdrängende Menge bahnte. Jede\_r wollte den ‚sempre presidente‘ (Präsident für immer) berühren oder wenigstens ein Selfie erheischen. Lula hob in seiner leidenschaftlichen Rede die Errungenschaften im Bildungsbereich, die Teilhabe der armen, besonders der schwarzen Bevölkerung am Leben in einem demokratischen Staat unter seiner Regierung hervor. Durch den Staatsstreik gegen seine Nachfolgerin und Parteigenossin Dilma Rousseff wurde der demokratische Staat beerdigt, den nur die Rückkehr

zu einer vom Volk legitimierten Regierung der PT (Partido dos Trabalhadores/ Arbeiterpartei) wiederherstellen kann. Fast nebenbei erklärte Lula, dass Brasilien nur unter seiner Führung nach den nächsten Wahlen 2018 wieder zur Demokratie zurückkehren könne. Seine Rede wurde ständig von Rufen: „Lula volte“ (Lula komm zurück), „Lula te amamos“ (wir lieben dich) und dem alle Veranstaltungen begleitenden Ruf „fora Temer“ (Präsident Temer raus) begleitet. In dem Land, in dem Politiker\_innen und Industrielle in schwere Korruptionsskandale verwickelt sind, gilt der charismatische Lula immer noch als Hoffnungsträger weiter Teile der armen Bevölkerung, Intellektueller und der Gewerkschaften.

Die Delegierten stimmten für Veränderungen und Maßnahmen. So wird sich ab dem jetzigen Mandat die Amtszeit des Vorstands nach der der BI (Bildungsinternationale) und der CUT (dem dgb Brasiliens) richten und von drei auf vier Jahre erhöht. Priorität sollen in diesen vier Jahren vor allem 4 Bereiche haben: der Kampf gegen

1. Privatisierung, für eine demokratische staatliche Schule mit gut ausgebildeten Lehrer\_innen
2. die Reform des Sekundarschulwesens, die die Streichung von Fächern, „die für den Beruf unwichtig“ sind, vorsieht. Hierunter sollen Philosophie, Soziologie, Geschichte, Geographie und die Künste fallen. Unterstützt wird dieser Kampf auch von Schüler\_innen, leidenschaftlich vorgetragen von der 16jährigen Ana Paula, die die Schülerbewegung im Bundesstaat Paraná anführt
3. die geplante Obergrenze (= Kürzung) des Bildungs- und Gesundheitsbudgets
4. die Erhöhung des Rentenalters von derzeit 50 Jahren. Eine große Aufgabe muss das



**Brasiliens ehemaliger Präsident Lula da Silva und die GEW-Kollegin Barbara Geier**

neugewählte Präsidium umsetzen: die Delegierten stimmten für einen landesweiten Generalstreik im Schulwesen ab dem 15. März.

Nach dem Rotationsprinzip im Vorstand kann eine Person maximal 3 Amtszeiten ein Ressort leiten. So löste Heleno Araújo Filho den langjährigen Präsidenten Roberto Franklin Leão ab. Letzterer übernimmt das Ressort Internationale Beziehungen und bleibt in der BI (Bildungsinternationalen) als Vizepräsident für Lateinamerika. Fátima da Silva wechselt von diesem Ressort zur Generalsekretärin der CNTE, bleibt aber mit 20% ihrer Arbeitszeit im Ressort Internationales.

Die GEW verbindet mit Leão und Fatima eine langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dem Bereich Internationales hatte die CNTE dieses Jahr eineinhalb Tage gewidmet, in denen Repräsentanten von Bildungsgewerkschaften aus 18 Ländern von den besonderen Herausforderungen für Gewerkschaften und Bildungswesen in ihren Heimatländern aus Lateinamerika, Afrika, Europa und Japan berichteten und diskutierten. Die besondere Situation in Deutschland durch die Anzahl der geflüchteten Kinder und Ju-

gendlichen wurde nicht nur im Internationalen Seminar, sondern auch bei der Vorstellung im Plenum sehr aufmerksam aufgenommen und diskutiert. Die Rolle der GEW als Anwältin zum einen der Kinder, die ein uneingeschränktes Recht auf gute Bildung haben, zum anderen der pädagogischen und psychologischen Fachkräfte wurde in Einzelgesprächen intensiv nachgefragt. Hier wurde deutlich, wie wenig die Problematik des Schulbesuches der Flüchtlingskinder als Teil der humanitären Aufgabe wahrgenommen wird. In einem Dank für den deutschen Beitrag mahnte Roberto Franklin Leão besonders die internationale Solidarität an und hob die Bedeutung der Bildungsinternationalen hervor.

Der fast einwöchige Kongress der CNTE hat für mich als internationalem Gast deutlich gemacht, wie wichtig es ist, Zeit und Raum zum Kennenlernen und für einen intensiven Austausch mit Gewerkschaftskolleg\_innen aus sehr unterschiedlichen Arbeitsrealitäten zu haben. Die CNTE hat einen wichtigen Beitrag für eine solidarische internationale Zusammenarbeit geleistet.

BARBARA GEIER  
FG Internationales

# Einladung zum Mitgestalten

Die deutsch-polnischen Beziehungen befinden sich in einer schwierigen Phase. Umso wichtiger ist es, den langjährigen Austausch zwischen der GEW und polnischen Gewerkschaften weiterzuentwickeln

Die enge Freundschaft zwischen der Solidarność und der GEW geht bis in die achtziger Jahre zurück. Damals unterstützte unsere Gewerkschaft die polnischen Kolleg\_innen im Kampf gegen das Kriegsrecht und für eine demokratische Entwicklung im Land. Kurz nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ wurde die Masurenakademie ins Leben gerufen. Seither treffen sich jeden Sommer polnische und deutsche Pädagog\_innen, lernen die Sprache der jeweils anderen und setzen sich mit Politik, Bildung und Kultur in beiden Ländern auseinander. Neben der türkischen Eđitim Sen ist wohl die Solidarność die Gewerkschaft in Europa, zu der die GEW bis heute die engsten Beziehungen unterhält.

Seit Ende 2015 regiert in Polen die Rechtspartei PiS (Prawo i Sprawiedliwość – „Recht und Gerechtigkeit“). Nicht nur in der Türkei und Ungarn, auch in Polen wird seither ein antidemokratisches Projekt in Regierungshandeln umgesetzt. Im Gegensatz zur Eđitim Sen steht unsere polnische Partnergewerkschaft Solidarność dabei nicht etwa an der Seite derjenigen, die die Demokratie verteidigen. Die Führung der heutigen Solidarność hatte die PiS schon im Wahlkampf unterstützt und applaudiert jetzt vielen Maßnahmen der neuen Regierung.

## Frieden in Europa

Auf der Masurenakademie 2016 wurde aber auch deutlich, dass keineswegs alle Mitglieder

der Solidarność den Kurs ihrer Führung billigen. Das Schwerpunktthema des nächsten Treffens heißt „Friedenspädagogik – Frieden in Europa“. Vormittags werden die Sprachkurse stattfinden, abends stehen neben dem Freizeitprogramm inhaltliche Angebote auf der Tagesordnung. Das Thema verspricht einmal mehr spannende Debatten. Über den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und Polen wird sicher ebenso gestritten werden wie über die politische Lage in der Ukraine und über autoritäre Tendenzen quer durch Europa.

Alle GEW-Mitglieder mit Interesse an der schwierigen polnischen Sprache und der nicht weniger schwierigen Politik im Land sind herzlich eingeladen zur Masurenakademie 2017. In der gegenwärtigen Großwetterlage gewinnt das jährliche Treffen am Gimsee zusätzlich an Bedeutung. Den Teilnehmenden bietet sich die Chance, den Dialog zwischen deutschen und polnischen Gewerkschaften aktiv mitzugestalten – und viele nette Kolleg\_innen von beiden Seiten der Oder kennenzulernen.

MANUEL HONISCH,  
Mitglied des Organisationsteams  
der Masurenakademie



Hier: Solidarność auf der richtigen Seite

Die Masurenakademie 2017 findet vom 20. Juli bis 2. August statt. Anmeldeabschluss ist der 18. April. Alle Infos finden sich hier: [www.gew.de/masuren-2017](http://www.gew.de/masuren-2017). Oder du schreibst an [manuel.honisch@gew-berlin.de](mailto:manuel.honisch@gew-berlin.de).

# Olivenöl aus Kreta

Synergasia steht für ein deutsch-französisch-griechisches Kooperationsprojekt zur Arbeitsbeschaffung in der Olivenernte und zur regionalen Entwicklung

Junge Kreterinnen und Kreter können auf diesem Weg das in Familienbetrieben gewonnene Olivenöl in Deutschland und Frankreich an Privatkunden verkaufen. Das Netzwerk, in dessen Rahmen im letzten Jahr zwei Tonnen Öl an Kund\_innen in Deutschland und Frankreich ausgeliefert werden konnte, soll ausgebaut werden und benötigt weitere Unterstützung.

Es wird bestes kretisches Olivenöl geliefert, gewonnen im traditionellen Verfahren aus

kalter Pressung. Es wurde ausgezeichnet mit dem Qualifikationszertifikat des staatlichen ‚Instituts für Olivenanbau‘ in Chania/ Westkreta.

Ein Liter Olivenöl aus der aktuellen Ernte kostet 15,- Euro. Dieser Preis stellt sicher, dass die Arbeit der Produzenten angemessen vergütet werden kann und sich die traditionelle Herstellung auch weiterhin lohnt.

Zur Bestellung: Um Transport und Vertrieb des Olivenöls zu er-



leichtern, ist die Mindestabnahme eines 5-Liter-Kanisters für 75,- Euro erforderlich. Die Auslieferung erfolgt einmal pro Jahr in der Regel im April und das Öl hält sich bis zur nächsten Lieferung. Die Bauern freuen sich über möglichst rasche Bestellung, um

einen Überblick über die Abnahmemenge zu haben und um mit der Abfüllung und dem Transport beginnen zu können, damit das Öl fristgerecht bei uns ausgeliefert werden kann.

Nähere Informationen: Barbara Kübel: [b.kuebel@pinnau.com](mailto:b.kuebel@pinnau.com)  
Olivenölbestellung: Hansgeorg Hermann: [hermann@otenet.gr](mailto:hermann@otenet.gr)

BARBARA KÜBEL

## Weltklasse! Bildung darf nicht warten

17 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen drei und 18 Jahren – schätzt UNICEF – haben ihren Zugang zu Bildung verloren oder konnten noch nie eine Schule besuchen, da sie als Kriegs- bzw. Binnenflüchtlinge ihr Zuhause verlassen mussten. Diese Zahlen können nur die Dimension darstellen, nicht die Ursachen und Einzelschicksale. Zum Einen sind Kriege, Konflikte und Gewalt die Ursache, zum Anderen aber auch Naturphänomene wie Erdbeben, Überschwemmungen oder extreme Dürre, die weltweit 75 Millionen Menschen in die Flucht treiben.

Das Schicksal dieser Kinder und Jugendlichen ist der Schwerpunkt der diesjährigen Aktion der Globalen Bildungskampagne ‚Weltklasse! Bildung darf nicht warten‘. Wir haben Unterrichtsmaterialien zusammengestellt, die die unterschiedlichen Ursachen anhand von Fakten und Fallbeispielen aus einem ausgewählten Land erläutern.

An den Informationsteil schließen sich Aufgaben an, die Schüler\_innen anregen, je nach Altersgruppe das Thema zu reflektieren, Wandzeitungen, Poster, Videos, oder... zu erstellen.

Sehr gute Erfahrung haben Schulen in den

letzten Jahren gemacht, Politiker\_innen, Lokal- oder Bundestagsabgeordnete in die Schule einzuladen, mit ihnen zu diskutieren und die Forderung zu überreichen, sich für das Recht auf Bildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen einzusetzen.

An unserer letztjährigen zentralen Aktion mit Berliner Schulklassen zum Thema ‚Zuflucht Bildung‘ vor dem Brandenburger Tor nahmen 16 Bundestagsabgeordnete teil. Unsere Forderungen konnten wir auch dem Entwicklungsminister Gerd Müller zusammen mit Schüler\_innen und ihren Lehrer\_innen im Berliner Sitz des Entwicklungsministeriums überreichen.

Für die Teilnahme an der Aktion ‚Weltklasse! Bildung darf nicht warten‘ könnt ihr euch unter [www.bildungskampagne.org](http://www.bildungskampagne.org) anmelden. Hier könnt ihr euch auch Bilder von den letztjährigen Aktionen der Globalen Bildungskampagne ansehen.

Der Aktionszeitraum für ‚Weltklasse! Bildung darf nicht warten‘ ist vom 24. April 2017 bis zu den Sommerferien des jeweiligen Bundeslandes.

FG INTERNATIONALES



# Gebrauchswert Religion

Anmerkungen zu Volker Ladenthins „Revolte gegen die Endlichkeit“

Der in der hlz-Notiz 11/2016 zitierte Karl Marx betrachtete die Religionskritik mit seiner Erklärung (eben kein „ideelles Ziel“, keine „Orientierung“) nach seinen kritischen Vordenkern Feuerbach und Hegel theoretisch „im Wesentlichen“ für beendet. Sie sei „die Voraussetzung aller Kritik.“ Es stehe der „Kampf gegen jene Welt an, deren geistiges Aroma die Religion ist.“ Weg von den Imaginationen, hin zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, der kapitalistischen Gesellschaft, die „eine verkehrte Welt ist“ (MEW 1, 378), in der das menschliche Elend 'zum Himmel schreit'. Es gehe nun um die „menschliche Emanzipation“ (Ebd., 351). Die Kritik des gesellschaftlichen Grundes, der die Menschen dazu bringt, ihre eigenen

„wirklichen Lebensverhältnisse“ in „ein selbständiges Reich, in den Wolken [zu] fixieren“ (Ebd., 534), veranlasste Marx, die Ideologien der Gesellschaft zu analysieren. Später folgte die „Kritik der Politischen Ökonomie“.

Mehrere Jahrzehnte war Religion in dieser Republik Privatsache. Ladenthins sprachgewaltige „Revolte“ (hlz 11/16, 24 ff) ist keine Religionskritik, gleichwohl er das vordringliche politische Sorgeobjekt – den Islam – ins Visier nimmt. Er rekurriert trotz weitgehender Beherrschung der Natur und der „Entzauberung der Welt“ (Weber) auf Sinnstiftung durch Religion, die

auf Glaubenssätzen beruht (mit „seinem Tod nicht ausgelöscht“ zu sein; „ohne Gott kann man nicht leben“; „alles mit unserem Verstand [zu] regeln“ sei falsch) und sich rationaler Überprüfung entzieht. Im 20. / 21. Jahrhundert, mit allgemeiner Schulpflicht, industrieller und digitaler Revolution, bemanntem Flug

mentationsstrang ist leicht durchschaubar, das Denken – der Gegensatz zum Glauben – wird zur Glaubensangelegenheit, womit er dem Religiösen die Allmacht verschafft. Da Glaubensbekenntnisse „Menschenwerk“ sind, kommt es zu „Fehlinterpretationen“: „Konfession absolut“, „Gottesstaat“, „Staatsreligion“, die „Ableitung“ lässt er nicht gelten. Mit dem Aufkommen des Islamismus und der Verdächtigung des Islam in Deutschland, Brutstätte desselben zu sein, ist Religion wieder in die öffentliche Debatte gerückt. Mittlerweile hat es so was Profanes wie das Tragen eines Textil bis in die Höhen der Politik geschafft. Bisher war Privatsache, wer sich wie kleidet. Darum wird jetzt eine verbissene Debatte



zum Mond, der Aufklärung vor über 200 Jahren und Trennung von Staat und Kirche fragt er: „Warum brauchen wir Religion?“

Er behauptet „die Notwendigkeit zur Religion [als] Teil der anthropologischen Grundausstattung des Menschen“, der damit über die „Fähigkeit zur Religion“ – ähnlich der Sehfähigkeit – verfüge. Die Anthropologie avanciert zum „absolute(n) Prinzip“ (Horkheimer), um religiöse Handlungen zu rechtfertigen. Der subjektiven Religiosität dichtet er Objektivität an, argumentiert tautologisch, weil sie „eben in uns“ ist. Sein Argu-

nicht nur an den Stammischen geführt. Die Kleider der Muslime in Gestalt von Burka (Schätzungen gehen von „200-300“ in Deutschland aus) will „jeder Zweite“ (welt.de) verboten sehen. Politiker\_innen mischen sich mit der „Berliner Erklärung“ ein. Die Regierung reagiert damit auf die rechte Strömung (ca. 40 Prozent), die mit der AfD bei Wahlen bis zu 25 Prozent der Stimmen erzielte. Es werden Kleidersitten aufgeherrscht, wo das Tragen der Kopfbedeckung verboten bzw. erlaubt ist. Was den beiden Hauptkonfessionen vom demokratischen Staat zugestanden wird, die Deutung



weltlicher Angelegenheiten, wird dem Islam verwehrt. Die Leistungen der christlichen Kirchen kommen nicht zur Sprache, was ihr seelsorgerisches aktives Mitmachen bei kolonialistischen Gräueltaten, imperialistischen Gewaltexzessen und nationalistischen Radikalisierungen des letzten Jahrhunderts betraf.

Mit widersprüchlichen Argumenten affirmiert der gläubige Wissenschaftlicher – eine *contradictio in adjecto* – die Religion. Das bürgerliche, selbstbewusste Subjekt von Ladenthin solle nicht an „Gott“ zweifeln, sondern an der „*Endlichkeit*“. Auf dem Umweg gelangt er doch zur Religion. Das führt ihn zur Sinnfrage, die beim „*Absoluten*“ endet. Die Instanz steht für ein „*sinnvolles Leben*“, wo es „*den Menschen gut gehen sollte*“. Die „*endgültige Antwort*“ über nähere Bestimmungen bleibt er schuldig. Auf Notlagen, Dauerphänomene für die Mehrheit in der kapitalistischen Gesellschaft, mit Vorsorge und Hilfen für die Kinder zu reagieren, damit die es nach dem Ableben „*besser haben*“, ist für ihn Ausdruck des Religiösen. Dass das auf unsichere Lebensverhältnisse verweist, die es trotz materiellen Reichtums in Gestalt voller Läden und prall gefüllter Lager gibt, macht er nicht zum Gegenstand. Der in fast allen Religionen gängige Kernsatz, mit dem Ertragen des „irdischen Jammermals“ (MEW 22, 464) Aussicht auf ein ewig sorgenfreies Dasein im Jenseits zu haben, modelliert er um in die scheinbar kritische Forderung, „*sich nicht mit dem abzufinden, was wir vorfinden*.“ Politisches klammert er aus, es gehe nicht um die „*Frage, ob wir Kriege* [als gäbe es davor eine Volksabstimmung!] *führen oder nicht*“, obwohl der „*religiöse*“ Mensch auch „*ganz bestimmte politische Überlegungen*“ anstellt, um den „*Staat noch besser* [zu] *gestalten*“. Doch die politische Klasse gießt ihre Regeln

mit „*politischer Vernunft* [wo ist die bloß am Werk?]“ in Gesetzesform. Um Gegensätze der Gesellschaft, die Armut, Kriege, Hunger, Elend und Flucht hervorbringen, schert er sich wenig. Vor dem Gewaltmonopol verbeugt Ladenthin sich tief und ehrerbietig, auch wenn die Politik aus der hochgepriesenen „*Perspektive der Freiheit*“ weitere Gesetzesverschärfungen zur Überwachung allgemein und der Behandlung von Flüchtlingen anstrebt.

Dass „der Wilde mit der Natur ringen“ (MEW 25, 828) musste, sich die Naturgöttern vorstellte, ordnete Marx als mythologische Vorstufe des Wissens ein. Im Mittelalter war der Glaube (Zwangsbekehrung) vorgeschrieben. Gewalt entschied, welche Autorität galt. Im 16. Jahrhundert hat der Staat in Frankreich mit dem Toleranzgebot (der Glaube ist einzig Sache des Gläubigen) die Religionsfreiheit gewährt. Friedrich der Große sprach später seinem Volk die Gedankenfreiheit zu: „*Räsonniert, soviel ... und worüber ihr wollt, aber gehorcht!*“. Das zeigt schlagend: der Untertan darf und soll sich sogar Gedanken auch über das Politische (z. B. ungerecht, gut, verbesserungswürdig) machen, vorausgesetzt er befolgt die irdischen Gesetze. Nach langen Kämpfen und der Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft wurde der Kampf zwischen „Thron“ und „Altar“ zugunsten der weltlichen Macht entschieden.

Der Streitgegenstand Islam veranlasste die Politik aktuell klarzustellen, dass „das Grundgesetz ... über der Bibel, dem Koran oder anderen Heiligen Büchern steht“ (Özdemir). Auf die Funktion der Religion will die Politik jedoch nicht verzichten, weil sie um ihren Nutzen weiß. Auf die sittlichen Tugenden der Konfessionen, Anstand, Anspruchslosigkeit, Demut,

Opferbereitschaft, legt der Staat großen Wert und fordert sie von seinen Untertanen ein. Deswegen gewährte man den Ideologen des Trostes und der Vertröstung den Zugang zur beeinflussbaren Jugend mittels Installation des Religionsunterrichts in den Schulen, stellte theologische Fakultäten den staatlichen Universitäten anbei und erhebt für erwünschte Konfessionen eine freiwillig abzugebende Kirchensteuer.

Die Frage, welche Fehler der gläubige Mensch macht, an welchen Verhältnissen im Hier und Jetzt seine Interessen zuschanden gehen, will sich der gläubige Mensch nicht klärend beantworten. Seine Konfession gibt ihm die passende Antwort. So negiert er seinen eigenen prüfend urteilenden Verstand, wenn er sich seiner Vorstellungswelt hingibt, wo doch im praktischen Alltag in der Arbeitswelt und im Privaten jeder Handgriff sitzen muss (am Band oder bei der Fahrradreparatur), was davon zeugt, dass hier ein persönliches Interesse verfolgt wird, das versucht, mit dem verständigen Einsatz seiner vorhandenen Mittel gewisse Lebensziele zu verwirklichen. Wenn im Glauben jeder Gegensatz in der wirklichen Welt – ob ökonomisch oder politisch – prinzipiell getilgt ist, dann ist Zustimmung zur irdischen Herrschaft, die ihren Frieden mit dem Glauben gemacht hat, zugleich Zustimmung zu Gottesgebot.

Der Glaube selber, so er dem Inneren des Individuums entspricht, ist der öffentlichen Auseinandersetzung nicht zugänglich. Die subjektive Entscheidung, die zum Glauben führt, zu unterdrücken, ist ein Fehler. Gleichwohl gilt es, die Deutungen jedes religiösen Glaubens zu erhehlen und zu überprüfen, weil der Glaube der Zementierung bestehender Herrschaftsverhältnisse dient, die den Gläubigen nicht von Nutzen sind.

F. BERNHARDT, im Ruhestand

# Stolperstein

## für Alphonse Kahn, Von-Melle-Park 5



Alphonse Kahn (1908-1985), väterlicherseits jüdischer Herkunft, überlebte den Naziterror. Er setzte sich bereits in den Jahren der NSDAP-Herrschaft für Antirassismus und Toleranz ein. In der frühen Bundesrepublik, dann in den 70er Jahren mit ihren Berufsverboten und bis zu seinem Tode verhalf er Menschen, die in Konflikt mit einem übergriffigen Staat gekommen waren, zu ihrem Recht.

Der Stolperstein von Alphonse Kahn liegt nun seit dem 12. Oktober 2016 neben dem von seinem Vater Martin Kahn, der nach seiner Deportation ermordet wurde (s. Foto).

An dieser Stelle, Von-Melle-Park 5 vor dem WiWi-Bunker der Universität Hamburg, liegen bereits 16 Stolpersteine und weitere werden hinzukommen. Hier führte ehemals die Beneckestraße entlang; an dieser wie auch im angrenzenden Grindelviertel zwischen Grindelallee und Rothenbaumchaussee wohnten viele jüdische Mitbürger\_innen. Ihnen wurde das Leben ab 1933 zunehmend erschwert bis hin zur Vernichtung.

Bei der feierlichen Stolpersteinsetzung waren anwesend: seine Tochter Anne Kahn aus Frankfurt und Freunde, Gunter Demnig – Künstler und Initiator der Stolpersteine –, der ASTA der Universität Hamburg, Schüler\_innen einer 6. Klasse der Ida-Ehre-Schule, die zum Thema „Flucht und Vertreibung“ gearbeitet haben sowie die GEW Hamburg. Sie alle erinnerten in ihren Redebeiträgen nicht nur an die unsäglichen Verbrechen unter dem Nazi-Terror. Sie thematisierten auch Flucht und Vertreibung in der gegenwärtigen Zeit und/oder gingen ein auf ein gutes Miteinander unterschiedlicher Gruppierungen. Für das Gelingen einer vielfältigen Gesellschaft hat Toleranz eine überragende Bedeutung.

Toleranz, das ist auch das Stichwort, um auf das Leben von Alphonse Kahn zurückzukommen und die wichtigsten Stationen noch einmal herauszustellen. Alphonse Kahn absolvierte ab 1928 ein Jurastudium nebst einem Wirtschaftsstudium. Das war eine gute Grundlage für die verschiedenen Funktionen, die er im Laufe seines Lebens innehatte. Anfang der 30er Jahre wurde er Mitglied der Freien Wissenschaftlichen Vereinigung, welche für Toleranz, gegen Rassismus und gegen Krieg eintrat. Hier kämpfte er u.a. gegen Benachteiligung jüdischer Studenten. Zeitgleich engagierte er sich bei der Roten Hilfe als Rechtsberater und ließ Hilfesuchenden Beistand vor allem in beruflichen Fragen zukommen. 1932 wurde Kahn Mitglied der KPD.

Einer Verhaftung entkam er 1933 durch Flucht nach Frankreich, wo er unter französischem

Namen untertauchte – er hieß eigentlich Alfons Kahn. Im Krieg gelang es ihm sogar, bei der deutschen Wehrmacht angestellt zu werden und seine Informationen an die Résistance weiterzugeben. Kurz vor seiner Enttarnung entkam er in die Tschechoslowakei, wo er weiter gegen den Hitlerfaschismus kämpfte. Nach 1945 setzte er sich als Anwalt für Geschädigte des Nazi-Regimes ein. 1949 wurde er Richter am Landesentschädigungsgericht in Rheinland-Pfalz, aber schon nach einem Jahr wieder entlassen wegen seiner Mitgliedschaft in der KPD (Adenauer-Erlass). Von 1952 an war er Mitglied im Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Nach dem Verbot der KPD im Jahre 1956 trat er der DKP bei. Der Jurist arbeitete als Syndikus in verschiedenen Firmen. Mit 77 Jahren starb er im Jahre 1985.

Der Humanist Alphonse Kahn ist für uns heute in seinem mutigen und stets wachen Kampf gegen Intoleranz und Gewalt gegen Individuen ein Vorbild. Heute ist die Gesellschaft wieder in Gefahr, ihren Zusammenhalt zu verlieren, sich zu entsolidarisieren und sogar zu radikalieren. Anlass sind zum Teil jedenfalls die Flüchtlingsströme. Sie werden zum Vorwand genommen, um Fremdenhass und Rassismus wiederzubeleben, die in manchen Kreisen der Gesellschaft nie ganz besiegt worden sind. – Alphonse Kahn soll uns geleiten im mutigen Eintreten für Toleranz, Empathie für die Schwachen der Gesellschaft und für das Recht auf Asyl.

BETTINA WEHNER-WÖBBEKING  
BG-Ruheständler\_innen

Bundesweit für Sie da: mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.

## Für mich: das kostenfreie Bezügekonto<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied <sup>2)</sup> Voraussetzung: Neueröffnung Bezügekonto, Gutschrift auf Ihr Bezügekonto  
<sup>3)</sup> Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch MasterCard® Classic mit gleichen Leistungen möglich

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.<sup>1)</sup>

### Vorteile für GEW-Mitglieder:

- 50,- Euro Gutschrift bei Kontoeröffnung<sup>2)</sup>
- Kostenfreie Kreditkarte VISA ClassicCard<sup>3)</sup>

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:  
 Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder [www.bbbank.de/GEW](http://www.bbbank.de/GEW)

**BBBank eG**  
 Glockengießerwall 2  
 20095 Hamburg



**GEW** Vorteile für  
 GEW-Mitglieder!

**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
 und den öffentlichen Dienst

# Die GEW arbeitet ihre Geschichte auf

In der Buchveröffentlichung „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945“ von Saskia Müller und Benjamin Ortmeier findet sich eine Fülle von Thesen, mit denen sich die GEW konfrontiert sieht sowie eine Reihe von Tatsachenbehauptungen, deren Kern entweder falsch oder unvollständig aufgearbeitet ist.

So wird die These vertreten, dass die Gleichschaltung der GEW-Vorläuferorganisationen 1933 mit dem NSLB eine „sogenannte“ war, da der NSLB „in weiten Teilen der Verbände auf große Bereitschaft zum Zusammenschluss“ stieß (S. 20). Ebenso wird die Hypothese aufgestellt, dass die GEW „mit ihrem Rechtsschutz und ihrem Gewicht zur Vertuschung der personellen Kontinuität der NS-Pädagogik beigetragen“ habe, ohne hierfür Belege anzuführen (S. 177). Zum Thema Immobilienübergabe vom NSLB an die GEW wird auf das Haus Ro 19 verwiesen, das der GEW Hamburg gehöre (ebd., 186). Darüber hinaus wird die Rolle des ehemaligen hamburgischen und Bundesvorsitzenden Max Traeger auf einer halben Seite abgehandelt und die Forderung erhoben, die GEW-eigene Max-Traeger-Stiftung umzubenennen (S. 186).

Falsch ist die Behauptung, die Geschäftsstelle der GEW in Frankfurt am Main heiße Max-Traeger-Haus. Gänzlich unerwähnt bleibt, dass die GEW Hamburg die Geschichte des Gebäudes Rothenbaumchaussee 19 aufgearbeitet hat, dieses 2013 zu einem günstigen Preis an das Jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. verkauft und 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg gespendet hat. Im Buch wird stattdessen der Eindruck erweckt, dass sich die

GEW Hamburg weiterhin im Besitz der Immobilie befinde.

In der letzten hIz veröffentlichten Bernhard Nette und Stefan Romey eine Rezension des Buches von Müller/Ortmeier, worin insbesondere auf den Verkauf von Ro 19 eingegangen wird. Darüber hinaus wird die These, der GEW-Rechtsschutz habe eine Renazifizierung betrieben, bekräftigt und festgestellt, dass „die 1945 entlassenen Lehrkräfte gefördert und unterstützt“ wurden. „Die Anträge auf Rechtsberatung zeigen ein eindeutiges Bild. NS-Belastete bilden die Mehrheit“. Belege zu dieser Behauptung von Müller/Ortmeier sowie Nette/Romey liegen derzeit nicht vor.

---

*Bis zum Gewerkschaftstag im Mai 2017 wird die GEW eine Vorstudie zur Geschichte der GEW in Auftrag geben und eine Studie zu Max Traeger vorlegen*

---

Eine erste, grobe Durchsicht der Geschäftsberichte aus den Gründerjahren der GEW bis 1960 durch die Bundesebene der GEW hat nun gezeigt, dass der Rechtsschutz sehr ausführlich dargestellt wurde; dabei sind auch Verfahren zur Entnazifizierung im Einzelnen aufgeführt. Diese erste Übersicht legt die Vermutung nahe, dass nicht in nennenswertem Umfang Prozesse zur Entnazifizierung geführt oder unterstützt wurden. Hier besteht Forschungsbedarf, dem sich die GEW stellt.

Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen durch den Historiker Jan Kellersohn wird die GEW Bund in Zusammenar-

beit mit der GEW Hamburg jetzt renommierte, unabhängige Historiker\_innen insbesondere für die Erforschung der Gründungsgeschichte der GEW und der folgenden Jahre gewinnen.

Die Literaturrecherche zeigt, dass sich die GEW seit vielen Jahren und an ganz unterschiedlichen Stellen mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt hat. Die Übersicht macht aber auch deutlich, dass die Geschichte der GEW bis heute nicht systematisch aufgearbeitet worden ist. Dies wird nun angegangen.

Bis zum Bundesgewerkschaftstag im Mai 2017 wird die GEW bei noch zu suchenden Historiker\_innen eine Vorstudie zur Geschichte der GEW in Auftrag geben. Die Fragestellungen werden bis dahin zwischen Bund und Landesverbänden geklärt und u.a. die erhobenen Vorwürfe zum Thema haben. Ausgelagert, um beim Bundesgewerkschaftstag Stellung nehmen zu können, wird eine Studie zu Max Traeger.

Für diese Studie konnte die GEW Hans-Peter de Lorent gewinnen. De Lorent war von 1990 bis 1996 Vorsitzender der GEW Hamburg und ist auf Grund seiner Forschungen in den letzten Jahren unbestritten der Fachmann für Fragen von NS-Täterprofilen.

Fazit: Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist auch bereit, Konsequenzen zu ziehen. Sie wird sich jedoch nicht durch falsche Vorwürfe und unsaubere Recherchen unter Druck setzen lassen. Wir werden die Forschungsergebnisse abwarten, diese ergebnisoffen diskutieren und bewerten und dann zu Schlüssen kommen.

ANJA BENSINGER-STOLZE,  
FREDRIK DEHNERDT,  
SVEN QUIRING  
Vorsitzende der GEW Hamburg

# Am „Traeger“ aufhängen

Die Rezension des Buches von Müller/Ortmeyer durch Bernhard Nette und Stefan Romey enthält einseitige Informationen

Das war eine echte Überraschung! In der letzten Ausgabe der HLZ rezensierte und lobte unser Kollege Bernhard Nette ein Buch über „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945“: Endlich würde auch in Hamburg der Mantel des „Verdrängens und Verschweigens“ über die NS-Untaten in der Lehrerschaft angehoben.

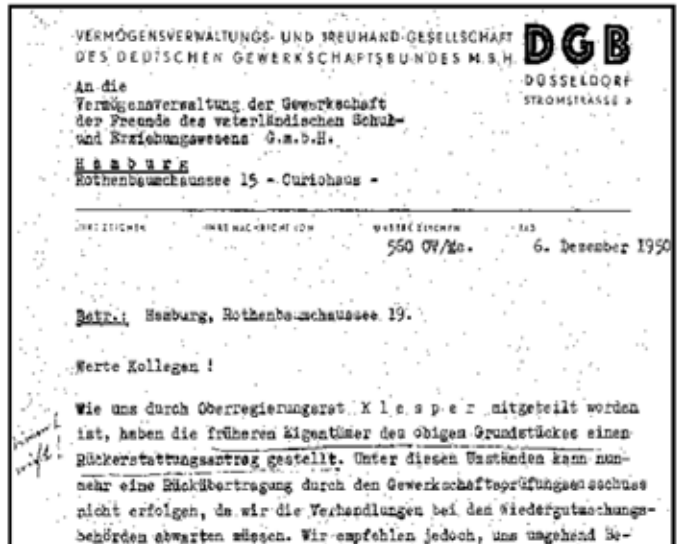
Eine solche Parole und das Hervorheben speziell ausgesuchter Teile des Buchs könnte (oder soll?) wohl dazu dienen, durch Skandalisierung und Personalisierung den alten Streit über „Arisierung“ und um das Haus Ro 19 wieder in Gang zu bringen. Hierzu behauptet Benjamin Ortmeyer, der Koautor des genannten Buches, in Hamburg habe es nachweisbar „Planungen“ des späteren GEW-Bundesvorsitzenden Max Traeger gegeben, um mit einem „Betrugsmanöver“, der Indiennahme von hohen Nazifunktionären und deren „lügnerischen Erklärungen“, an NS-Gelder zu kommen und ein beispielhaftes „Verbrechen“ zu vertuschen. Zudem verkündete er in den Medien: „In der Tat hat die GEW nach 1945 eine rege Renazifizierung des pädagogischen Bereichs betrieben.“

Für manches Mitglied mag das erschreckend und neu klingen. Tatsächlich sind solche Behauptungen lange bekannt und vor allem längst geklärt. In unserer Gewerkschaft wurden Fehler, Untaten oder Verbrechen aus der NS-Zeit oft und intensiv behandelt. Auch Unterrichtsmaterial über Faschismus und Neofaschismus, über Verbrechen der Wehrmacht und über Arisierung sowie Untaten von Lehrer\_innen im NS-System ließ die Hambur-

ger GEW erarbeiten und teilweise in Auflagen von über 10 000 Stück herstellen.

Der genannte Rezensent schreibt, bestimmte Teile des von ihm gelobten Buches würden nach seinem Empfinden „die

Wellen der Empörung“ hochschlagen lassen. Leider teilt er den HLZ-Leser\_innen nicht mit, dass genau diese Abschnitte nahezu vollständig auf seinen Darstellungen beruhen. Über jene Seiten des Buches, die den alten



Falsche Botschaft veröffentlicht. Korrektur vergessen oder...



# Rechtsfähigkeit der Gesellschaft der Freunde bleibt restlos erhalten

Auf den im Auftrage von Herrn Landesschulrat Schulz überreichten Entwurf der Satzungen der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens erwidert die Landesjustizverwaltung, daß nach ihrer Ansicht durch die vorgesehene Satzungsänderung und die beabsichtigte Neufassung der überreichten Satzungen die Rechtsfähigkeit der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens nicht berührt wird. Die Landesjustizverwaltung wird daher weiterhin nach Annahme der vorgelegten neuen Satzungen auf Antrag der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens das Fortbestehen ihrer Rechtspersönlichkeit bescheinigen.

In Vertretung: **S t r u v e.**

... fiel die angestrebte „Liquidation“ aus?

Streit um Ro 19 wieder anfachen, schreibt Ortmeier ehrlich und ausdrücklich, er verdanke seine Kenntnisse Hamburger Kollegen: Sie „analysierten im Detail die ganze Geschichte.“ Das gleiche Lob hatte er bereits 2007 (!) u. a. in einem „Offenen Brief“ an den Hauptvorstand der GEW und ausgewählte Presseorgane gezollt. Schon damals polemisierte er gegen eine vermeintliche Vertuschung eines Verbrechens, die sein Hamburger Gewährsmann aufgedeckt hätte.

Um nicht missverstanden zu werden: Hier geht es nicht darum, Kolleg\_innen zu kritisieren, die sich unter großem persönlichen Aufwand für eine Aufklärung von Lumpereien und Verbrechen während und nach der NS-Zeit einsetzen. Das ist vorbildlich und verdient Unterstützung. Unsere Mitglieder und die Öffentlichkeit sollten jedoch nicht immer wieder einseitig informiert werden.

Ich möchte hier an wenigen Beispielen zeigen, wie dieses Prinzip verletzt wurde.

Die gezielte Vorveröffentlichung des Arisierung-Kapitels aus dem genannten Buch führte Kollegen u. a. in Frankfurt und Hamburg dazu, öffentlich zu ver-

breiten, für Ro 19 wäre „nachgewiesen, dass der NSLB einem jüdischen Hausbesitzer unter dem Druck der Nazi-Verfolgung [dies] Haus abgerungen“ habe. Das wäre ein schlimmes Verbrechen.

Die inspirierte Reaktion der genannten Kollegen wäre sicherlich anders ausgefallen, wenn sie richtig informiert worden wären. Denn das Haus gehörte nicht einer Person, sondern einer Erben-gemeinschaft, deren Mitglieder mit dem späteren Käufer über-

---

*Hier geht es nicht darum, Kolleg\_innen zu kritisieren, die sich unter großem persönlichen Aufwand für eine Aufklärung von Verbrechen während und nach der NS-Zeit einsetzen*

---

haupt keinen Kontakt hatten. Ihnen konnte folglich nichts „abgerungen“ werden. Drei dieser Gruppe lebten – und dies nicht wegen der NS-Herrschaft – ohnehin im Ausland. Die fünf Vorbesitzer wollten das Haus 1934 wegen unvermietbarer Woh-

nungen zunächst umbauen lassen. Dann beauftragten sie den bekannter Makler J. Elias mit dem Verkauf des faktisch leerstehenden Hauses. Als dieser auf dem Immobilienmarkt keinen Käufer fand, wandte er sich unangefordert an die Besitzer des neben dem Gebäude Ro 19 stehenden Curiohauses und bot das Haus zum Verkauf an. Wer hier von „abgerungen“ spricht, muss falsch oder missverständlich informiert worden sein.

Den Leser\_innen des Buches (ebenso wie bereits 2005 den HLZ-Leser\_innen) wurde stattdessen suggeriert, die Vorbesitzer hätten sich über erlittenes Unrecht beim Hausverkauf beklagt und eine Rückerstattung beantragt. Dazu veröffentlichten die Kollegen Nette und Ortmeier in verschiedenen Texten ein großes Faksimile des Schreibens einer DGB-Stelle aus dem Jahr 1950, dem dies zu entnehmen wäre. Beide wussten, dass diese Mitteilung sich bald als falsch erwies und umgehend korrigiert wurde. Die Korrektur erfolgte u. a. aufgrund von Informationen des Oberregierungsrates Klepper, auf dessen (Falsch-)Meldung das erste Schreiben erfolgt war. Dass die Kollegen Nette

und Ortmeier von der Richtigkeit wussten, geht aus ihren Texten hervor. Sie veröffentlichten trotzdem das Dokument vom 6.12.1950, verzichteten aber auf eine Wiedergabe der Richtigkeit vom 27.2.1951.

Unser Rezensent deutet außerdem an, die „Gesellschaft der Freunde“ wäre bereits 1934 aufgelöst worden. Dann könnte er den Kauf von Ro 19 dem NS-Lehrerbund zuschreiben. In diesem Zusammenhang hebt er den Fund eines angeblich den späteren GEW-Vorsitzenden Max Traeger „belastenden“, bisher nicht bekannten Dokuments hervor. Hierzu fragt er rhetorisch nach den Gründen, die diesen bewogen, sich den Nazis als „Liquidator“ (!) der „Gesellschaft der Freunde“ zur Verfügung zu stellen. Umgehend folgt dann die Antwort bzw. eine moralische Vernichtung: „Traeger

hatte sozusagen den Judas gegeben.“ Was bedeutete, er hätte Vertraute gegen Geld dem Feind ausgeliefert und eine „Liquidierung“ befördert.

M. Traeger hatte sich aber nicht zur Teilnahme bereit erklärt, um zu liquidieren, sondern – durchaus nicht ohne Erfolg – um zu retten, was zu retten blieb. Das wussten die Zeitgenossen. Sie begrüßten die Mitarbeit und verwiesen zudem darauf, dass die „Gesellschaft“, um ihre völlige Zerschlagung, ihre Liquidation zu verhindern, bei den Gleichschaltungsverhandlungen 1933 – und dies gegen den Willen einer kämpferischen Nazi-Gruppe – eine Beteiligung ihrer Funktionsträger an den folgenden Maßnahmen durchgesetzt hatte.

Der Inhalt des angeblich neu entdeckten Dokuments war zudem nie verborgen, sondern im

Gegenteil sogar in Zeitungsannoncen tausendfach bekannt gemacht worden! In der Rezension und im Buch fehlt dann auch der Hinweis, wie die angekündigte sog. „Liquidation“ endete: Nicht nur Nazis, sondern auch die Landesjustizverwaltung attestierten 1934, die „Rechtsfähigkeit der ‚Gesellschaft‘ bleibt restlos erhalten.“ Bei einem Vergleich der ursprünglich beabsichtigten „Liquidation“ mit diesem Ergebnis bleibt zu fragen, ob M. Traegers Mitwirkung an solchem Resultat wirklich als schäbiger Verrat hingestellt werden dürfte.

Unausgewogene Darstellungen der gezeigten Art sind leider keine Ausnahmen. Wer an einer ausführlicheren Erläuterung und Dokumentation interessiert ist, könnte sich an mich wenden.

JÖRG BERLIN

### GEW-GESCHICHTE 3

# Aufarbeitung der Vergangenheit – aber wie?

Eine Positionierung zu NS-Vergangenheit, politischer Debatte und Strategie von Mitgliedern der GEW-Studis und der Jungen GEW

Jede Organisation und Institution, jeder Verein und jede Person, die/der älter als 70 Jahre ist, hat auf die eine oder andere Art eine nationalsozialistische Vergangenheit. Der Umgang damit gestaltet sich sehr unterschiedlich: Mal wird mehr, mal weniger offen verhandelt wie eine individuelle oder kollektive Täter\_innenschaft ausgesehen hat und welche Verantwortung sich daraus für die Forderung, „dass Auschwitz nicht noch einmal sei“ (Theodor Adorno 1966), ergibt.

Wir verstehen uns als Antifa-

schist\_innen (was nicht bedeutet, dass wir anderen [GEW-Mitgliedern] diese Haltung absprechen) und sehen es als unsere Verantwortung, die Erinnerung an die Shoah, an nationalsozialistische Verfolgung und industrielle Vernichtung aufrecht zu halten. Sei es durch Veranstaltungen und Fahrten zu historischen Orten und Geschehnissen, durch Gespräche mit den letzten Überlebenden, dem entschlossenen Entgegenreten gegen rassistische, nationalistische und antisemitische Positionen, durch die Auseinandersetzung mit na-

tionalsozialistischer Ideologie oder die Aufarbeitung nationalsozialistischer Kontinuitäten in den eigenen Reihen.

Gerade weil Zeitzeug\_innen zunehmend nicht mehr über das berichten können, was sie erfahren mussten, eine Generation heranwächst, für die der Nationalsozialismus nur noch Geschichte ist und der gesellschaftliche Ruf nach einem ‚Schlussstrich‘ lauter wird, müssen wir Erinnerung und Aufarbeitung wach halten. Aufarbeitung bedeutet gerade nicht, einen Strich unter das zu ziehen, was gewesen ist und es

somit auch aus der Erinnerung wegzuwischen. Es geht darum, Aufarbeitung der Vergangenheit im eigentlichen Sinne zu begreifen, nämlich „das vergangene im Ernst verarbeite[n], seinen Bann breche[n] durch helles Bewußtsein“ (Adorno). Aufarbeitung bedeutet, die Mechanismen zu erkennen, die Menschen Täter\_in werden ließen. Täter\_in bedeutet hier nicht nur die direkte Gewalttat, sondern auch – abstrakter begriffen – die allgemeine Tat nationalsozialistische Verfolgung und Vernichtung möglich zu machen. Sie bedeutet, „ein kritisches, reflexives Geschichtsbewusstsein (...) [anzustreben], indem sich Wissen und Begreifen gegenwartsrelevant miteinander verschränken.“ (Volkhard Knigge 2013)

Die Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen, des deutschen Faschismus und menschenverachtender Ideologie ist dabei nie abgeschlossen. Auch, „weil die Vergangenheit, der man entrinnen möchte, höchst lebendig ist.“ „Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen“ (Adorno). In Anbetracht aktueller politischer Positionen, des ansteigenden Rechtspopulismus, rassistischer und nationalistischer Ressentiments ist einmal mehr darauf zu verweisen, welche Verantwortung wir als Gewerkschafter\_innen und Antifaschist\_innen haben. Öffentlich muss Aufarbeitung geführt werden, weil Nationalsozialismus und Deutsche Geschichte gesellschaftliche Themen sind, welche nicht nur in einzelnen Gremien und geschlossenen Räumen

diskutiert werden dürfen. Das Bewusstsein der historischen Kontinuität in Deutschland schrumpft. Auch deshalb ist eine offensiv und öffentlich geführte Debatte notwendig.

Bei Gewerkschaften verhält es sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – sei sie widerständig oder konform, ideologisch, personell oder finanziell – nicht anders. Die GEW, 1948 gegründet, beruft sich auf ihre Vorgängerorganisation, die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (gegründet 1805). Im April 1933 beschloss deren außerordentliche Hauptversammlung den Eintritt in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), 1937 wurde auch ihr Vermögen an den NSLB übertragen. Selbst wenn die an-

so hinterlässt ein Leben in dieser Zeit doch seine ideologischen Spuren, die nicht ohne weiteres weggewischt werden können. Erst recht nicht in einer Zeit, in der Aufklärung und Reflexion nationalsozialistischer Ideologie und Täter\_innenschaft alles andere als gesellschaftlicher Konsens waren.

Wir sehen es als Chance für eine produktive Debatte innerhalb unserer Organisation, der GEW, die Leerstellen zu füllen und aufzuarbeiten, welche personellen, institutionellen, ideologischen und materiellen Kontinuitäten sich auch in den ersten Jahren der GEW nach dem Sieg der Alliierten über Nazideutschland und dem Ende der industriellen Vernichtung von Millionen Menschen, im Anschluss an den NSLB ergeben (haben).

Es geht uns dabei um die Möglichkeit, sich offensiv mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, Stärke und Verantwortungsbe-

wusstsein zu zeigen und Konsequenzen aus dem Vergangenen zu ziehen. Dies bedeutet auch, sich kritisch mit alten und ehemaligen Kolleg\_innen auseinanderzusetzen, ganz gleich, wie sehr wir diese vermeintlich kennen und womöglich schätzen gelernt haben. In Bezug auf Walter Bärsch, einem langjährigen Mitglied der GEW Hamburg und ehemaligem NSDAP- und SS-Mitglied, ist dies im Rahmen der Täterprofile-Recherchen ja bereits geschehen.

Aus diesem Grund hatten wir uns im Oktober des vergangenen Jahres entschieden, einen offenen Brief des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS) und die darin enthaltene Forderung nach Aufarbeitung zur Per-

**Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.**

**(Theodor W. Adorno)**

tisemitische Vergangenheit der Gesellschaft der Freunde (so waren jüdische Mitglieder dort erst ab 1867 willkommen) beiseite gelassen wird, so lässt sich doch nicht negieren, dass, wer über die GEW und die Gesellschaft der Freunde sprechen will, auch über den NSLB nicht schweigen darf. Nicht, weil es automatisch ideologische Kontinuitäten geben muss. Aber allein der Blick auf relevante Personen der Gesellschaft der Freunde, des NSLB und der ersten Jahre der GEW zeigt, dass 12 Jahre NSLB gar nicht verschwiegen werden können. Personen engagierten sich in der GEW, die zuvor im NSLB organisiert waren. Wenn vielleicht auch mit Skepsis dem Nationalsozialismus gegenüber,

son Max Traeger sowie nach der Umbenennung der nach ihm benannten Stiftung zu unterstützen.

Max Traeger war der erste Vorsitzende der GEW. Er war Lehrer, zeitweise Schulleiter, Mitglied der Gesellschaft der Freunde und auch des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Für die Auflösung der Gesellschaft der Freunde in den NSLB war er als Liquidator des Vermögens benannt. Nach der Kapitulation Nazideutschlands setzte er sich dafür ein, das im Besitz des NSLB gewesene Grundstück Rothenbaumchaussee 19 (auch bekannt als Ro19) in die GEW zu überführen und erhielt hierbei prominente Unterstützung von Wilhelm Bernhard (und dessen ehemaligem NSDAP-Parteigenossen Kurt Holm). Das „Jugendgrundstück“ (B. Barkowski)<sup>4</sup> wurde, auch dank Max Traeger, 1954 juristisch endgültig der GEW übertragen.

Die Forderungen nach einer kritischen Auseinandersetzung mit der Person Max Traeger, die der BASS formuliert hat, wurden auf Bundes- und Landesebenen in der GEW kritisiert, weil sie nicht in Form eines Antrags an ein Gremium, sondern in Form eines offenen Briefs, der u.a. auch Zeitungen erreicht hat, gestellt wurden. Uns wurde aufgrund unserer Unterstützung der Forderungen nach einer kritischen Auseinandersetzung mit der Person Max Traeger und nach dem Ziehen von Konsequenzen aus dieser Auseinandersetzung innerhalb der GEW Hamburg dabei eine Art „Nestbeschmutzung“ vorgeworfen.

Dabei ging und geht es uns nicht darum, der GEW, deren aktive Mitglieder wir sind, zu schaden oder uns unkollegial zu verhalten – im Gegenteil: Wir wollen anregen, sich offen mit der Vergangenheit der GEW zu befassen und gestärkt, schärfer und ein Stückchen aufgeklärter, was die eigene Geschichte betrifft, aus der Auseinanderset-

zung gehen. Es geht nicht um Schuld. Wer meint, die GEW würde an einer Diskussion um die Person Max Traeger Schaden nehmen oder schlecht in der Öffentlichkeit dastehen, verkennt

---

*Es geht nicht um Schuld.  
Wer meint, die GEW würde  
an einer Diskussion um  
die Person Max Traeger  
Schaden nehmen, verkennt  
die Notwendigkeit von  
Aufarbeitung*

---

zum einen die Notwendigkeit von Aufarbeitung und setzt zum anderen das persönliche Empfinden vor das Recht und die Pflicht der Auseinandersetzung mit der eigenen (persönlichen aber auch institutionellen) Vergangenheit, um Auschwitz nicht zu wiederholen. Auch sollte dieses persönliche Empfinden überdacht werden; denn wer den Anstoß, sich – auch öffentlich! – mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und somit Verantwortung zu übernehmen, als „Nestbeschmutzung“ bezeichnet, der/die identifiziert sich mit einer Gewerkschaft, in der nationalsozialistische Kontinuitäten existiert(en) eher, als mit einer Gewerkschaft, die ihre antifaschistische Grundhaltung zuerst an sich selbst beweist und somit eine Vorbildfunktion in der (Zivil-)Gesellschaft übernimmt. So schmerzhaft die Erfahrung der befleckten Identität und der nationalsozialistischen Vergangenheit unserer geschätzten Kolleg\_innen auch sein mag: Die Abwehr peinlicher und unangenehmer Erinnerungen muss aufhören.

Es ist uns wichtig, an dieser Stelle deutlich zu machen, dass es keinesfalls einen Widerspruch zur antifaschistischen Grundhaltung der GEW darstellt, wenn der ehemalige Vorsitzende Max Traeger eine einschlägige natio-

nalsozialistische Vergangenheit hat. Im Gegenteil: in dem Fall würde eine öffentliche Positionierung zu dieser Vergangenheit und zu seinem Wirken in der GEW sowie eine Umbenennung der Stiftung in Frankfurt diese Haltung sogar glaubhaft bestärken. Einen Widerspruch zu einer antifaschistischen Grundhaltung stellt es allerdings sehr wohl dar, wenn versucht wird, eine (öffentliche) Auseinandersetzung zu verhindern. Wenn versucht wird, Impulse zur Aufarbeitung unter den Tisch zu kehren oder diese lediglich ‚intern‘, in kleinen Gremienkreisen, abzuhandeln. Oder wenn Personen und Gruppen, die solche Impulse äußern, vertreten oder unterstützen, gewerkschaftsschädigenden Verhaltens bezichtigt werden.

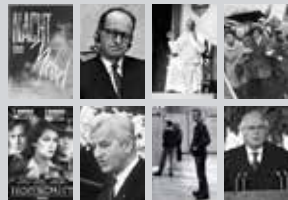
Wenngleich solches Verhalten nach der Veröffentlichung des Briefs des BASS von verschiedenen Seiten an den Tag gelegt wurde und die inhaltliche Auseinandersetzung überschattet(e) – so findet selbige doch statt. Als Reaktion auf den offenen Brief hat die GEW Bund mit der GEW Hamburg gemeinsam ein Forschungsvorhaben gestartet. Nun soll der ehemalige Hamburger GEW-Vorsitzende Hans-Peter de Lorent (u.a.) zur Person Max Traeger forschen. Wir begrüßen diese Aktivität und sind gespannt, wie der Beauftragte mit seiner herausfordernden Rolle als Forscher und zugleich GEW-Mitglied umgehen wird. Das Wichtigste ist, dass die Auseinandersetzung geführt wird und dass dies nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschieht. Und ganz gleich, zu welchem Schluss die Forschung kommen wird: Die Auseinandersetzung ist damit nicht vorbei. Sie ist nie vorbei.

ÉVIN JLUSSI, RONJA HEINELT,  
ROBERT HÜBNER (GEW-Studis),  
TOBIAS WOLLBORN,  
GESA MÜLLER (JUNGE GEW).

# Der Skandal als vorlauter Bote

Die großen deutschen Geschichtsdebatten als Selbstaufklärung und Schuldaneignung der Gesellschaft

8 x Vortrag // Film // Diskussion sonntags um 11 Uhr im Abaton



15. JANUAR 2017, 11 UHR



„Nacht und Nebel“. Der Film, mit dem alles anfing (1955-1956)

Alain Resnais' 1955 in Auschwitz gedrehter und mit Archivmaterial ergänzter Film ließ keinen Zweifel daran, dass, trotz des Schweigens der Deutschen, die Totestager, die Täter und deren Opfer nicht vergessen waren. Um einen internationalen Aufbruch und den bundesdeutschen Schock zu vermeiden, ließ die Bundesregierung den Film 1956 aus dem Programm der Filmfestspiele in Cannes entfernen – der Film behandle die Ausschöpfung zwischen Deutschen und Franzosen. Weltweite Proteste führten aber dazu, dass „Nacht und Nebel“ in der Bundesrepublik gezeigt wurde – allerdings nicht in den für alle zugänglichen Kinos, sondern nur auf Antrag von politischen und korrespondierenden Gruppen in geschlossenen Veranstaltungen. Das jugendliche Publikum dieser von Geheimnis und Verbot umwerteten Vorführungen wurde später zu einer der Kernzellen der 1968er Bewegung. // **Filmschnitte aus: »Nacht und Nebel«.**

19. FEBRUAR 2017, 11 UHR

„Die Endlösung der Judenfrage“. Der Eichmann-Prozess in Jerusalem (1961)

Im Mai 1960 wurde der frühere SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in Buenos Aires vom israelischen Geheimdienst gekidnappt. Der Hinweis auf den Aufenthaltsort und den neuen Namen des „Managers der Endlösung“ stimmte vom Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Der Prozess, der im April 1961 begann und mit dem Todesurteil Ende 1961 endete, stand im Zentrum der Weltöffentlichkeit. Die Aussagen der überwiegend



jüdischen Zeugen machten erstmals die Mechanismen des Völkermordes sichtbar: Die deutschen Medien präsentierten zwei Modelle im Umgang mit der NS-Zeit – die Warnung vor dem Schaden durch die „wieder hochgeschulpen-negativen Bilder im Ausland oder die Forderung, sich „der kollektiven Verantwortung“ für die Verbrechen des „Dritten Reiches“ doch endlich zu stellen. Die Bundesregierung, der Eichmanns Adresse schon lange bekannt war, begrüßte den Prozess, weigerte sich aber, dessen Überleitung ein deutsches Gericht zu beantragen – ganz so, als ob sie für den Fall nicht zuständig wäre. // **Filmschnitte.**

19. MÄRZ 2017, 11 UHR



Der Papst und die Kirchen, die zum Völkermord schwiegen. Rolf Hochhuths Theaterstück »Der Stellvertreter« (1963-1965)

Papst Plus XII. weigerte sich während des Krieges, gegen die Verbrechen Nazi-Deutschlands öffentlich zu protestieren. Er schwieg selbst dann noch, als die römischen Juden 1943 nach Auschwitz deportiert wurden. Rolf Hochhuth macht in seinem Stück einen jungen italienischen Jesuiten, der durch einen hohen, von seinem Gewissen geplagten SS-Führer über die Massenmorde in den Vernichtungslagern informiert wird, zum Gegenspieler des „Stellvertreters Gottes auf Erden“. Als der Papst auch angesichts dieser Fakten seinen Tolerierungskurs fortsetzt, heftet sich der Jesuit an den Judenstern an und lässt sich mit den Juden in die Gaskammern deportieren. Das 1963 in Westberlin uraufgeführte Stück, dem im Anhang eine Fülle zeitgeschichtlicher Dokumente beigelegt waren, stürzte beide Kirchen wegen deren Anpassung ans „Dritte Reich“ in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise. Aber das Thema des Wessens und Tolerierens betraf auch jeden einzelnen Deutschen – das war der eigentliche Kern des Skandals. Die großen deutschen Bühnen boykottierten das Stück, weil deren Intendanten nicht daran erinneren wollten, dass sie in der Nazizeit auch schon Theaterväter gewesen waren. // **Filmschnitte.**

23. APRIL 2017, 11 UHR

Der Aufstand gegen die Nazigeneration (1967-1968)

Zwei Jahrzehnte nach dem Ende des „Dritten Reiches“ stellte ein Aufstand der Generation, die erst im Krieg oder kurz danach geboren worden war, das Verhalten der eigenen Eltern ab 1933 wie deren Umgang damit nach dem 8. Mai 1945 radikal in Frage. Hatten die Eltern ihre Nachkriegsidentität durch Ausschöpfung der Nazizeit aus der Erinnerung gewonnen, so begründeten ihre Söhne und Töchter eine neue Identität, indem sie die Verbrechen des NS-Regimes und deren Leugnung nach dem Krieg zum Angelpunkt der deutschen Geschichte erklärten und die Kritik daran zur Bedingung für das Entstehen einer demokratischen Kultur in der Bundesrepublik machten. Mit der Frage nach der Rolle der eigenen Familie wie der Mehrheit der Deutschen in der NS-Zeit wurden nicht nur die Normen einer universalistischen Moral als gültiger Maßstab des eigenen Lebens angenommen, sondern zugleich in die deutsche Geschichte zurückgeholt. Der israelische Historiker Saul Friedländer hat diesen Epochenbruch wie dessen Akteure präzise benannt: „Die Studenten stellen zum ersten Mal die Frage: ‚Was war da, Vater?‘“ // **Film: »Mein 68. Ein verspäteter Brief an meinen Vater« (WDR 1988) von Hannes Heer.**



21. MAI 2017, 11 UHR

Die Konfrontation mit dem Massenmord an den Juden. »Holocaust«-Serie und Holocaust-Debatten (1979)



Die im Januar 1979 in den Dritten Programmen der ARD ausgestrahlte US-Serie »Holocaust« erzählte die Geschichte zweier deutscher Familien in Berlin, die sich kannten: Im Schicksal der Familie des jüdischen Arztes Dr. Josef Weiss konnte man alle Stationen der Judenverfolgung bis zum Massenmord nachvollziehen, die Gegenfü-

## VERANSTALTUNGSREIHE

# Der Skandal als vorlauter Bote

Aus gegebenem Anlass: Kommentierte und diskutierte Wiederentdeckung politisch-kultureller Wege, sich mit dem Faschismus auseinander zu setzen

So hat Hannes Heer eine achtteilige Veranstaltungsreihe benannt, in deren Verlauf er bis Oktober 2017 „die großen deutschen Geschichtsdebatten als Selbstaufklärung und Schuldaneignung der Gesellschaft“ behandeln will. Die Themen reichen von Hochhuths Drama „Der Stellvertreter“ über die Wehrmachtsausstellung bis zur Fernsehserie „Holocaust“. Es wird jeweils Vorträge und Film(ausschnitt)e geben. Veranstaltungsort ist das Hamburger Kino „Abaton“.

Am 15. Januar begann Heer die Reihe mit dem Film „Nacht und Nebel“ (1955), um den die Adenauer-Regierung einen Skandal entfachte. Hannes Heer informierte nach der Aufführung über Produktion und zeitgenössische Wirkung des Streifens:

Mit „Nacht und Nebel“ legte der französische Regisseur Alain Resnais den ersten westeuropäischen Film vor, der die KZs und Vernichtungslager der Faschisten thematisierte. Der Titel bezieht sich auf den „Nacht- und-Nebel-Erlass“ vom Dezember 1941, der Widerstand gegen die deutsche Besatzung mit Deportation „bei Nacht und Nebel“ bestrafte. Hanns Eisler schrieb die Filmmusik, die deutsche Übersetzung stammt von Paul Celan. Der Regisseur nutzte schwarz-weißes Dokumentationsmaterial, um in der ansonsten in Farbe gedrehten Produktion Vergangenheit und Gegenwart zu kontrastieren.

Der Film war 1956 für die Festspiele von Cannes nominiert worden. Mit dem Argument, der Streifen behindere die Aussöhnung von Deutschen und Fran-

zosen, erreichte die Adenauer-Regierung, dass das französische Auswahlkomitee „Nacht und Nebel“ von seiner Vorschlagsliste nahm. Weltweite Proteste erreichten immerhin, dass der Film im April 1956 doch in Cannes aufgeführt wurde – allerdings außerhalb des Programms.

Auch bei der Produktion der deutschen Fassung machte die Adenauer-Regierung Schwierigkeiten. Sie wollte die Synchronisation in die eigene Hand bekommen. Der Grund: Die Namen deutscher Firmen, die mit den Verbrechen der Faschisten verbunden waren, sollten nicht genannt werden. Diese Bedingung wurde von französischer Seite nicht akzeptiert, genauso wenig wie die Musik von Hanns Eisler entfernt wurde, den die deutsche Seite als Kommunisten



des Erik Dorf zeigte einen arbeitslosen Juristen, der als einer der Vollstrecker des Völkermordes Kaniere machte. Die Serie wurde ein »Straßenfest« und für die deutsche Gesellschaft zum Schock: 20 Millionen saßen vor den Fernsehern, 70% von ihnen urteilten positiv und berichteten von Entschütterung, Scham und Tränen. Der Holocaust war in den deutschen Wohnzimmer angekommen: Aus einer abstrakten Opferzahl wurden Menschen mit Gesichtern und Namen. Die Serie markierte den Beginn der Erforschung des Holocausts und einer Kultur der Erinnerung in der Bundesrepublik. // **Filmausschnitt.**

16. JUNI 2017, 11 UHR

**Der Kampf um die deutsche Schuld. Weizsäcker-Rede (1985), »Historikertreit« (1986) und Jeningger-Sturz (1988)**

Am 8. Mai 1985 bezeichnete der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Kriegsende als »Tag der Befreiung« und den Mord an den Juden »als beispiellos in der Geschichte. Die Historiker Ernst Nolte und Andreas Hillgruber widersprachen und lösten damit den »Historikertreit« aus. Beide versuchten, die deutsche Verantwortung am Holocaust zu relativieren: Nolte sah darin nur die Imitation der Ermordung des russischen Bürgertums durch die Bolschewiki und verwies auf die Erfindung des politischen Massenmordes in der Französischen Revolution. Hillgruber verlangte die Trennung der deutschen von der jüdischen Geschichte: Für die Juden sei der 8. Mai 1945 eine Befreiung, für die Deutschen dagegen eine Katastrophe gewesen. Zudem ständen Holocaust und Kapitulation in keinem Zusammenhang. Gegen diese »deutschen Sonderwege« bestand Jürgen Habermas darauf, dass nur die universellen Menschenrechte die Basis einer demokratischen Identität bilden könnten. Auch die Rede des Bundestagspräsidenten Philipp Janning am 8. November 1988 im Bundestag war eine Reply auf den »Historikertreit«: Er forderte das Eingeständnis einer millionenfachen Mitverantwortung der Deutschen für die NS-Verbrechen. Weil diese Wahrheit zu früh kam, musste er wenige Tage später zurücktreten. // **Filmausschnitt.**

Am 8. Mai 1985 bezeichnete der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Kriegsende als »Tag der Befreiung« und den Mord an den Juden »als beispiellos in der Geschichte. Die Historiker Ernst Nolte und Andreas Hillgruber widersprachen und lösten damit den »Historikertreit« aus. Beide versuchten, die deutsche Verantwortung am Holocaust zu relativieren: Nolte sah darin nur die Imitation der Ermordung des russischen Bürgertums durch die Bolschewiki und verwies auf die Erfindung des politischen Massenmordes in der Französischen Revolution. Hillgruber verlangte die Trennung der deutschen von der jüdischen Geschichte: Für die Juden sei der 8. Mai 1945 eine Befreiung, für die Deutschen dagegen eine Katastrophe gewesen. Zudem ständen Holocaust und Kapitulation in keinem Zusammenhang. Gegen diese »deutschen Sonderwege« bestand Jürgen Habermas darauf, dass nur die universellen Menschenrechte die Basis einer demokratischen Identität bilden könnten. Auch die Rede des Bundestagspräsidenten Philipp Janning am 8. November 1988 im Bundestag war eine Reply auf den »Historikertreit«: Er forderte das Eingeständnis einer millionenfachen Mitverantwortung der Deutschen für die NS-Verbrechen. Weil diese Wahrheit zu früh kam, musste er wenige Tage später zurücktreten. // **Filmausschnitt.**

9. SEPTEMBER 2017, 11 UHR



**Die Wehrmachtsausstellung oder die Rückkehr der Täter [1995-1999]**

Die 1995 eröffnete Ausstellung »Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« präsentierte einen zentralen deutschen Genozid, dem in Jugoslawien und in der Sowjetunion 32 Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren. Zu verantworten hatten das 10 Millionen deutscher und österreichischer Soldaten. Das war nicht nur das Ende der bisherigen Legende von der »sauberen Wehrmacht«, sondern auch in den Familien musste die Geschichte von Opa Vater und Onkel umgeschrieben werden. Die Ausstellung, die von fast einer Million Menschen besucht worden war, wurde erst zum Gegenstand erbitterter Debatten, dann wegen angeblich »gefälschter« Fotos 1999 zurückgezogen und später rehabilitiert. // **Film: »Jenseits des Krieges« von Ruth Beckermann.**

15. OKTOBER 2017, 11 UHR

**»Der Brandstifter«, Martin Waisers Rede in der Frankfurter Paulskirche [1998]**

Die Debatte um Martin Walter wurde durch eine Rede ausgelöst, in der der Schriftsteller 1998 das öffentliche Gedenken an den Holocaust als »Dauerrepräsentation unserer Schandengedächtnisse« im Streit mit Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Walter für sein Lob des »Wegsehens« und »Verdrängens« als »Brandstifter« bezeichnet hatte, präsentierte dieser sich als Sprecher der »schweigenden Mehrheit« und Vertreter eines neuen Antisemitismus. Der Kern seiner Rede war die Feststellung, die Deutschen seien wieder »ein normales Volk«, das keiner staatlich verordneten »Resozialisierung« wegen vergangener Verbrechen bedürfe. // **Filmausschnitt.**



Der Griff Nazideutschlands zur Weltmacht endete mit der totalen Niederlage und der Bilanz von fast 40 Millionen Opfern – u.a. 30 Mio. Russen und Ukrainer, 6 Mio. Polen, 2 Mio. Jugoslawen, 500 000 Tschechoslowaken. Unter ihnen waren 5 Mio. Juden, zu denen noch 1,3 Mio. ermordeter Juden aus West- und Südosteuropa und 500 000 Sinti und Roma gerechnet werden müssen.

Schon 1946 lagen zwei Abhandlungen zur Frage nach der Schuld an diesen Menschheitsverbrechen vor: Karl Jaspers sah die politische Schuld aller Deutschen darin, 1932/33 zugestimmt zu haben, »daß ein solches Regime bei uns entstanden ist.« Hannah Arendt konstatierte für die Endzeit des Regimes ab 1940/41 den Zustand einer »totalen Komplizenschaft des deutschen Volkes« und sprach von einer »Völkergemeinschaft« des Verbrechens.

Aber die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft negierte dieses Diagnoseangebot und entschied sich für eine Politik der Amnestie und Amnesie: Die 1949 gegründete Bundesrepublik integrierte die Mehrheit der NS-Eliten wie der Beamten in den neuen Staat und ließ die von den Alliierten verurteilten Kriegsverbrecher frei.

Gleichzeitig löschten die Deutschen die Verbrechen der Vergangenheit im kollektiven Gedächtnis, indem sie diesen Teil der Geschichte abspalteten und ihr Anderssein zwieseln: »Mitte der fünfziger Jahre«, so der Historiker Norbert Frei, »hatte sich ein öffentliches Bewußtsein durchgesetzt, das die Verantwortung für die Schandtat des »Dritten Reiches« allein Hitler und einer kleinen Clique von Hauptkriegsverbrechern zuschrieb, während es den Deutschen in ihrer Gesamtheit den Status von politisch Verführten zubilligte, die der Krieg und seine Folgen schließlich sogar selber zu Opfern gemacht hatten.«

Gegen dieses Geschichtsbild und die daraus abgeleitete Politik konnte sich die Wahrheit dreier Genozide an den Juden, den Slawen sowie den Sinti und Roma nur in Form ununterbrochener Tabubrüche durchsetzen. Die Vortragreihe wird acht Fälle aus dieser 60jährigen Skandalgeschichte präsentieren.

**HANNES HEER** // Geboren 1941, Historiker, Publizist, Ausstellungsmacher. Lebt in Hamburg.

8x VORTRAG // FILM // DISKUSSION

MODERATION: Pastor i. R. Ulrich Hentschel

KARTEN: Telefon 040 - 41 320 320 von 15 - 22 Uhr, www.abaton.de, Reservierungen ab fünf Tage vorher.

PREIS: 10 Euro, ermäßigt: 8,50 Euro

**ABATON**

Allende-Platz 3 / Grindelhof, 20146 Hamburg

VERANSTALTER

Abaton und Hannes Heer

KOOPERATIONSPARTNER

- Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft Hamburg e. V.
- Evangelische Akademie der Nordkirche
- Institut für die Geschichte der deutschen Juden
- Körber-Stiftung
- KZ-Gedenkstätte Neuengamme



ablehnte.

Die Aufführungen in der BRD unterlagen strenger Reglementierung. Der Film wurde von der Bundeszentrale für Heimatdienst zu nicht-kommerziellen Zwecken verliehen, erreichte jedoch eine Langzeitwirkung, wenn auch mit Verzögerung. Im Flyer zu der Veranstaltungsreihe schreibt Hannes Heer: „Das ju-

gendliche Publikum dieser von Geheimnis und Verbot umwitterten Vorführungen wurde später zu einer der Keimzellen der 1968er Bewegung.“ Das Thema der verzögerten Wirkung kam im Zusammenhang mit einem Beitrag einer Zuschauerin in den Blick: Sie vertrat die Meinung: da der Film schwer zu ertragen sei, produziere er Distanzierung

von seinem Inhalt. Der Fernsehfilm „Die Bertinis“ oder die US-Serie „Holocaust“ hätten mehr Aufmerksamkeit für das Thema erzeugt. Dem stimmte Heer zu. Damit war die Brücke zu späteren Vorträgen geschlagen.

Das Publikum hatte zwei lehrreiche und erschütternde Stunden erlebt.

LOTHAR ZIESKE

# Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Welche Schritte muss ich unternehmen, um eine Kur- oder Reha-Maßnahme bewilligt zu bekommen?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

**Jeweils Dienstag, 21.02.2017, 28.03.2017 und 25.04.2017** bietet die GEW in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, Raum 9 (Mitgliederverwaltung), eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer\_innen als auch an Beamt\_innen. Offene Sprechstunde (ohne Terminvereinbarung) dienstags von 15 bis 17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle

GERHARD BRAUER, ehrenamtlich tätiges GEW-Mitglied

<b>Referat F</b>	<b>Gruppe Gewerkschaftliche Bildung</b> Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto:rolandstolze@gwhmail.de
<b>Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>GEW Studies</b>	14.03.2017, 17.00-22.00 Uhr, Raum ABC
<b>Junge GEW</b>	31.01.2017, 18.00-20.00 Uhr, Raum GBW
<b>FG Grundschule/Vorschule</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Stadtteilschulen</b>	30.03.2017, 17.00-20.00 Uhr, Raum GBW
<b>FG Berufliche Schulen</b>	01.03.2017, 16.30-19.00 Uhr, GBW 05.04.2017, 16.30-19.00 Uhr, GBW 19.04.2017, 16.30-20.00 Uhr, Raum A
<b>FG Gymnasien</b>	27.02.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum A
<b>FG Kinder- und Jugendhilfe</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Kita Netzwerk</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Bildung ohne Bundeswehr</b>	28.02.2017, 19.30-21.00 Uhr, Raum GBW 25.04.2017, 19.30-21.00 Uhr, GA-Zimmer
<b>FG Sonderpädagogik und Inklusion</b>	27.03.2017, 17.00-19.00 Uhr, Raum GBW 27.04.2017, 17.00-19.00 Uhr, Raum GBW
<b>FG Hochschule u. Forschung</b>	06.03.2017, 18.00-21.00 Uhr, Raum C 03.04.2017, 18.00-21.00 Uhr, Raum C
<b>AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik</b>	21.02.2017, 16.00-18.00 Uhr, Raum C 28.03.2017, 16.00-18.00 Uhr, Raum GBW 25.04.2017, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
<b>AG Flucht u. Bleiben</b>	13.03.2017, 18.30-21.00 Uhr, Raum GBW 03.04.2017, 18.30-21.00 Uhr, Raum GBW
<b>Bleiberechtsausschuss</b>	28.02.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum C 25.04.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
<b>Fair Childhood</b>	07.03.2017, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
<b>Friedensausschuß (AK Drohnen)</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>BG Ruheständler</b>	05.04.2017, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
<b>Mittelamerikagruppe</b>	21.02.2017, 19.00-22.00 Uhr, Raum ABC
<b>FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen</b>	23.03.2017, 17.00-19.00 Uhr, Raum A 06.04.2017, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
<b>AG Kindheitspädagogik</b>	22.02.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum GBW
<b>AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien</b>	03.04.2017, 18.30-21.00 Uhr, diesmal: Kunstsach-bücher für Kinder (Fakultät EPB PI) von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 009
<b>Bildungsclub</b>	03.04.2017, 19.00-22.00 Uhr, Raum AB

**Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter:** <https://www.gew-hamburg.de/>  
mitmachen/termine **gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.**



Hier könnte **Ihre**  
private oder gewerbliche  
Anzeige stehen!

**albersdesign**  
Mediengestaltung  
+Produktion

**04101-842 671**  
**ca@albers.design**

ANZEIGE

**KREISEL** e.V.  
... für das Leben mit Kindern

**Institut für Weiterbildung - Lerntherapie**  
Ehrenbergstr. 25 | 22767 Hamburg  
☎ 040 - 38 61 23 71 | ✉ fortbildung@kreiselhh.de

**So kann Inklusion gelingen!**

Lehrkräfte machen guten Unterricht und beobachten, dass ca.15% einer Klasse große Schwierigkeiten haben, Lesen, Schreiben, Rechnen zu lernen. Nutzen Sie lerntherapeutisches Handwerkszeug für das Lernen in der Schule!  
**Weiterbildung Integrative Lernförderung & Lerntherapie** (1 Jahr berufsbegleitend)  
Start in Hamburg: 7. April 2017 | 22. Sept. 2017 | Januar 2018

**Weiterbildung Mehr als DaZ – Integration inklusive**  
Als Seminarreihe oder Einzelthemen buchbar  
Infos und Anmeldung unter [www.kreisel-hamburg.de](http://www.kreisel-hamburg.de)

Monatlicher  
Info-Termin!



# Das HLZ-Rätzel

## Wo die Elbe am tiefsten...

Was wäre die Elbphilharmonie ohne den Hamburger Hafen – und was der Hafen ohne eine weitere Elbvertiefung? Dieser hat das Bundesverwaltungsgericht nun mit Auflagen weitgehend zugestimmt. Ökologischen Gegenargumenten zum Trotz setzen sich Hamburger Politiker\_innen verschiedenster Couleur schon seit Jahren für die Vertiefung und Verbreiterung der Elbe ein.



Bildnachweis: Hummelhummel ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Container\\_ship\\_Manhattan\\_Bridge\\_from\\_the\\_port\\_of\\_Hamburg\\_coming\\_the\\_river\\_Elbe\\_down.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Container_ship_Manhattan_Bridge_from_the_port_of_Hamburg_coming_the_river_Elbe_down.jpg))  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

### Welche Partei hat die größte Elbvertiefung befürwortet?

- a) SPD    b) CDU    c) FDP    d) AFD    e) DIE PARTEI

Einsendungen bitte mit Postanschrift bis zum 28.3.2017 an die hlz, am besten an [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de). Als Gewinn winkt ein Gutschein für einen tiefen Blick auf die Elbe von der *Skyline Bar 20 up* im 20. Stock des Empire Riverside Hotels. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



### Des letzten Rätsels Lösung...

... ist der Adventskranz. Dieser (Vor-) Weihnachtsbrauch stammt aus Hamburg und wurde 1839 erstmals im Rauhen Haus umgesetzt.

Als Gewinner ermittelten wir unter zahlreichen Einsendungen Nikolaus Mainuseh. Er bekommt das beliebte extragroße hlz-Saunatuch. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Bildnachweis: CC BY 2.5



Adventskranz mit 28 Kerzen nach der Idee von Johann Hinrich Wichern, dem Gründer des Rauhen Hauses.

# Aus dem Alptraum...

„Ich habe einen Traum“ ist der wiederkehrende Titel im ZEIT-Magazin jede Woche, unter dem mehr oder weniger Prominente Menschen sich darüber auslassen, was denn nachts im Schlaf mit ihnen los ist. Mich berührt zurzeit weniger, was ich nachts träume, als vielmehr der Alptraum, den ich tagsüber erlebe. Und das seit mindestens 10 Tagen, nachdem mein Rechner abgestürzt ist. Seitdem behelfe ich mich mit einem Rechner aus der GEW-Geschäftsstelle. Und dies alles natürlich in der heißen Phase der Erstellung der hLz, in der ich gefühlt gar nicht mehr vom Schreibtisch wegkomme.

Der Rechner aus der Geschäftsstelle hat natürlich meine Dateien, auf die ich immer mal wieder zurückgreife, nicht gespeichert. Vor allem aber sind die E-Mail-outlook-Kontakte nicht da. D. h., ich muss online meinen Provider erreichen und auf dessen Plattform arbeiten. Der heißt freenet, hat aber mit der Assoziation, die sich mit diesem Namen verbindet, absolut nichts zu tun. Die Reputation dieses Internetanbieters scheint auch ziemlich rampuniert zu sein. Der Filter in der Behörde lässt meine Mails gleich in den Spam-Ordner wandern. Die Verbindung stammt noch aus der Urzeit des Internetzeitalters, als die Claims abgesteckt wurden und sich die Konkurrenten mit Sonderangeboten gegenseitig das Geschäft

streitig machten. Viele gingen dabei über den Jordan. Wenn ich es richtig erinnere, ging der erste Eigentümer meines Providers mit viel Geld über den selben Fluss und ward nimmer mehr gesehen. Irgendwie wohl aufgekauft, existiert die Firma weiter. Da ich immer den Umstand eines Wechsels zu einem seriöseren Anbieter – so es diesen denn gibt – gescheut habe, da ich ja alle meine Kontakte informieren müsste, bin ich auf Gedeih und Verderb auf die Damen und Herren von freenet angewiesen. Und



Quelle: Drobot/Deaf/Fotolia

**Ich bin nicht alleine...**

die machen es einem nicht leicht. Ständig poppen irgendwelche Werbebanner auf. Wenn ich die wegklicken will, muss ich erstmal die Super-Sonderangebote von freenet über mich ergehen lassen, z.B., dass ich mich für wenig Euro in einer werbefreie Zone aufhalten könnte. Das auch weggeklickt, kommt die

Botschaft, dass die Nachrichten ja nicht ganz sicher seien – vor allem, wenn man sich nicht ‚ausgeloggt‘ habe. Aber Abhilfe wird geboten: Für wenig Euro kann man seine Mails verschlüsselt senden. Und dann natürlich der Speicher. Für wenig Geld gibt’s die Erweiterung. Hätt’ ich mal machen sollen, denn alle meine alten Mails, auf die ich jetzt wegen der Adressen zurückgreifen muss, sind gelöscht. Das bedeutet, ich muss immer wieder die Wenigen, von denen ich jetzt über aktuellen Mailverkehr Adressen habe, anschreiben, ob sie mir nicht mit Mail-Adressen weiterhelfen können.

Das alles ist ärgerlich und zeitaufwändig. Nerviger aber ist die Meldung, wenn ich an eine Mail eine Datei anhängen muss – und derlei gibt es viele. Nicht selten kommt die Meldung: „Beim Hochladen ist ein Fehler aufgetreten“. Ja, wie denn? Also ich versuch’s nochmal und nochmal, komm’ in die Wieder-

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage [www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de), E-Mail: [meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)

**Redaktionsleitung:** Joachim Geffers, E-Mail: [j.geffers@freenet.de](mailto:j.geffers@freenet.de)

**Redaktion:** Manni Heede, Wolfgang Svensson, Stephan Willers-Inselmann

**Redaktionsassistent:** Jason Tsiakias

**Endredaktion:** Susanne Berg

**Titel:** hLz

**Rückseite:** GEW

**Anschrift der Redaktion:** Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de)

**Satz und Gestaltung:** [albersdesign.ca@albers.design](mailto:albersdesign.ca@albers.design)

**Druck:** drucktechnik-altona

**Anzeigen:** [albersdesign.ca@albers.design](mailto:albersdesign.ca@albers.design),

Die hLz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hLz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hLz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor\_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

**Red.-Schluss hLz 3-4/2017:** 1.4.2017

holungsschleife und kriege die Meldung: „Zeitüberschreitung auf ihr E-Mail-Fach“. Ich sehe ein Feld: „Brauchen Sie Hilfe?“ Ich atme tief durch. Ich weiß,

*Dann kommt endlich die Meldung: „Ihr Postfach wird geladen“, dabei bin längst ich es, der geladen ist*

dass, wenn ich das anklicke, eine völlig unverständliche Meldung kommt, wie z.B. Fehler 4356 ist aufgetreten. An einen Anruf denke ich gar nicht erst, weil ich sowieso in einer Warteschlange lande, die i.d.R. zur Endlosschleife wird.

In diesem Zustand mach' ich das ganze Gerät aus und lass' es neu hochlaufen. Vielleicht rutschen dann die Nullen und Einsen wieder an die richtige Stelle.

Ich, mittlerweile unter reichlich Strom, arbeite mich erneut vor auf die Seite meines Providers. Irgendwie kann ich auch die Zugangsdaten nicht speichern. Also jedes Mal alles wieder neu eingeben. Dann die obligatorische Meldung, dass ich das „Log-out“ vergessen habe, dann die Werbung wegeklicken, dann kommt endlich die Meldung: „Ihr Postfach wird geladen“, dabei bin längst ich es, der geladen ist. Aber dann die Nachricht: „Das Login ist zurzeit wegen technischer Probleme nicht möglich – versuchen Sie es später.“

Das „Brauchen sie Hilfe?“ wird jetzt gar nicht erst angezeigt. Ist ja alles klar. Ist auch besser so, weil es andernfalls für mich die Aufforderung gewesen wäre, das Gerät aus dem Fenster zu schmeißen. Freier hätt' ich mich dann sicherlich gefühlt – vielleicht ist das ja der Hintergrund für die Namensgebung meines Providers.

JOACHIM GEFFERS



ANZEIGEN 04 101-842 671



# Berlin 4D

Ihre freundliche  
Berlin Tourismus Agentur

- **Klassenfahrten**  
(Freiplatzregelung nach Wunsch)
- **Stadtführungen**
- **Programm**

**www.Berlin-4D.de**

Salzburger Straße 7, 10825 Berlin  
Tel. 030-7800 6669, Fax 030-7870 8703



## Sonnige gemütliche 2-Zimmer Wohnung in London

von GEW-Kollegen aus SH privat zu vermieten (Zentrum von Surbiton, Kingston an der Themse). Gute und schnelle Bahnverbindung ins Londoner Zentrum, Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Pubs in nächster Nähe. **Ab 60 GBP pro Nacht.**  
Eva und Werner Riesch



e.rieschvielhauer@gmx



Tel.: 04351 470 314



### Von hier an geht es aufwärts

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der freundliche Rahmen für unser Therapieangebot in privater Atmosphäre. Hier können Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

**Indikationen:** Depressionen, Burn-Out, Ängste und Panik, Essstörungen, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Schmerzen und psychosomatische Erkrankungen, Zwänge

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

**Info-Telefon: 07221/39 39 30**

Gunzenbachstr. 8, 76530 **Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin  
Akutaufnahme möglich - wir beraten Sie gern!



Hier könnte

**Ihre**

Anzeige stehen!

**04101-842 671**  
ca@albers.design

**Hamburger Lehrer-Feuerkasse**

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit  
Gegründet 1897

**Mitgliederversammlung**

Freitag, 07. April 2017

Beginn: 17.30 Uhr

Tagungsort: Curio-Haus, hinteres Gebäude

**Tagesordnung**

1. Jahresbericht 2016
2. Vorlage der Jahresrechnung 2016
3. Bericht der Rechnungsprüfer  
Entlastung des Vorstandes
4. Wahlen  
a) Wahl des 1. Rechnungsführers und des Beisitzers  
b) Wahl von 2 Rechnungsprüfern
5. Verschiedenes

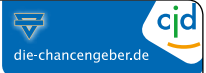
*Qualitativ guter Zahnersatz  
muss nicht teuer sein!*

Ich biete nach langjähriger Praxiserfahrung eine individuelle Beratung für Sie an. Für viele Patienten sind viele Fragen offen, das muss nicht sein.

Sie können sich gerne dafür einen Termin reservieren lassen.

ZAHNÄRZTIN ANNETTE SCHMID  
MAIENWEG 316, 22335 HAMBURG  
Tel: 040/5000044 bitte die 2 drücken!

**CJD MALENTE –BILDUNGSZENTRUM–**



**Erlebnis-Klassenfahrten nach Malente /  
Holsteinische Schweiz: Teamentwicklung für Schulklassen**

- \* Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
- \* Training im Hochseilgarten Malente
- \* Ein Tag im Outdoor-Camp / GPS-Rallye

[www.cjd-malente.de](http://www.cjd-malente.de)

Godenbergstr. 7b, 23714 Malente, Fon 04523/9916-0, info@cjd-malente.de



**HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE**

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit  
gegründet 1897



**Die preisgünstige Hausratversicherung  
im Großraum Hamburg für alle pädagogisch Tätigen  
sowie deren Angehörige**

Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme  
(inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

**2017 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.**

Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert.

Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen:

Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen,  
Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €.

Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu  
1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme.

Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit  
bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:  
040 333 505 14 (Tobias Mittag) 040 796 128 25 (Georg Plicht)  
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

[www.h-l-f.de](http://www.h-l-f.de) (mit Prämienrechner) - info@h-l-f.de





## Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in heilungsförderlichem Ambiente einen erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, individuell auf Ihre Bedürfnisse ausgelegt.

**Indikationen:** Depressionen, Angst und Panik, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out“), Tinnitus, Zwänge, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Schmerzsyndrome

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen und Beihilfe

**Infos unter Telefon 02861/80000**

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)  
www.schlossklinik.de • E-Mail: info@schlossklinik.de

Hier könnte  
**Ihre**  
private oder  
gewerbliche  
Anzeige stehen!



**albersdesign**  
Mediengestaltung  
+Produktion  
Anzeigenverwaltung  
**04101-842 671**  
ca@albers.design

## Schul-Organisation

### Klausurbogen

kariert, liniert,  
verschiedene  
Farben, mit  
Schul-  
eindruck –  
nie wieder  
Stempeln.



Bei uns erhältlich!

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)

**FL SCHULORGANISATION**  
& Verlage Flöttmann & Langenkämper



Körperorientierte Psychotherapie  
Traumatherapie  
Musiktherapie

Freude am Leben  
Selbstvertrauen  
Zufriedenheit  
Dipl. Mus. Andreas Merk  
Psychotherapie HPG, Lehrer  
Privatkasse und Beihilfe

[www.andreasmerk.de](http://www.andreasmerk.de)  
Tel.: 040/30093736



**Ulis Kinderland e.V.**  
· Alte Dorfstraße 7 · 23996 Gallentin ·  
☎ 038423-365 · ✉ info@ulis-kinderland.de

**Klassenfahrten**  
an den  
**Schweriner See**

**Frühjahr-Spar-Wochen**  
5 Tage und 4 Nächte für nur **91€**  
mit Vollverpflegung (4 Mahlzeiten inkl. Getränken), Kinderland-Aktionsangeboten ☆ und 2 Tagesfahrten

**Tagesfahrten**  
nach Wismar und  
Schwerin  
inkl. Schlossbesuch



- ☆ Schnupperreiten auf hauseigenen Pferden
- ☆ Kistenklettern und Bogenschießen
- ☆ Nachtwanderung, Lagerfeuer, Discoabend

Wenn Sie jetzt für März oder April 2017 buchen,  
erhalten Sie jeweils für 10 Teilnehmer/innen

**1 Lehrer-Freiplatz**



[www.ulis-kinderland.de](http://www.ulis-kinderland.de)

Anfang Februar 2017 wurde in Ankara der Prozess zum größten Attentat in der Türkei mit mehr als hundert Toten fortgesetzt. 36 Personen aus dem Umfeld des „Islamischen Staates“ sind angeklagt. Prozessbeobachter aus verschiedenen westeuropäischen Ländern sind angereist; im Prozessverlauf waren zahlreiche Widersprüche und Ungereimtheiten erkennbar.

Es wird – gerade zurück aus Ankara – berichten:

● **Holger Griebner**, *Prozessbeobachter, Verdi, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung*

## Was passiert in Ankara?

Wir wollen versuchen, diesen Prozess in einen aktuellen politischen Zusammenhang einzuordnen, um daraus Schlüsse für die gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei und für die deutsch-türkischen Beziehungen zu ziehen.

Einstiegsreferate:

● **Dilan Baran**, *Vorsitzende der DIDF Hamburg (Föderation der demokratischen Arbeitervereine)*

● **Jan van Aken**, *MdB Die Linke*

**Dienstag, 21. Februar 2017, 19 bis 21 Uhr**

Eine Veranstaltung der Betriebsgruppe Ruheständler\_innen

Curiohaus Raum A, B und C  
Rothenbaumchaussee 15

